

TU Dresden
Philosophische Fakultät
Institut für Kommunikationswissenschaft
Master-Arbeit im Studiengang
Angewandte Medienforschung
im Fachbereich Kommunikationswissenschaft

Die Struktur politischer Online- Partizipation am Beispiel von E-Petitionen-

Eine Empirische Analyse der Nutzer von openPetition

vorgelegt von

Benjamin Schürmann

01.07.1986

1. Gutachter: Prof. Dr. phil. habil. Wolfgang Donsbach

2. Gutachter: Prof. Dr. rer. pol. habil. Lutz M. Hagen

eingereicht am: 03. 11. 2014

Abstract

Wer beteiligt sich politisch online, warum und wie? Obwohl die Forschung zur politischen Partizipation im Internet steigende Aufmerksamkeit erfährt, ist bisher wenig über die grundlegenden Strukturen der Online-Beteiligung bekannt. Diese Arbeit soll diese Forschungslücke anhand der folgenden Fragestellungen schließen: Wie hoch ist das Ausmaß der Nutzung und wie können Online-Partizipationsformen charakterisiert werden? Was sind die Dimensionen politischer (Online-) Beteiligung? Welche Nutzertypen sind online aktiv? Welche Faktoren können die Nutzung von politischen Online-Tätigkeiten erklären? Zur Beantwortung dieser Fragen wurde eine Online-Befragung mit den Nutzern der E-Petitionsplattform openPetition durchgeführt. In der untersuchten Stichprobe zeigt sich ein hohes Nutzungsniveau für viele Formen der Online-Partizipation. Die große Anzahl an Formen lässt sich in wenige Dimensionen mit ähnlicher Struktur zusammenfassen. Es kann zwischen vier Nutzertypen von Online-Beteiligung unterschieden werden. Politische Offline-Partizipation, soziale Partizipation und individuelle Einstellungen erklären die Nutzung von Online-Beteiligung am besten.

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	III
Abbildungsverzeichnis.....	IV
1 Einleitung	1
2 Definition und Merkmale von politischer Partizipation	4
3 Stellenwert und Funktion von politischer Partizipation	7
4 Strukturen politischer Partizipation	11
4.1 Klassische Partizipationsforschung	11
4.1.1 Formen politischer Partizipation	11
4.1.2 Nutzung der Formen politischer Partizipation.....	12
4.1.3 Dimensionen politischer Partizipation.....	14
4.1.4 Typen	18
4.1.5 Erklärungsfaktoren politischer Partizipation	20
4.2 Politische Online-Kommunikation und E-Partizipation	25
4.2.1 Internetnutzung und politische Online-Kommunikation in Deutschland.....	26
4.2.2 Forschungsstand E-Partizipation.....	31
4.2.3 E-Petitionen.....	39
4.2.4 openPetition	45
5 Forschungsfragen.....	49
6 Methode	55
6.1 Datengrundlage	55
6.2 Operationalisierung	57
7 Empirische Auswertung.....	62
7.1 Ausmaß.....	62
7.1.1 Nutzung der Partizipationsformen	63
7.1.2 Charakteristika der Partizipation auf openPetition.....	66
7.2 Dimensionen	71
7.3 Typen.....	80
7.4 Erklärungsfaktoren.....	83
8 Diskussion und Fazit.....	92
Literaturverzeichnis	i
Anhang	viii
A Fragebogen	viii
B Ergänzende Tabellen/ Abbildungen.....	xxvii
Selbstständigkeitserklärung.....	xxix

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Politische Partizipation in Deutschland, 1998 und 2008.....	14
Tabelle 2: Typische Beispiele für verschiedene Petitionsformen online und offline.....	42
Tabelle 3: Kategorisierung der Top-10 openPetition E-Petitionen nach Thema	48
Tabelle 4: Übersicht über die Fragebogengruppen.....	61
Tabelle 5: Politische Offline-Partizipation der Nutzer von openPetition	64
Tabelle 6: Politische Online-Partizipation der Nutzer von openPetition.....	66
Tabelle 7: Kenntnis E-Petitionsplattformen.....	67
Tabelle 8: Nutzung von E-Petitionen.....	68
Tabelle 9: Nutzung von openPetition	69
Tabelle 10: Motivation für die Nutzung von openPetition-Mittelwerte	71
Tabelle 11: Dimensionen Politischer Online-Partizipation	74
Tabelle 12: Dimensionen politischer Partizipation-	
Teil 1 (Online- und Mischfaktoren).....	77
Tabelle 13: Dimensionen politischer Partizipation-Teil 2 (Offline-Faktoren).....	79
Tabelle 14: Gruppen von Online-Partizipierenden nach Faktoren.....	82
Tabelle 15: Gruppen von Online-Partizipierenden nach Soziodemografie	83
Tabelle 16: Einfluss soziodemografischer Variablen auf die Online-Partizipation	85
Tabelle 17: Einfluss der Nutzung von Medien auf die Online-Partizipation.....	86
Tabelle 18: Einfluss Sozialer Partizipation auf die Online-Partizipation	87
Tabelle 19: Einfluss von Einstellungen auf die Online-Partizipation	88
Tabelle 20: Einfluss von Werten auf die Online-Partizipation	89
Tabelle 21: Einfluss von politischer Partizipation auf die Online-Partizipation.....	90
Tabelle 22: Regressionsmodelle für die Nutzung von Online-Partizipation im Vergleich.....	91
Tabelle 23: Top-Ten Themen auf openPetition.....	xxvii
Tabelle 24: Vergleich der Altersstruktur der Nutzer von openPetition mit den Daten aus dem ALLBUS 2012.....	xxviii
Tabelle 25: Motivation der Beteiligung auf openPetition-Mittelwerte	xxviii

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Dimensionen politischer Partizipation	17
Abbildung 2: Soziodemografie von Partizipationstypen in Deutschland	20
Abbildung 3: Entwicklung der Online-Nutzung in Deutschland, 1997-2013.....	27
Abbildung 4: Internetnutzung in Deutschland, 2013.....	28
Abbildung 5: Nutzung politischer Online- und Offline Partizipation im Vergleich, 2013	35
Abbildung 6: E-Petitionen von openPetition 2013 nach geografischem Bezug	48
Abbildung 7: Erklärungsfaktoren politischer Partizipation:	54

1 Einleitung

„Citizen Participation is at the heart of democracy. Indeed, democracy is unthinkable without the ability of citizens to participate freely in the governing process“ (Verba, Schlozman & Brady, 1995, S. 1).

Die hohe Bedeutung politischer Partizipation ist für die Funktionsfähigkeit demokratischer Systeme unbestritten. Das Niveau der politischen Beteiligung bildet aus diesem Grund eine zentrale Untersuchungsgröße zur Beurteilung der Qualität einer Demokratie (Parry, Moyser & Day, 1992, S. 4). Die Beantwortung der Frage wer sich warum und wie beteiligt, gehört seit Beginn der Erforschung politischer Beteiligung in den 50er Jahren zu den zentralen Untersuchungsschwerpunkten der sozialwissenschaftlichen Forschungsdisziplinen (van Deth, 2009, S. 145ff.). In der Folge beschäftigten sich Generationen von Forschern¹ damit Partizipationsformen zu identifizieren, zu strukturieren und nach Erklärungsfaktoren für die politische Beteiligung der Bürger zu suchen. Erste Partizipationsstudien beschränkten sich zunächst auf die Untersuchung von konventionellen politischen Aktivitäten wie die Wahlbeteiligung (Milbrath, 1965). Im Laufe der Zeit wurden schließlich auch alternative Formen wie die Demonstrationsteilnahme in die Analysen integriert (Steinbrecher, 2009, S. 44ff.). Das umfassende Civic Voluntarism Model von Verba et al. (1995) bietet einen umfassenden Ansatz zur Erklärung politischer Partizipation, gleichzeitig markiert diese Studie aber auch den Endpunkt in der Erforschung politischer Beteiligungsstrukturen (Gabriel, 2013, S. 394).

In der Zwischenzeit hat sich mit der Verbreitung des Internets die politische Kommunikation und speziell die politische Online-Partizipation weiterentwickelt (Voss, 2014c). Zum Beispiel bietet der Deutsche Bundestag eine Plattform an, auf der E-Petitionen eingereicht und unterschrieben werden können (Deutscher Bundestag, 2014). Auf dem unabhängigen Online-Portal openPetition wurden bis heute 9.992 E-Petitionen erstellt und über 12 Millionen mal (Stand: 1.11.2014) unterschrieben (openPetition, 2014). Außerdem können Nutzer über Soziale Online-Netzwerke politische Inhalte kommentieren, teilen und weiterleiten. Sogar die Bundeskanzlerin An-

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird im Text auf eine geschlechtsneutrale Formulierung, wie z.B. ForscherInnen verzichtet. Selbstverständlich richten sich alle Formulierungen gleichermaßen an beide Geschlechter.

gela Merkel nutzt Online-Medien wie Facebook, um mit ihren Anhängern zu kommunizieren (Facebook, 2014).

Die Forschung zur politischen Partizipation im Internet knüpft jedoch nur in Ansätzen an die Erkenntnisse aus der klassischen Partizipationsforschung² an (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 704). Die Untersuchungen im Bereich der E-Partizipation konzentrieren sich häufig auf die Aufdeckung des mobilisierenden Potenzials des Internets (z.B. Benkler, 2006). Einige Forscher befürchten jedoch, dass sich die Ungleichgewichte in der sozio-ökonomischen Zusammensetzung der Partizipierenden durch die neuen Nutzungsformen noch verstärken (Schlozman, Verba & Brady, 2010). Zudem verfestigt sich die Annahme, dass die Online-Beteiligungsformen oberflächliches Engagement fördern und andere politische Tätigkeiten verdrängen (Christensen, 2011). Relativ wenige Forschungsarbeiten konzentrieren sich auf die grundlegende Erfassung von Nutzungsstrukturen und Charakteristika von politischen Tätigkeiten im Internet. So ist ungeklärt, in welchem Verhältnis die neuen Beteiligungsformen zu den analogen Formen politischer Partizipation stehen. Abgesehen von soziodemografischen Kennzahlen ist auch wenig über die Faktoren, die zur politischen Online-Partizipation führen, bekannt.

Die Frage wer sich warum und wie beteiligt, kann, bezogen auf die Online-Beteiligung, bisher nicht umfassend beantwortet werden. Das grundlegende Ziel dieser Arbeit besteht darin die beiden beschriebenen Forschungsstränge wieder zu vereinen. Zu diesem Zweck sollen hier die grundlegenden Strukturen der politischen Online-Partizipation auf Basis der Erkenntnisse aus der traditionellen Partizipationsforschung erfasst und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Zur Umsetzung des Forschungsvorhabens wurde eine Online-Befragung der Nutzer der E-Petitionsplattform openPetition durchgeführt. Durch die Kooperation mit den Betreibern der Seite konnte sichergestellt werden, dass eine ausreichende Anzahl an politisch aktiven Internetnutzern erreicht wird. Gleichzeitig bietet sich die Möglichkeit die Nutzungscharakteristika von Online-Partizipationsangeboten am Beispiel von E-Petitionen zu untersuchen.

Im folgenden Kapitel wird zunächst der Begriff der politischen Partizipation auf allgemeiner Basis definiert. In Kapitel 3 werden die Funktionen politischer Beteiligung

² Mit dem Begriff klassischer Partizipationsforschung ist hier und im Folgenden die Erforschung analoger und nicht-digitaler Partizipationsformen gemeint.

aus demokratie-theoretischer Sicht erläutert. Kapitel 4 ist in zwei große Teilbereiche untergliedert. In Kapitel 4.1 werden die grundlegenden Erkenntnisse der klassischen Partizipationsforschung dargelegt. Der Abschnitt 4.1.1 beschäftigt sich zunächst mit den unterschiedlichen Formen der politischen Beteiligung. Darauf aufbauend werden in den beiden folgenden Unterkapiteln die Nutzung und Klassifizierung klassischer politischer Partizipationsformen betrachtet. Kapitel 4.1.4 geht der Frage nach, ob sich die Bürger in Partizipationstypen einteilen lassen. Abschließend wird diskutiert, welche Faktoren die Wissenschaft zur Erklärung des Partizipationsverhaltens identifiziert hat.

Der zweite Teil des Kapitels beschäftigt sich mit den Grundlagen von politischer Online-Kommunikation und E-Partizipation. Vor der Untersuchung von E-Partizipationsangeboten muss die Internetnutzung im Allgemeinen analysiert werden (Kapitel 4.2.1). Im darauf folgenden Teil werden die theoretischen Erkenntnisse und empirischen Ergebnisse aus dem Bereich E-Partizipation präsentiert (Kapitel 4.2.2). Da die Nutzung von E-Partizipationsformen hier am Beispiel von Online-Petitionen illustriert wird, gehen die anschließenden Teile der Arbeit auf Online-Petitionen im Allgemeinen (Kapitel 4.2.3) und openPetition im Speziellen (Kapitel 4.2.4) ein.

Im fünften Kapitel werden die Forschungsfragen auf Basis des vorangegangenen Theorieteils näher erläutert. Kapitel 6 zielt auf die methodische Umsetzung des Forschungsvorhabens ab. Neben der Datengrundlage (Kapitel 6.1) wird die Operationalisierung des Forschungsvorhabens durch den Fragebogen erläutert. Auf Basis der Forschungsfragen wird die empirische Auswertung in vier Teile aufgegliedert. Der erste Teil (Kapitel 7.1) beschäftigt sich mit der Auswertung der Nutzung von Online- und Offline-Partizipationsformen (Kapitel 7.1.1) sowie der Charakterisierung von Online-Petitionen. Die Klassifizierung von Beteiligungsformen (Kapitel 7.2) folgt im Anschluss. Die Frage, ob sich Typen von politisch aktiven Nutzern bilden lassen, wird in Kapitel 7.3 beantwortet. Der letzte Teil der Auswertung (Kapitel 7.4) beschäftigt sich mit der Identifikation potenzieller Erklärungsfaktoren für die politische Online Beteiligung. Im abschließenden Teil der Arbeit werden die Forschungsfragen unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Auswertung diskutiert (Kapitel 8).

2 Definition und Merkmale von politischer Partizipation

Sowohl in Deutschland als auch in vielen anderen demokratischen Staaten haben die Möglichkeiten der politischen Partizipation in den letzten Jahrzehnten zugenommen. Wurden zunächst nur institutionalisierte Formen wie die Teilnahme an Wahlen oder Parteimitgliedschaften unter dem Begriff zusammengefasst (z.B. Milbrath, 1965), erweiterte sich das Repertoire ständig. Heute zählen unter anderem auch der Boykott von Produkten oder die Teilnahme an Demonstrationen zu den anerkannten Formen politischer Beteiligung (Gabriel, 2013, S. 383). Zusätzlich entstand durch die Entwicklung der Online-Kommunikationsformen innerhalb des letzten Jahrzehnts eine große Bandbreite neuer Formen politischer Partizipation (Voss, 2014c, S. 11). Den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen entsprechend hat sich auch die Begriffsdefinition gegenüber neuen Formen geöffnet. Eine passende Definition muss somit einerseits alle relevanten Formen unter einem Oberbegriff zusammenfassen können und andererseits so trennscharf bleiben, dass politische Partizipation von anderen wissenschaftlichen Konzepten wie beispielsweise sozialer Partizipation oder politischem Interesse unterschieden werden kann. Diesem weit angelegten Begriffsverständnis folgt die neuere deutsche Partizipationsforschung heute weitestgehend (Steinbrecher, 2009, S. 28). Auch in der englischsprachigen Literatur (Barnes & Kaase, 1979; Verba, Nie & Kim, 1978) wird dieser Ansatz bevorzugt genutzt. Verba et al. (1995, S. 1) beschreiben politische Partizipation als Handlungen privater Bürger – Berufspolitiker sind demzufolge nicht gemeint – die direkt oder indirekt darauf abzielen die Regierenden oder deren Handlungen zu beeinflussen. Einen ähnlich instrumentellen Ansatz wählt auch Kaase (1997, S. 160), der unter dem Oberbegriff der politischen Partizipation alle Handlungen zusammenfasst, die „die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des Systems zu beeinflussen“. Diese Definition, die sowohl Online- als auch Offline-Formen politischer Partizipation umfasst (Gabriel, 2013; Oser, Hooghe & Marien, 2013; Voss, 2014c), bildet im Folgenden die Grundlage für die Einordnung unterschiedlicher Formen in den Kontext Politischer Beteiligung.

Auf Basis dieser Definitionen kann auf theoretischer Ebene grundsätzlich zwischen fünf dichotomen Merkmalen – Verfasstheit, Legalität, Legitimität, Konventionalität und Direktheit – unterschieden werden (Steinbrecher, 2009, S. 39f.):

Verfasstheit meint die Unterscheidung zwischen institutionalisierten (z.B. Wahlbeteiligung) und nicht-institutionalisierten Formen (z.B. Teilnahme an Demonstration) der politischen Beteiligung. Grundlage dieser Unterscheidung ist, ob eine gesetzliche Regelung für diese Form vorliegt (institutionalisiert) oder nicht (nicht-institutionalisiert) (Steinbrecher, 2009, S. 39f.).

Durch den Begriff Legalität werden legale, also vom Gesetzgeber nicht verbotene, und illegale gesetzwidrige politische Handlungen voneinander getrennt. Während die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration zur ersten Kategorie zu zählen ist, kann die Beteiligung an ungenehmigten Demonstrationen unter die illegalen Formen politischer Partizipation eingeordnet werden (Wolling, 1999, S. 124f.).

Im Gegensatz zu den ersten beiden Kategorien bezieht sich die Unterscheidung zwischen legitimer und illegitimer Partizipation auf die subjektive Bewertung einer Handlungsform. Auf Basis individueller Bewertungen kann die Einordnung einer Form in dieser Kategorie variieren. Je nach historischem Zusammenhang können sich Bedeutungszuschreibungen durch Wertewandel innerhalb einer Gesellschaft im Zeitverlauf auch verschieben (z.B. Legitimität von Demonstrationen). Trotz hoher Überschneidung müssen illegitime Formen politischer Beteiligung nicht zwingend auch illegal sein und vice versa (Steinbrecher, 2009, S. 40f.).

Barnes und Kaase (1979) differenzieren zusätzlich zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen. Diese Unterscheidung basiert auf einer Kombination der beiden vorangegangenen Kategorien. Beide Formen fallen in den Bereich der legalen Beteiligung, konventionelle Beteiligung wird jedoch in der breiten Bevölkerung als legitim anerkannt, unkonventionelle Formen dagegen sind umstritten. Folglich stützt sich auch diese Unterteilung auf die subjektive Bewertung durch Individuen und Gesellschaft und sind prinzipiell wandelbar. Eine Einordnung gestaltet sich daher oft schwierig (z.B. ziviler Ungehorsam) (Steinbrecher, 2009, S. 40).

Außerdem kann zwischen direkten und indirekten Formen der politischen Partizipation unterschieden werden. Während im Bereich elektoraler Aktivitäten (z. B. Bürgerentscheid) direkte Beteiligungsformen vorgesehen sind, dominieren abseits davon

indirekte Formen, da hier kein unmittelbarer Einfluss auf politische Entscheidungen ausgeübt werden kann (z. B. Boykott von Konsumgütern) (Steinbrecher, 2009, S. 41)³.

Obwohl die genannten theoretischen Einordnungen die Dimensionen politischer Partizipation sehr präzise beschreiben, können sie empirisch nicht immer belegt werden (Wolling, 1999, S. 125). Kommen neue Partizipationsformen hinzu, stellt sich die Frage ob und wie neue Beteiligungsmöglichkeiten in vorhandene Kategoriesysteme eingeordnet werden können. Aus theoretischer Sicht ergeben sich zunächst keine ersichtlichen Gründe gegen die Einstufung von Online-Formen der politischen Beteiligung in vorhandene Kategorisierungen. Eine Aufgabe der wissenschaftlichen Forschung besteht darin systematische Ähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Beteiligungsformen empirisch zu überprüfen (Kapitel 7.2).

³ In einigen wissenschaftlichen Arbeiten wurden abweichende Kategoriesysteme angewendet. Einen Überblick darüber findet sich bei Steinbrecher (2009, S.42ff.).

3 Stellenwert und Funktion von politischer Partizipation

Die aktive Beteiligung der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen ist eine der grundlegenden Elemente von demokratischen Systemen. So legt Art. 20 Abs. 2 GG der Bundesrepublik das Volk als Souverän fest, das durch die „besonderen Organe der Gesetzgebung“ vertreten wird. Prinzipiell stehen den Bürgern unterschiedliche Arten der repräsentativen und direkten politischen Partizipation offen. Die Politische Beteiligung durch das Volk bildet damit auch rechtlich ein Kernelement der deutschen Verfassung (van Deth, 2009, S. 142). Basierend auf diesem engen Zusammenhang von Demokratie und Partizipation bildet das Ausmaß der politischen Beteiligung einen wichtigen Indikator für die Bewertung der Qualität einer Demokratie (Fuchs, 2000). Das angestrebte Niveau der politischen Beteiligung ist jedoch abhängig vom Demokratieverständnis des jeweiligen Betrachters.

In der normativen Demokratietheorie lässt sich grundsätzlich zwischen input- und output-orientierten Modellen unterscheiden. In output-orientierten oder auch elitetheoretischen Ansätzen bildet die Qualität der politischen Leistungen, der Output, die Basis für die Bewertung eines Systems. Ausgehend von dessen optimaler Leistung werden die Anforderungen an ein politisches System bestimmt (Scharpf, 1975, S. 25). Eine hohe politische Beteiligung der Bürger, der Input, ist daher kein zentrales Ziel und wird, wenn sie die Qualität des politischen Systems beeinflusst, sogar als hinderlich angesehen. Eine Wahlbeteiligung nicht-informierter Bürger kann beispielsweise unerwünscht sein, wenn sie die Qualität des Outputs, in diesem Fall das Wahlergebnis, negativ beeinflusst. Als partizipatorisches Element ist zudem ausschließlich die Wahl einer Regierung vorgesehen (Teorell, 2006, S. 789). In Bezug auf das Niveau der politischen Partizipation ist daher die optimale und nicht die maximale Beteiligung Grundlage der Bewertung (Steinbrecher, 2009, S. 32). Ein empirischer Zugang über die output-orientierten Ansatz scheint schwierig, da das Begriffsverständnis politischer Partizipation auf die Teilnahme an Wahlen beschränkt ist. Durch die Fokussierung auf die Qualität des Outputs ist eine empirische Analyse der Nutzung von Beteiligungsformen auf Basis elitetheoretischer Ansätze hier nicht zielführend.

Diese Arbeit, wie auch ein Großteil der heutigen Partizipationsforschung, folgt den Ausführungen der input-orientierten Ansätze der partizipatorischen Demokratietheorie. Im Gegensatz zu den output-orientierten Ansätzen wird das System durch die Willensäußerungen, die in den politischen Prozess eingehen, beurteilt (Scharpf, 1975, S. 21ff.). Ein möglichst hohes Beteiligungs niveau bildet die wichtigste Voraussetzung für ein funktionierendes demokratisches System (Parry et al., 1992, S. 4). Durch die universelle Beteiligung sollen alle Bürger durch das politische System repräsentiert werden. Eine notwendige Vorbedingung bildet die politische und soziale Gleichheit aller Bürger. Ein geringes Partizipationsniveau ist diesem Ansatz zufolge kritisch zu betrachten, da Interessen nicht partizipierender Gruppen nicht in politischen Entscheidungsprozessen abgebildet werden können und somit unterrepräsentiert sind (Steinbrecher, 2009, S. 34ff.).

Der größte Kritikpunkt ergibt sich aus dem stark normativen Charakter und der daraus folgenden wirklichkeitsfernen Beschreibung der tatsächlichen politischen Verhältnisse. Durch die Unterschiede in der intellektuellen und materiellen Ressourcenausstattung der Bürger erscheint das Gleichheitsprinzip als Grundvoraussetzung nicht realisierbar. Das Idealbild des aktiven, interessierten und verantwortungsvoll entscheidenden Bürgers widerspricht ebenfalls der empirischen Realität (Steinbrecher, 2009, S. 31).

Aus Sicht der empirischen Forschung eignet sich der Input-Ansatz dennoch in besonderem Maße, da er den Abgleich von gemessenem Ist- mit dem Soll-Zustand (dem Ideal der partizipatorischen Demokratie) erlaubt (Schmidt, 2008, S. 251). So können beispielsweise die Untersuchung des bestehenden Repertoires an Beteiligungsmöglichkeiten, sowie die Erforschung des Umfangs der Nutzung Hinweise auf die Systemstabilität liefern. Die Analyse von Zugangshürden für die unterschiedlichen Beteiligungsformen kann ein Indikator für die Beurteilung der Qualität eines politischen Systems sein. Der Vergleich der Sozialstruktur von Beteiligten einer Partizipationsform mit dem Bevölkerungsschnitt zeigt an, wie weit die Nutzung vom Gleichheitsprinzip abweicht. Zudem kann die Qualität von Partizipationsformen daran gemessen werden, inwieweit sie einen diskursiven Austausch zwischen informierten und verantwortungsvollen Bürgern fördert (Steinbrecher, 2009, S. 31f.; van Deth, 2009, S. 144). In der empirischen Analyse eines politischen Systems müssen also sowohl quantitative Faktoren wie die Verbreitung und Nutzung von Partizipa-

tionsformen als auch deren individuelle Merkmale im Kontext mit anderen Beteiligungsarten betrachtet werden.

Wie in Kapitel 2 ausgeführt, wird hier ein instrumentelles Begriffsverständnis politischer Partizipation angewendet. Die politische Beteiligung ist auf ein Ziel hingerichtet, dass die Bürger durch ihre politischen Tätigkeiten erreichen wollen. Das heißt politische Beteiligung erfüllt eine bestimmte Funktion, die auf das Ergebnis der Partizipationstätigkeit ausgerichtet ist. Neben diesen individuellen Zielen kann politische Beteiligung auch kollektive Funktionen, wie zum Beispiel die Stabilisierung eines politischen Systems, haben (Steinbrecher, 2009, S. 33). Teorell (2006) leitet insgesamt drei Funktionen für politische Partizipation ab: Beeinflussung (Participation as influencing attempts), Mitsprache (Participation as direct decision making) und Meinungs- und Willensbildung (Participation as political discussion).

Die in den empirischen Sozialwissenschaften am meisten untersuchte Funktion Politischer Beteiligung (Barnes & Kaase, 1979; Verba et al., 1978; Verba et al., 1995) fokussiert, in direkter Anlehnung an die oben genannten Definition, auf die Möglichkeit der Beeinflussung des politischen Systems. Teorell (2006, S. 788f.) bezieht den Begriff auf repräsentative Beteiligungsformen wie zum Beispiel die Wahl oder Abwahl von Regierungen. Nach dem hier verwendeten Begriffsverständnis können aber auch alle anderen Formen der Beteiligung, die Einfluss auf die politischen Entscheidungen ausüben, dazugezählt werden. Die zweite Funktion, die Mitsprache, fokussiert auf die unmittelbare Einbindung des Bürgers in den politischen Entscheidungsprozess. Diese Funktion kann vor allem durch Formen direkter politischer Partizipation umgesetzt werden. Die Teilnahme an Volksabstimmungen oder die Unterzeichnung einer (elektronischen) Petition sind Beispiele direkter politischer Partizipation in Deutschland (Kersting, 2014). Die dritte Funktion Meinungs- und Willensbildung beinhaltet die Idee der deliberativen Demokratie. Idealerweise sollen Entscheidungen in einer Diskussion durch rationales Abwägen von Pro- und Contra-Argumenten getroffen werden. Im Mittelpunkt steht nicht das Ergebnis, sondern der Prozess der Meinungs- und Willensbildung. Aufgrund der hohen und unrealistischen Voraussetzungen für die Bürger (hohes Interesse, Vollinformation, Zeit) ist diese Form der politischen Beteiligung wenig verbreitet (Kersting, 2014, S. 69; Teorell, 2006, S. 790f.).

Aus Kerstings (2014, S. 64) Ausführungen von Demokratiertypen lässt sich neben den genannten noch eine vierte expressive Funktion (demonstrative Beteiligung) ableiten. Auch Steinbrechers (2009, S. 33f.) Überblick beinhaltet diese expressive Funktion in Form von veröffentlichter Meinung. Ein Beispiel ist die Teilnahme an einer Demonstration, online kann ein Blogeintrag oder das öffentliche Unterschreiben einer Petition diese Funktion ausfüllen.

Insgesamt betrachtet kann politische Partizipation auf theoretischer Ebene unterschiedliche Funktionen, die durch verschiedene Formen der Beteiligung repräsentiert werden, für Individuum und Gesellschaft erfüllen. Allerdings kann nicht jede Form der Beteiligung nur einer bestimmten Funktion zugeordnet werden. Wie die Beispiele oben zeigen, kann das Unterschreiben einer Petition sowohl expressiven Charakter haben als auch Ausdruck des Bedürfnisses nach Mitsprache sein. Die Aufgabe der empirischen Forschung besteht darin die Dimensionen politischer Beteiligung zu identifizieren sowie die dahinter liegenden Funktionen und Motive sichtbar zu machen. Eine besondere Brisanz liegt in der Fragestellung welche Funktionen die neuen Online-Formen der politischen Partizipation in einer Demokratie erfüllen (können) und ob, wie und warum diese genutzt werden.

4 Strukturen politischer Partizipation

Das folgende Kapitel bietet einen umfassenden Überblick über den bisherigen Forschungsstand zu den Strukturen politischer Partizipation. Da Offline- und Online-Partizipationsforschung zwei mehrheitlich unabhängige Forschungszweige bilden, werden diese auch im Folgenden getrennt voneinander betrachtet. Für diese Vorgehensweise spricht außerdem, dass für Online-Kommunikation im Allgemeinen und politische E-Partizipation im Speziellen andere Voraussetzungen gelten als für klassische politische Beteiligung. Besonders der Zugang zum Internet und der Wandel der Kommunikationsaktivitäten ist daher den Ergebnissen zur politischen Online-Aktivität vorgeschaltet.

4.1 Klassische Partizipationsforschung

In den ersten beiden Teilen des Unterkapitels werden zunächst die unterschiedlichen Formen politischer Beteiligung und deren Nutzung betrachtet. Kapitel 4.1.3 beschäftigt sich schließlich mit den unterschiedlichen Beteiligungsdimensionen politischer Partizipation. Nachfolgend wird erklärt, zwischen welchen Typen von politisch aktiven Bürgern die Forschung unterscheidet. Abschließend werden die verschiedenen Erklärungsfaktoren politischer Beteiligung eingeführt.

4.1.1 Formen politischer Partizipation

Mit der schrittweisen Erweiterung des Begriffsverständnisses über die Zeit hat sich auch das Repertoire an Formen, die unter dem Begriff politischer Partizipation zusammengefasst werden, erweitert. Erste empirische Partizipationsstudien (Campbell, 1960) beschränken sich auf konventionelle politische Aktivitäten wie das Wahlverhalten und Kontakte zwischen Bürgern und Politikern. Zu Beginn der 70er Jahre wird der Bestand um neue nicht-institutionalisierte und unkonventionelle Formen wie die Teilnahme an Demonstrationen oder Streiks (Barnes & Kaase, 1979) erweitert. Anfang der 90er Jahre findet schließlich eine weitere Aufgliederung der unkonventionellen Formen statt. Neben niedrigschwülligen Tätigkeiten wie Produktboykotten werden auch illegale Aktivitäten wie die Besetzung von Häusern oder auch

Formen politisch motivierter physischer und psychischer Gewalt in die Liste politischer Beteiligung aufgenommen (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 701f.; van Deth, 2009, S. 145f.).

Mit der allgemeinen Ausweitung des Begriffsverständnisses politischer Partizipation in den 90er Jahren steigt auch die Notwendigkeit der Abgrenzung von anderen bürgerlichen Aktivitäten. Uneinigkeit besteht darüber, ob Handlungen, die unter dem Begriff der sozialen Partizipation zusammengefasst werden (z.B. Mitgliedschaft in Vereinen oder freiwilliges soziales Engagement), auch als politische Beteiligung verstanden werden können (Putnam, 2000). Aufgrund der hohen Überschneidungsmöglichkeiten beider Formen gestaltet sich eine Unterscheidung schwierig. Nach Gabriel & Völkl (2005, S. 529) fallen jedoch Tätigkeiten unter den Begriff soziale Partizipation, wenn sie „[...] das Ziel verfolgen sich selbst, oder anderen unentgeltlich materielle oder immaterielle Güter wie Geld, Pflege, Wohlbefinden, Unterhaltung oder soziale Kontakte zur Verfügung zu stellen“. Im Unterschied zu politischer Partizipation ist die Aktivität nicht auf politische Entscheidungen, sondern auf „soziale Integration und Unterstützung“ (Steinbrecher, 2009, S. 29) gerichtet. Im Sinne dieser Argumentation wird soziale Partizipation in dieser Arbeit getrennt von politischer Partizipation betrachtet. Ebenfalls umstritten ist, ob passive Tätigkeiten wie allgemeines politisches Interesse, Nachrichtennutzung oder politische Selbstwirksamkeit als politische Handlungen verstanden werden können (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 702). Da aufgrund der hier verwendeten Definition nur aktive zielgerichtete Tätigkeiten als politische Beteiligung zu verstehen sind, werden passive politische Handlungen separat von politischer Partizipation betrachtet. Trotz dieser Abgrenzung zählt van Deth (2003, S. 175ff.) insgesamt 70 Formen politischer Partizipation, die in verschiedenen Studien bisher verwendet wurden. In der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) werden heute insgesamt 18 Formen politischer Beteiligung abgefragt (Terwey & Baltzer, 2014, S. 150ff.).

4.1.2 Nutzung der Formen politischer Partizipation

Neben der Anzahl der Formen politischer Beteiligung ist die Nutzungshäufigkeit der einzelnen Formen ein wichtiger Indikator für die tatsächliche Verbreitung in der Gesellschaft. Betrachtet man die vermeintlich wichtigste Form der politischen Beteiligung, das Wahlverhalten, so ergibt sich für Deutschland ein eher rückläufiger Trend

(van Deth, 2009, S. 150f.). Seit den Bundestagswahlen 1972 (Wahlbeteiligung: 91%) entwickelt sich die Beteiligung an Wahlen insgesamt zurück. 2014 gaben nur 72% der Bundesbürger ihre Stimme ab (Der Bundeswahlleiter, 2014). Ähnliche Entwicklungen sind auch bei den Landtagswahlen zu beobachten. Bei den am 31. August 2014 abgehaltenen Wahlen zum Landtag in Sachsen nahmen erstmals weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten (49%) teil. 2004 waren es noch knapp 60%, bei den ersten Landtagswahlen nach der Wiedervereinigung 1990 lag die Wahlbeteiligung noch bei 73% (Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2014). Dieser Trend setzt sich auch auf europäischer Ebene fort. Bei der Wahl zum Europäischen Parlament gaben 2014 nur 42% der EU-Bürger ihre Stimme ab (2004: 45%; 1984: 59%) (Europäisches Parlament, 2014).

Wie oben bereits deutlich wird, reicht die Wahlbeteiligung als einziger Indikator jedoch nicht aus, um das allgemeine Niveau der politischen Beteiligung in einer Gesellschaft zu messen, (van Deth, 2009, S. 149). Tabelle 1 zeigt, dass Wahlbeteiligung nur durch die relativ allgemein gehaltene Beteiligungsform „seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz (politische Meinung gesagt) übertrroffen wird⁴. Auf dem dritten Platz (2008: 30%) folgt die Beteiligung an Unterschriftensammlungen. Auch der kritische Konsum (2008: 22%) und die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen sind beliebte und verhältnismäßig häufig genutzte Partizipationsformen. Protestaktivitäten wie eine Demonstrationsteilnahme (2008: 6%) werden im Vergleich zwischen 1998 und 2008 stabil genutzt und zeigen sogar eine leicht ansteigende Tendenz. Allerdings werden diese Nutzungsformen insgesamt nur von relativ kleinen Minderheiten wahrgenommen. Weiter fällt die Beteiligung an Online-Protesten auf, die, trotz seiner jungen Geschichte, relativ schnell zu anderen Protestformen aufschließen. Eine neuere Studie von Petersen, Hierlemann, Vehrkamp und Wratil (2013, S. 60) zeigt, dass mittlerweile 96% aller 16- bis 29-jährigen und immerhin 22% der über 60-jährigen schon mindestens einmal eine Form von politischer Online-Beteiligung genutzt haben⁵. Weitere illegale Partizipationsformen, die zumeist den Gebrauch von psychischer (z.B. politische Gegner einschüchtern) oder physischer Gewalt (z.B. Gewalt gegen Personen oder Gegenstände anwenden) bein-

⁴ Etwas verwunderlich ist, dass im Gegensatz zum amtlichen Wahlergebnis die Wahlbeteiligung nach Selbstauskunft in den Daten aus dem ALLBUS zugemessen hat. Es kann unterschiedlichste Gründe für diesen Effekt geben. Einen Überblick über mögliche Fragenbogeneffekte bietet z.B. Diekmann (2012).

⁵ Eine detaillierte Auflistung der politischen Online-Beteiligung findet sich in Kapitel 4.2.2.

halten, werden nur von verschwindend kleinen Minderheiten genutzt und deshalb hier nicht gesondert aufgeführt. Insgesamt ist das Partizipationsniveau im Vergleich zwischen 1998 und 2008 stabil. Nicht ausschließlich aber besonders bei nicht-institutionalisierten Protestformen (Kritischer Konsum, Unterschriftensammlung unterschreiben, Online-Protest) zeichnet sich ein leicht positiver Trend zu mehr Beteiligung ab (Steinbrecher, 2009, S. 40; van Deth, 2009, S. 150f.).

Tabelle 1: Politische Partizipation in Deutschland, 1998 und 2008

Frage: Und woran haben Sie sich auch in den letzten beiden Jahren, d.h. irgendwann im Zeitraum seit Anfang ... (2008: 2006) (1998: 1996) bis heute, beteiligt?

	1998	2008
politische Meinung gesagt	67	73
an Wahlen beteiligt	61	66
an Unterschriftensammlung beteiligt	22	30
kritisch konsumiert	-	22
an öffentlichen Diskussionen beteiligt	12	15
an genehmigter Demo teilgenommen	6	6
aus Protest andere Partei gewählt	2	6
an Online-Protestaktion teilgenommen	-	6
in Bürgerinitiative mitgearbeitet	4	4
aus Protest nicht an Wahl beteiligt	2	3
in Partei mitgearbeitet	2	2
an ungenehmigter Demo teilgenommen	1	1

Quelle: Eigene Darstellung nach ALLBUS 1998 (n= 2.603) und 2008 (n= 3.256) (GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2012); alle Angaben in Prozent

4.1.3 Dimensionen politischer Partizipation

Wie bereits oben angedeutet umfasst der instrumentelle Ansatz politischer Partizipation eine hohe und weiter steigende Anzahl von unterschiedlichen Ausdrucksformen politischer Beteiligung. Schon seit den 60er Jahren beschäftigt sich die Forschung daher mit der Frage, ob sich Ausdrucksformen politischer Partizipation zusammen-

fassen und kategorisieren lassen. Der Ausgangspunkt ist die Annahme, dass politische Partizipation bestimmten Mustern und Strukturen folgt, die in unterschiedliche Dimensionen eingeteilt werden können (Teorell, Torcal & Montero, 2007, S. 341). Wenn also eine Person eine politische Tätigkeit ausübt, die einer bestimmten Dimension zugeordnet werden kann, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass sie auch andere Formen der gleichen Dimension nutzt, nicht notwendigerweise aber die Formen einer anderen Dimension (Dalton, 2002, S. 33). Beispielsweise ist es relativ wahrscheinlich, dass eine Person, die Mitglied einer Partei ist, sich auch im Wahlkampf für diese engagiert. Weniger wahrscheinlich nimmt die Person auch an illegalen Demonstrationen oder Hausbesetzungen teil.

Einer der ersten Strukturierungsversuche stammt von Milbrath (1965), der in seinem Pyramidenmodell eine weitestgehend eindimensionale Einteilung der Partizipationsformen nach dem Grad der Involvierung der Beteiligten vornimmt (Steinbrecher, 2009, S. 44). Mittels empirischer Analyseverfahren unterschieden Verba & Nie (Verba & Nie, 1972, S. 44f.) zwischen den Kategorien Wählen, Mitarbeit in Kampagnen, kommunale Aktivitäten und vereinzelter Kontakt. Milbrath & Goel (1977, S. 10ff.), die in ihrer Analyse auch auf Protest und andere unkonventionelle Aktivitäten zurück greifen, kamen zu einer ähnlichen Einteilung mit insgesamt sechs Dimensionen: Wählen, Partei-und Wahlkampfarbeit, Gemeindeaktivitäten, Kontaktaktivitäten, Protestaktivitäten und kommunikative Aktivitäten. Barnes und Kaase (1979) unterscheiden in ihrer sehr einflussreichen „Political Action“-Studie zwischen konventionellen und unkonventionellen Formen der politischen Partizipation. Sowohl in deutschen⁶ als auch in internationalen Folgestudien (Gabriel, 2004; Parry et al., 1992; Verba et al., 1995) können die oben genannten Einteilungen in vier bis sechs Dimensionen in ähnlicher Form empirisch bestätigt werden. So finden sich vor allem die Dimension Wählen, Kampagnenaktivitäten, Kontaktieren von Politikern oder Behörden und Protestaktivitäten in ähnlicher Form in nahezu allen empirischen Studien wieder (van Deth, 2009, S. 149ff.).

Zudem entwickeln Teorell et al. (2007, S. 340ff.) im Rahmen des „Citizen, Involvement, Democracy“-Projektes (CID) eine neue theoriegeleitete Typologie, in die sich alle unterschiedlichen Formen politischer Partizipation in einer repräsentativen De-

⁶ Einen Überblick über die bis dahin vorhandenen Studien zu den Partizipationsdimensionen in Deutschland bietet Steinbrecher (2009).

mokratie einordnen lassen. Das Modell basiert auf zwei voneinander unabhängigen Dimensionen mit insgesamt vier Unterscheidungsmerkmalen. Die erste Unterscheidung bezieht sich auf den benutzten Kanal (*channel of expression*). Während sich einige Aktivitäten in den formalen Kanälen der Repräsentation (*representational*) bewegen (z.B. Wahlen oder Mitgliedschaft in Parteien), spielen sich andere außerhalb des repräsentativen Gefüges ab (*extra-representational*). Extra-repräsentative Tätigkeiten richten sich nicht an die Regierung, Parteien oder andere politische Institutionen, sondern haben die direkte Beeinflussung von Unternehmen, Medien oder der öffentlichen Meinung zum Ziel. Beispiele sind Produktboykotte oder unterschiedliche Formen von Protestaktivitäten (Teorell et al., 2007, S. 340ff.; van Deth, 2009, S. 148). Auf der zweiten Ebene wird in Anlehnung an Hirschman (1970) zwischen dem Charakter der Aktivitäten (*mechanism of influence*) unterschieden. Durch die Unterscheidung zwischen exit- und voice-basierten Aktivitäten „kann man Partizipationsformen aufgliedern in Einflussmöglichkeiten, die Bürger benutzen können oder nicht (wie z.B. Wahlbeteiligung) und Aktivitäten, die angewendet werden, um Aufmerksamkeit auf bestimmte Präferenzen oder Interessen zu lenken (wie z.B. Bürgerinitiativen oder Unterschriftenaktionen)“ (van Deth, 2009, S. 148f.). Während durch den Boykott von Produkten (ähnlich wie bei Wahlen) der Mechanismus des freien Marktes genutzt wird, um ein unbestimmtes und meist anonymes Signal abzugeben, funktionieren Protestaktivitäten nach dem gegensätzlichen Mechanismus. Durch politischen Protest werden spezifische Ansprüche an die Öffentlichkeit oder bestimmte Eliten gestellt. Das Ergebnis wird moderiert durch den Austausch von Argumenten. Eine weitere Differenzierung muss zwischen zielgerichteten und nicht-zielgerichteten Aktivitäten vorgenommen werden. Manche Formen der Beteiligung wie das Kontaktieren von Politikern sind auf bestimmte Akteure wie Parteien, Institutionen oder Gruppierungen ausgerichtet. Andere Formen wie zum Beispiel die Demonstrationsteilnahme zielen auf die breite Öffentlichkeit ab (Teorell et al., 2007, S. 342f.).

Abbildung 1: Dimensionen politischer Partizipation

		Benutzer Kanal	
		repräsentativ	extra-repräsentativ
Charakter der Aktivität	exit-basiert	Wahlbeteiligung	Produktboykott
	voice-basiert	Petition <i>(nicht gezielt)</i>	Protestformen <i>(nicht gezielt)</i>
		Kontaktieren von Politikern <i>(gezielt)</i>	

Quelle: Eigene Darstellung nach Teorell et al. (2007, S. 341)

Durch die Analyse verschiedener politischer Beteiligungsformen in zwölf unterschiedlichen Ländern können Teorell et al. (2007) die oben beschriebene Typologie auch empirisch bestätigen. Insgesamt ergeben sich fünf Dimensionen politischer Partizipation: Wählen, Konsumentenbeteiligung, Parteiaktivität, Protestaktivität und Kontaktieren. Die Untersuchung zeigt, dass theoriegeleitete Typologie und empirische Ergebnisse zur politischen Beteiligung in diesem Fall miteinander vereinbar sind. Zudem stimmen die empirischen Analysen weitestgehend mit den oben beschriebenen früheren Forschungsergebnissen überein (van Deth, 2009, S. 148).

Wie bereits oben angedeutet, hat sich mit der Forschung zur E-Partizipation nochmal ein neues Untersuchungsfeld geöffnet, welches nur in Ansätzen in der klassischen Beteiligungsforschung aufgegriffen wird. Formen von politischer Online-Partizipation sind, besonders aufgrund der frühen Untersuchungszeitpunkte, nur in sehr geringen Umfang in der empirischen Forschung zu den Dimensionen politischer Partizipation berücksichtigt worden (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 710). Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden relevante Ergebnisse in diesem Feld daher im Kontext der Forschung zur Online-Partizipation in Kapitel 4.2.2 besprochen.

4.1.4 Typen

Neben den Untersuchungen, die sich mit der Einteilung politischer Beteiligungsformen in unterschiedliche Dimensionen beschäftigen, gibt es auch solche, die Bürger auf Basis ihres Partizipationsverhaltens in unterschiedliche Typen einteilen (Steinbrecher, 2009, S. 54). Auf Basis des Pyramidenmodells politischer Beteiligung unterscheidet Milbrath (1965) zwischen Apathischen, Zuschauern und Gladiatoren. Die erstgenannte Gruppe besteht aus Bürgern, die sich gar nicht oder nur sehr wenig politisch beteiligen. Die Zuschauer interessieren sich zwar für das politische Geschehen, nutzen die unterschiedlichen Formen politischer Partizipation aber selbst nicht aktiv. Die Gladiatoren bilden eine dritte Gruppe von Bürgern, die über alle Formen hinweg intensiv partizipieren. Sie beteiligen sich sowohl an Wahlen, arbeiten in Wahlkampagnen mit oder stehen in direktem Kontakt zu Politikern (Steinbrecher, 2009, S. 54f.). Verba und Nie (1972), die in ihrer Analyse auf eine wesentlich größere Zahl politischer Aktivitäten zurück greifen, identifizieren insgesamt sechs Typen von politisch partizipierenden Bürgern: Inaktive, Wahlspezialisten, Kontaktaktive, Gemeindeaktive, Wahlkampfaktive und Vollaktive. Ähnlich wie Apathische und Gladiatoren in der Einteilung von Milbrath und Goel (1977) befinden sich Inaktive und Vollaktive an den jeweiligen Endpunkten der Partizipationsskala. Dazwischen liegen vier Partizipationstypen, die sich entsprechend ihrer Namensgebung selektiv auf bestimmte politische Tätigkeiten konzentrieren (Steinbrecher, 2009, S. 55). Barnes und Kaase (1979) beziehen zusätzlich unkonventionelle Formen der Beteiligung ein und können die Bürger auf diese Weise in fünf unterschiedliche Typen einteilen. Wieder bilden Inaktive und Aktivisten zwei gegensätzliche Extremgruppen. Außerdem können mit Konformisten, Reformisten und Protestierern drei weitere Gruppen identifiziert werden. Während die Mitglieder der ersten beiden Gruppen primär konventionelle politische Tätigkeiten ausführen, nutzen die Protestierer hauptsächlich Protest- und andere Formen der unkonventionellen Beteiligung (Steinbrecher, 2009, S. 55f.). Aktuelle empirische Forschungsergebnisse zu Typologien in Deutschland sind nur sehr rudimentär vorhanden. Uehlinger (1988, S. 157ff.) findet neben den bereits erwähnten Inaktiven und Aktivisten noch fünf andere Gruppen: Staatsbürger, Problemzentrierte, Parteiaktive, Gewaltlose Aktivisten und Protestierer. Eine Besonderheit dieser Studie bildet die Ausdifferenzierung des Protestmilieus mit der Typenunterscheidung zwischen Protestierern und gewaltlosen Aktivisten.

Die jüngste deutsche Studie zu den Typen politischer Beteiligung auf empirischer Basis stammt von Steinbrecher (2009). Mittels einer Sekundäranalyse der Daten aus der „Citizenship, Involvement and Democracy“-Studie aus dem Jahr 2001 konnten fünf westdeutsche⁷ Partizipationstypen ermittelt werden. Die Inaktiven, die auch in den meisten anderen Studien identifiziert werden konnten, bilden die größte Gruppe. Insgesamt 60% der Befragten konnten diesem Cluster zugeordnet werden. Die konsumorientierten Aktivisten zeichnen sich neben der Konzentration auf politisch geleitetes Konsumverhalten durch eine unterdurchschnittliche Beteiligung an Protestaktivitäten aus. Etwa 25% der Befragten können dieser Gruppe zugeordnet werden. Bis auf Kontakt- und Parteiaktivitäten sind die Protestierer (10%) in allen Dimensionen sehr aktiv. Eine relativ kleine Gruppe bilden die Parteiaktivisten (4%). Neben der starken Fokussierung auf Parteiaktivitäten zeichnet sich die Gruppe durch hohe Beteiligung an Wahlen und Protesten aus. An politischem Konsum sind die Mitglieder dieser Gruppe verhältnismäßig selten beteiligt. Die illegalen Aktivisten (1%) nehmen selten an Wahlen teil, nutzen dafür Konsum-, Partei- und Protestaktivitäten häufig um politisch zu partizipieren (Steinbrecher, 2009, S. 180).

Betrachtet man die Soziodemografie der fünf Partizipationstypen ergeben sich fünf unterschiedliche heterogen zusammengesetzte Gruppen.⁸ In der großen Gruppe der Inaktiven sind Frauen leicht überrepräsentiert und das Einkommensniveau liegt leicht unter dem Durchschnitt. Im Vergleich sind Mitglieder dieser Gruppe etwas älter und haben ein relativ niedriges Bildungsniveau. Bei den konsumorientierten Aktivisten sind überdurchschnittlich viele ältere Männer mit höherer Bildung und leicht niedrigerem Einkommen zu finden. Der prototypische Parteiaktivist ist ein älterer Mann mit hoher Bildung, hohem Einkommen und vergleichsweise hohem Bildungsgrad. Gleichermaßen gilt für die Protestierer, nur dass hier die Jüngeren überrepräsentiert vertreten sind. Auch illegale Aktivisten sind häufiger junge Männer mit hoher Bildung. Allerdings ist das Durchschnittseinkommen in dieser Gruppe niedriger als in allen anderen Gruppen (Steinbrecher, 2009, S. 182).

⁷ Für Ostdeutschland konnten außerdem die Typen Inaktive, Konsumorientierte Aktivisten, Parteiaktivisten, Protestierer, Illegale Aktivisten identifiziert werden.

⁸ Nähere Erklärungen zur selektiven Nutzung verschiedener Partizipationsformen werden in Kapitel 4.1.5 vorgenommen.

Abbildung 2: Soziodemografie von Partizipationstypen in Deutschland

Soziodemografie	Inaktive	Konsum-orientierte Aktivisten	Parteiaktivisten	Protestierer	Illegal Aktivisten
Mann	-	+	+	+	+
Alter	+	+	+	-	-
Bildung	-	+	+	+	+

Quelle: eigene Darstellung nach Steinbrecher (2009, S. 182)

Trotz der großen Unterschiede in der Operationalisierung politischer Partizipation, zeigt sich über alle Untersuchungen hinweg eine relativ stabile Typologie. Je nach Untersuchungszeitpunkt wurde eine teils stark variierende Auswahl von Formen politischer Partizipation in die Studien integriert. Ein direkter Vergleich von verschiedenen Ergebnissen erscheint daher schwierig. In nahezu allen Untersuchungen findet sich jedoch eine große Gruppe inaktiver Bürger sowie vier bis sechs kleinere Cluster mit Mitgliedern, die vorwiegend Tätigkeiten in einem speziellen politischen Bereich nachgehen (Steinbrecher, 2009, S. 54f.). Online-Formen politischer Beteiligung wurden bisher selten in einschlägigen Studien einbezogen. Es ist daher schwierig vorherzusagen, wie sich Partizipationstypen entwickeln, wenn auch Formen der Online-Partizipation in einer Analyse berücksichtigt werden.

4.1.5 Erklärungsfaktoren politischer Partizipation

Neben der Betrachtung der einzelnen Partizipationsformen und wie diese genutzt werden, gehört die Erforschung der Erklärungsfaktoren politischer Beteiligung durch die Bürger zu den wichtigsten und gleichzeitig komplexesten Fragestellungen der Partizipationsforschung. Allgemein kann zwischen Theorien auf der Mikro- und Makroebene unterschieden werden. Die Erklärungsansätze auf der Makroebene beschäftigen sich mit dem Stand und der Entwicklung von gesellschaftlichen Faktoren im Zeitverlauf (Steinbrecher, 2009, S. 56). Zentrale Untersuchungsaspekte sind der institutionelle Kontext in einem politischen System, gesellschaftliche Entwicklungen (z. B. Wertewandel) oder aber mobilisierende Ereignisse und Konflikte im gesellschaftlichen Zusammenhangen. In der Partizipationsforschung werden diese situativen und kontextuellen Faktoren unter dem Begriff „Political Opportunity Structure“

(POS) subsummiert. Die sogenannte „Synthetic Political Opportunity Theory“ (SPOT) setzt sich mit sogenannten „Incentives“ auseinander. Damit sind primär Umweltfaktoren des politischen Systems gemeint, die Menschen dazu anregen politisch zu partizipieren (Tarrow, 1994, S. 85). Der Theorie zufolge können politische Ereignisse oder institutionelle Möglichkeiten als Auslöser für politische Beteiligung dienen. Besonders in international vergleichenden Analysen zwischen Staaten kann dieser Ansatz sehr vielversprechend sein (Norris, 2002). Auch für die Analyse der historischen Entwicklung von Beteiligung innerhalb einer Gesellschaft im Zeitverlauf kann die Theorie fruchtbar gemacht werden (Steinbrecher, 2009, S. 71). Trotz der intuitiven Nachvollziehbarkeit können bisher relativ wenig empirische Belege für die Gültigkeit der Theorie gefunden werden (van Deth, 2009, S. 153).

Insgesamt sind jedoch mikroanalytische Analysen zur Erklärung politischer Partizipation in der Mehrzahl (Gabriel, 2013, S. 395). Wie bereits in Kapitel 3 angesprochen können die einzelnen Partizipationsformen nach ihren Funktionen unterschieden werden. Aufgrund der individuell variierenden Ziele, die die Bürger bei der Nutzung der jeweiligen Beteiligungsform verfolgen, sind auch die Motive zu partizipieren auf der Mikroebene vielschichtig und empirisch daher nur schwer zu erfassen (van Deth, 2009, S. 152). Die Partizipationsforschung hat mit der Zeit verschiedene empirisch überprüfbare Modelle zur Erklärung des Beteiligungsverhaltens hervorgebracht. Das „Civic Voluntarism Model“ (CVM) von Verba et al. (1995) und das „Rational-Choice“-Modell von Opp et al. (1984; 1989) gehören zu den einflussreichsten Theorien in diesem Forschungsfeld. Das CVM stellt eine Weiterentwicklung des „Socio-Economic Standard Model of Political Participation“ (SES) der gleichen Forschergruppe um Sidney Verba (1978) dar und hat sich zum Standardmodell in der Forschung entwickelt (van Deth, 2009, S. 153). Auf eine detaillierte Darstellung der verschiedenen Theorien wird an dieser Stelle aus forschungsökonomischen Erwägungen verzichtet. Alle drei Ansätze weisen zudem in der Auswahl der Erklärungsfaktoren große Überschneidungen auf. Anzumerken ist jedoch, dass sich das „Rational-Choice“-Modell insgesamt als wenig aussagekräftig erwiesen hat (Whiteley, 1995, S. 211)⁹. Stattdessen sind die folgenden Abschnitte daher nach inhaltlichen Gruppen von Erklärungsfaktoren gegliedert. Dieses Vorgehen bietet den Vorteil, dass Wiederholungen ausgeschlossen und alternative Erklärungsansätze ansatzlos

9 Eine detaillierte Auseinandersetzung mit dem „Rational-Choice“-Modell im Bereich der politischen Partizipation findet sich bei Whiteley (1995).

integriert werden können (Steinbrecher, 2009, S. 56). Die folgende Aufteilung in individuelle Ressourcen, Motive und soziale Netzwerke orientiert sich inhaltlich an das CVM-Modell von Verba et al. (1995), lässt aber gleichzeitig Raum für die Integration von verwandten Faktoren aus anderen Untersuchungskontexten.

Individuelle Ressourcen und Sozialstruktur

Die individuellen Ressourcen der Bürger zählen zu den wichtigsten Prädikatoren der politischen Partizipation. Die oben beschriebenen SES- und CVM-Modelle der Gruppe um Verba (Verba & Nie, 1972; Verba et al., 1978; Verba et al., 1995) bilden die Grundlage für die Annahme, dass der Grad der politischen Beteiligung vom sozio-ökonomischen Status der Individuen abhängt. Neben den Standardvariablen aus dem SES-Modell (Bildung, Einkommen, Berufsstatus) werden in den meisten Untersuchungen auch andere sozio-strukturelle Variablen wie das Geschlecht und das Alter mit einbezogen (Steinbrecher, 2009, S. 58). Außerdem wurde die zur Verfügung stehende Zeit als ein relevanter Einflussfaktor identifiziert. Gabriel (2013, S. 395) zählt außerdem noch die kognitiven Ressourcen wie den Zugang zu politischen Informationen zu den relevanten Einflussgrößen. Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass mit steigenden sozio-ökonomischen Status auch die politische Beteiligung steigt. Zudem sind Männer häufiger aktiv als Frauen. Mit dem Alter steigt auch die Partizipationswahrscheinlichkeit, ab dem 60. Lebensjahr nimmt sie wieder ab. Mit wachsendem Informationskonsum steigt auch die Wahrscheinlichkeit der Partizipation am politischen Leben. Diese Effekte können im Prinzip für alle Partizipationsformen bestätigt werden (van Deth, 2009, S. 153).

Motive- Werte und Einstellungen

Unter dem Begriff Motive werden an dieser Stelle die individuellen Einstellungen, und Werte der Bürger zusammengefasst. Gabriel (2013, S. 395) bündelt diese unter dem Begriff „Kognitive Involvierung“, Steinbrecher (2009, S. 60ff.) unterscheidet explizit zwischen Werten, Normen, Interessen und Einstellungen.¹⁰ Im Laufe der Zeit konnte eine große Anzahl theoretisch relevanter Einstellungsfaktoren identifiziert werden. Je nach Fragestellung können Richtung und Stärke der einzelnen Variablen variieren, oft ist nicht abschließend geklärt ob und in welcher Richtung sie das Betei-

¹⁰ Diese Arbeit beschränkt sich auf die einfache Unterscheidung zwischen Werten und Einstellungen, da eine detailliertere Auseinandersetzung mit den Begrifflichkeiten an dieser Stelle nicht zielführend erscheint.

ligungsverhalten beeinflussen und welche Zusammenhänge zwischen den einzelnen Faktoren bestehen. Ein häufig gemessener Faktor ist das politische Interesse. Steigt dieses an, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung (van Deth, 2009, S. 154). Ein weiteres wichtiges Konzept zur Erklärung des Beteiligungsverhaltens wird unter dem Begriff der politischen Entfremdung oder Politikverdrossenheit, beide Begriffe werden in den meisten Fällen und auch an dieser Stelle synonym verwendet, geführt. Dieses Konstrukt beinhaltet primär die Selbsteinschätzung des politischen Kompetenzbewusstseins (interne Efficacy) und die Bewertung der Zugänglichkeit des politischen Systems für das eigene Handeln (externe Efficacy). Je niedriger die Einschätzung der eigenen politischen Kompetenz und die Einschätzung der Beeinflussbarkeit des politischen Systems, desto weniger partizipieren die Bürger (Verba et al., 1995, S. 343f.). Weitere Indikatoren im Konzept der politischen Entfremdung sind das Vertrauen in Institutionen und die Zufriedenheit mit dem politischen System. Auch in diesen Fällen ist im Allgemeinen ein positiver Zusammenhang zu erwarten. Je niedriger das Vertrauen und die Zufriedenheit in das politische System, desto niedriger sollte auch die Beteiligung an der Politik ausfallen (Steinbrecher, 2009, S. 62). Bei einigen Partizipationsformen wie dem politischen Protest kann jedoch auch der umgekehrte Effekt eintreten. So zeigt Opp (1989), dass eine hohe Politikverdrossenheit zu gesteigerter Teilnahme an Protesten und Demonstrationen führen kann. Weitere häufig gemessene Einstellungsvariablen sind die Parteiidentifikation, die Bewertung der Akzeptanz der Demokratie oder die Selbsteinstufung auf einer politischen Links/Rechts-Skala.

Werte müssen an dieser Stelle von Einstellungen unterschieden werden. Im Gegensatz zu Einstellungen sind Werte spezifischer, individuell stabiler und variieren stärker zwischen den Bürgern in einer Gesellschaft. Da Werte abstrakte tieferliegende oft unbewusste Konstrukte sind, ist es weitaus schwieriger diese empirisch zu messen (Steinbrecher, 2009, S. 59f.). Wertorientierungen können als intervenierende Variablen sowohl Einfluss auf die Einstellungen als auch auf das politische Handeln selbst haben (Klein, 2005, S. 425f.). Ein Großteil der Arbeiten beschränkt sich auf die Unterscheidung zwischen materiellen und postmateriellen Wertorientierungen, die mit dem Ingelhart-Index (Inglehart, 1990) gemessen werden können (Steinbrecher, 2009, S. 60).

Netzwerke, soziale Partizipation und Sozialkapital

Neben individuellen Ressourcen und Motiven identifizieren Verba et al. (1995, S. 268) den Grad der Einbindung der Bürger in (soziale) Netzwerke („recruitment networks“) als relevanten Einflussfaktor für die politische Partizipation. Die Autoren beziehen sich in ihrer Analyse zunächst auf wenige Netzwerke wie den Arbeitsplatz sowie Freiwilligen- und Kirchenorganisationen. Ihrer Argumentation folgend sorgt die Mitarbeit in diesen Kontexten zum Erlernen organisatorischer und kommunikativer Fähigkeiten, die auf die Mitarbeit in der Politik vorbereiten. Gleichzeitig kann der soziale Austausch mit anderen als Bindeglied zwischen Familie und Gesellschaft verstanden werden und zu politischer Beteiligung anregen (Verba et al., 1995, S. 369). Putnam (2000, S. 290) stellt in seiner Abhandlung zum Sozialkapital neben Vertrauen und Normen die Bedeutung sozialer Aktivität für die Gesellschaft heraus. Auch Druwe, Kühnel und Kunz (2000) sehen soziale Beteiligung in Netzwerken als stimulierend für die politische Beteiligung an, da wichtige gemeinschaftsrelevante Kompetenzen, Ressourcen sowie Werte und Normen erlernt werden können. Zudem bietet sich durch soziale Tätigkeiten die Möglichkeit andere politisch aktive Personen kennenzulernen. Viele Autoren sehen die freiwillige Interaktion von Individuen in Netzwerken wie Vereinen oder Verbänden als wichtigsten Indikator für das zwischenmenschliche Vertrauen an (Putnam, 2000). Allerdings steht nicht ganz fest, ob soziale Partizipation wirklich die politische Beteiligung beeinflusst oder umgekehrt. Auf elektorale Partizipationsformen wird teils ein stärkerer Einfluss gemessen, als auf Protestformen, wie die Teilnahme an Demonstrationen (Gabriel, 2002, S. 165ff.). Auf theoretischer Ebene ist auch ein negativer Zusammenhang denkbar, da soziale Tätigkeit Zeit kostet, die für die politische Beteiligung nicht mehr zur Verfügung steht (Steinbrecher, 2009, S. 70f.). Sozialkapital wird oft durch soziale Partizipation, also die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden und aktives ehrenamtliches Engagement in Organisationen operationalisiert (van Deth, 2001, S. 212ff.).

Insgesamt kann durch die hier vorgestellten Faktorengруппen auf Mikro- und Makroebene ein befriedigender Anteil der Beteiligung an politischen Tätigkeiten erklärt werden. Allerdings sind auf inhaltlicher Ebene für alle Partizipationsformen systematische Verzerrungen durch ungleiche Beteiligung zu beobachten. So sind beispielsweise die hoch gebildeten und einkommensstarken Bürger in fast allen Beteiligungsformen überrepräsentiert (van Deth, 2009, S. 154). Betrachtet man diese Erkenntnisse unter dem Blickwinkel der demokratischen Grundregel der Gleichheit aller Bürger

in einem Staat, ergibt sich daher eine besondere Problematik. Umso größer waren und sind die Hoffnungen, dass durch das Internet bisher unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppen zu mehr politischer Beteiligung mobilisiert werden können. Durch niedrige Zugangshürden soll der kostengünstige Zugang zu Informationen ermöglicht und die Beteiligung an politischen Prozessen vereinfacht werden (Voss, 2014c, S. 9). Für die Forschung stellt sich gleichzeitig die Frage, ob die etablierten Modelle zur Erklärung politischer Partizipation auch im Zeitalter der E-Partizipation weiter ihre Gültigkeit besitzen oder modifiziert werden müssen.

4.2 Politische Online-Kommunikation und E-Partizipation

Wie zu Beginn von Kapitel 4 bereits angedeutet, werden Forschungstand zur E-Partizipation hier zunächst getrennt von der klassischen Partizipationsforschung betrachtet. Dieses Vorgehen hat mehrere Gründe: Erstens hat das vorangegangene Kapitel gezeigt, dass die klassische Partizipationsforschung Online-Formen der Beteiligung mehrheitlich ausklammert. Zweitens hängt die Nutzung von Online-Angeboten in erster Linie von den Zugangsmöglichkeiten zum Internet ab. Die Nutzung von Internetangeboten im Allgemeinen bildet daher einen vorgeschalteten Selektionsmechanismus für die Nutzung von speziellen E-Partizipationsangeboten. Drittens bietet das Internet eine große Bandbreite neuer Kommunikationsmöglichkeiten, die einen grundlegenden Wandel der gesamten Kommunikationsaktivitäten der Bürger zur Folge haben (Kapitel 4.2.1). Bevor die verschiedenen Möglichkeiten online zu partizipieren besprochen werden, wird der Forschungsgegenstand E-Partizipation daher zunächst in den Kontext der (politischen) Online-Kommunikation eingeordnet (Emmer, Vowe, Wolling & Seifert, 2011, S. 99). Drittens hat sich die Forschung zur politischen Online-Partizipation relativ unabhängig zum Feld der klassischen Partizipationsforschung entwickelt. Während mit der Einführung des „Civic Voluntarism Model“ als Standardmodell der politischen Partizipationsforschung der vorläufige Endpunkt in der Erklärung von politischer Partizipation erreicht wurde (Gabriel, 2013, S. 394), entwickelte sich zu Beginn der 2000er Jahre ein weitestgehend autonomer zweiter Forschungsstrang zum Thema Online-Partizipation (Kapitel 4.2.2). Gibson und Cantijoch (2013, S. 704) betonen, dass in vielen Analysen E-Partizipation als eindimensionales Phänomen betrachtet und ohne direkte Verbindung zur klassischen Partizipationsforschung analysiert wird. Im Hinblick auf den For-

schungsschwerpunkt dieser Arbeit sind Online-Petitionen (Kapitel 4.2.3) und die Petitionsplattform openPetition von besonderer Relevanz für diese Arbeit und werden daher gesondert vorgestellt.

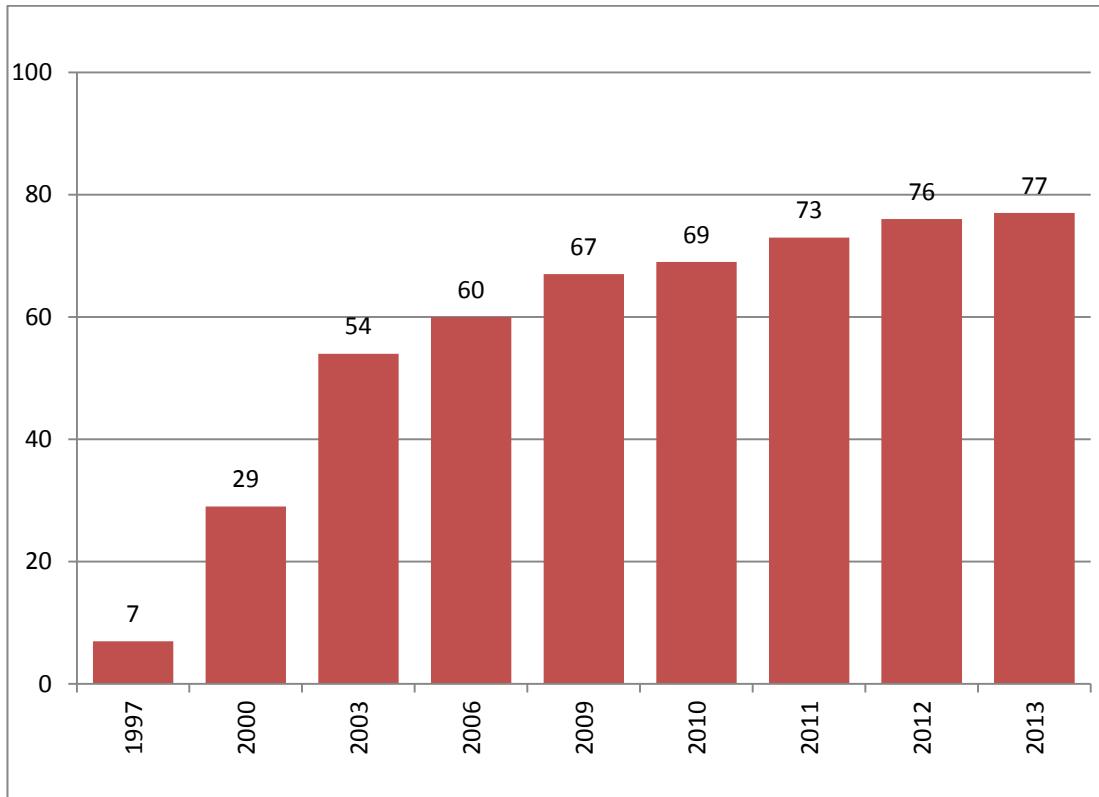
4.2.1 Internetnutzung und politische Online-Kommunikation in Deutschland

Bevor eine detaillierte Auseinandersetzung der Nutzungsmuster politischer Online-Partizipation in Deutschland stattfinden kann, muss zunächst geklärt werden, welche Bevölkerungssteile Zugang zum Internet haben und wie unterschiedliche Inhalte genutzt werden. Die ARD/ZDF-Online Studie (van Eimeren & Frees, 2013, S. 359) zeigt einen starken Anstieg in der Online-Nutzung zwischen 1997 und 2013 (Abbildung 3). Während im ersten Erhebungsjahr nur knapp 7% der Deutschen ab 14 Jahren gelegentlich das Internet nutzten, waren es 2006 schon 59%. Bis ins Jahr 2013 stieg die Zahl der gelegentlichen Internetnutzer auf über 77% an. Umgekehrt formuliert bedeutet das, dass auch 2013 immer noch fast 23% oder 16 Millionen Deutsche über 14 Jahren das Internet nur sehr wenig oder überhaupt nicht nutzen. Im Vergleich zu den Vorjahren sind zudem nur noch geringe Zuwächse (2011: 73%; 2012: 76%) an neuen Nutzern zu beobachten. Kurzfristig sind weitere moderate Zuwächse zu erwarten, eine Vollabdeckung der Internetnutzung scheint jedoch in naher Zukunft unwahrscheinlich.

Im europäischen Vergleich ordnet sich Deutschland im oberen Mittelfeld auf Platz sieben ein. 80% der Deutschen nutzten 2013 mindestens einmal in der Woche das Internet, Island ist Spitzenreiter mit einem Wert von 95% dicht gefolgt von Norwegen und Luxemburg (je 93%). Am wenigsten Internetnutzer sind in Bulgarien (51%) und Rumänien (45%) zu verzeichnen. Insgesamt liegt Deutschland deutlich über dem EU-Durschnitt von 72% (Eurostat, 2014). Auch innerhalb von Deutschland zeigen sich Unterschiede auf regionaler Ebene. Während 82% der Hamburger, 81% der Berliner und 79% der Bremer 2013 zu den Internetnutzern zählten, wurden in den weniger dicht besiedelten Flächenstaaten Sachsen-Anhalt (68%) und Mecklenburg-Vorpommern (69%) deutlich geringere Werte erreicht (Initiative D21, 2013, S. 20ff.). Gruppiert man die Internetnutzung nach soziodemografischen Merkmalen zeigen sich nach wie vor große Unterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen. Internetnutzer sind eher männlich, mit formal höherem Bildungs- und Einkommens-

grad. Mit steigendem Alter nimmt die Internetnutzung deutlich ab (Initiative D21, 2013, S. 22f.).

Abbildung 3: Entwicklung der Online-Nutzung in Deutschland, 1997-2013

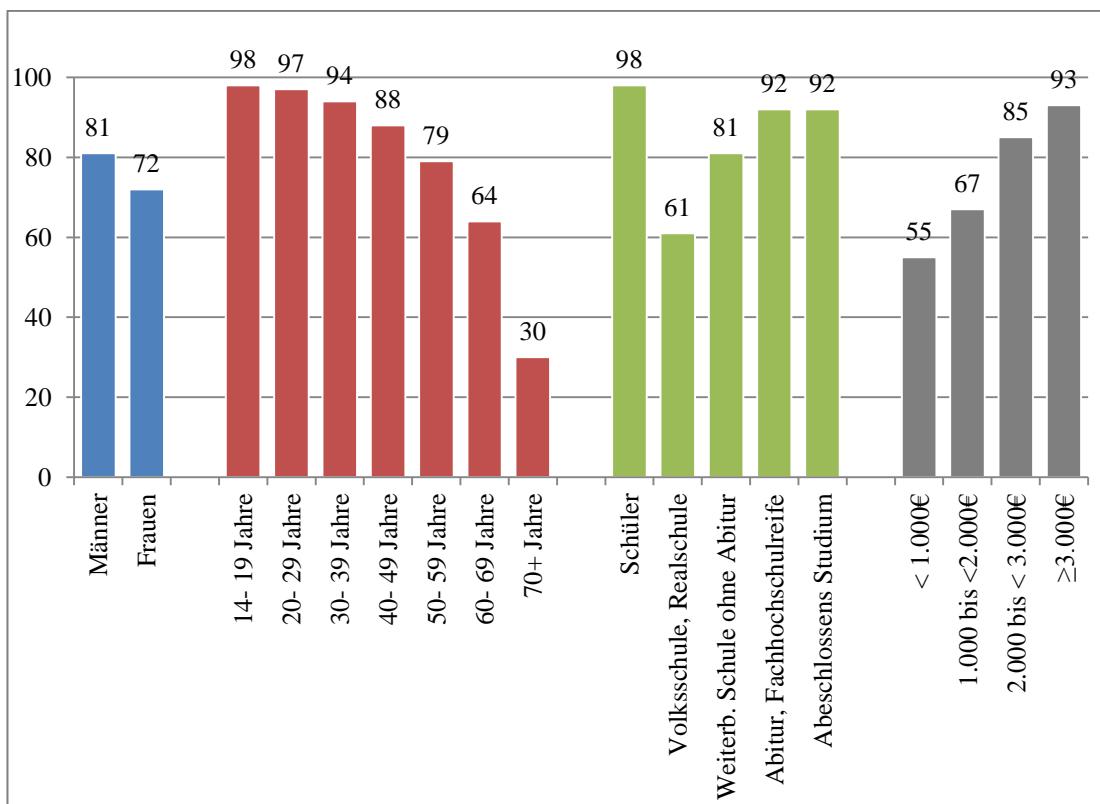


Quelle: Eigene Darstellung nach van Eimeren und Frees (2013, S. 359); Häufigkeitsangaben in Prozent

Die Unterschiede in der Nutzung des Internets zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen werden unter dem Begriff „Digital Divide“ oder „Digitale Spaltung“ zusammengefasst. Die Forschung unterscheidet weiter zwischen „Global Divide“, „Social Divide“ und „Democratic Divide“. Während der „Global Divide“ tatsächliche Unterschiede im Zugang zum Internet zwischen Entwicklungs- und Industrieländern beschreibt, bezieht sich der „Social Divide“ auf die unterschiedliche Nutzung des Internets von armen und reichen Schichten innerhalb einer Bevölkerung. Mit dem „Democratic Divide“ wird zwischen Nutzern, die politische Partizipationsmöglichkeiten im Internet wahrnehmen und solchen, die das nicht tun, unterschieden (Jungherr & Schoen, 2013, S. 47ff.). In Gesellschaften, in denen das Internet wie in Deutschland grundsätzlich weit verbreitet ist, werden immer mehr Anwendungen und Prozesse, die wichtig für die gesellschaftliche Teilhabe sind, online bereitge-

stellt. Bürger, die das Internet wenig oder überhaupt nicht nutzen, können somit an gesellschaftlichen Prozessen, die überwiegend oder ausschließlich online ablaufen, nicht mehr teilnehmen. Bezogen auf die Nutzung von politischen Online-Partizipationsangeboten kann sich auf diese Weise eine systematische Verzerrung in der politischen Teilhabe ergeben. Personen, die die kulturellen und technischen Möglichkeiten des Internets nicht beherrschen, haben beispielsweise gar nicht die Möglichkeit eine Online-Petition zu unterschreiben (ebd.).

Abbildung 4: Internetnutzung in Deutschland, 2013



Quelle: Eigene Darstellung nach Initiative D21 (2013, S. 22f.); alle Angaben in Prozent

Von besonderer Relevanz für diese Arbeit ist die Nutzung von Online-Inhalten im Bereich der politischen Kommunikation. Köcher und Brüttel (2011, S. 20) zeigen, dass Internet als Informationsquelle über das tagesaktuelle Geschehen hinter Fernsehen, Zeitung und Radio immer weiter an Bedeutung gewinnt. Vor allem in der jüngsten untersuchten Gruppe der 16- bis 29-Jährigen liegt das Internet als wichtigstes Medium für tagesaktuelle Information (26%) bereits vor Radio (25%) und Zeitung (21%) auf dem zweiten Platz. Dagegen nutzen bei den über 60-Jährigen 74% das Fernsehen aber nur 4% das Internet als erste Informationsquelle.

Betrachtet man die Online-Informationsquellen im Detail fällt auf, dass besonders sogenannte Web 2.0-Angebote¹¹, also Soziale Netzwerke (z.B. Facebook), Video-Portale (z.B. YouTube) sowie Blogs und Internetforen verstärkt von jungen Onlinern genutzt werden, um sich politisch zu informieren (Köcher & Bruttel, 2011, S. 27). Emmer et al. (2011, S. 115) zeigen, dass für die politische Informationsnutzung im Internet insgesamt noch große Unterschiede zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen bestehen. Wie die Theorie des „Democratic Divide“ prognostiziert, sind männliche, junge, einkommensstarke und hoch gebildete Bürger in allen Bereichen der politischen Online-Kommunikation überdurchschnittlich vertreten.

Aufgrund der verhältnismäßig großen Unterschiede im Online-Nutzungsverhalten im Allgemeinen und der politischen Online-Kommunikation im Speziellen haben einige Forscher versucht Typologien des Nutzungsverhaltens im Internet aufzustellen. Dieser Bereich rückte in den Blickpunkt durch die Diskussion um die sogenannten „Digital Natives“ (Palfrey & Gasser, 2008), also der ersten jungen Generationen von Menschen, die von Geburt an mit den digitalen Technologien wie Mobiltelefon und Internet sozialisiert wurden. In der Studie des DIVSI (2012) wird zwischen sieben Internet-Milieus, die sich in drei Gruppen zusammenfassen lassen, differenziert. Die Digital Outsiders bilden eine Gruppe, die vom Internet überfordert ist und dieses nicht oder nur wenig und vorsichtig nutzen. Der Begriff Digital Immigrants beschreibt eine Gruppe selektiver und zielorientierter Internetnutzer, die für eine verantwortungsbewusste Nutzung des Internets stehen und technischen Neuerungen gegenüber kritisch eingestellt sind. Die Digital Natives sind die angesprochenen jungen Nutzer, die mit dem Internet aufgewachsen sind. Diese Gruppe lässt sich wiederum in drei Untergruppen einteilen: Unbekümmerte Hedonisten, Effizienzorientierte Performer und Digital Souveräne. Besonders hervorheben ist in diesem Kontext die letzte Untergruppe. Personen, die unter diesem Typ zusammengefasst werden, bilden die Digitale Avantgarde. Sie zeichnen sich durch eine individualistische Grundhaltung und starkem Bedürfnis nach Unabhängigkeit aus (DIVSI, 2012, S. 16ff.).

Füting (2011, S. 223ff.) fasst rezeptive, interpersonale und partizipative Kommunikationsformen online und offline zu einer Typologie individueller politischer

¹¹ Web 2.0-Angebote nehmen im Kontext der politischen Online-Kommunikation eine besondere Stellung ein, da diese Technik das Erstellen, Kommentieren und Weiterleiten von Inhalten erlaubt. Aufgrund des daraus resultierenden hohen Mobilisierungspotenzials ist diese Technik daher von spezieller Bedeutung für die Online-Kommunikation (Jung herr & Schoen, 2013, S. 49f.).

Kommunikation zusammen. Die passiven Mainstreamer (später dann Schweigende Mehrheit (Vowe, 2014, S. 38)) bilden die größte Gruppe (47%) und meiden prinzipiell alle politischen Aktivitäten. Eigennützige Interessenvertreter (19%), Bequeme Moderne (16%) und Traditionell Engagierte (10%) zeichnen sich durch überdurchschnittliches politisches Engagement in jeweils speziellen Bereichen aus. Die politische Internetnutzung erfolgt nur ergänzend zum Engagement in der Offline-Welt. Ganz im Gegensatz dazu stehen die Digital Citizens. Diese junge Generation ist durch das Internet geprägt und beteiligt sich politisch hauptsächlich online, während Offline-Formen der politischen Kommunikation nur selten genutzt werden. Angehörige dieser Gruppe sind eher jung, bildungsstark und männlich, im Unterschied zu anderen Klassifizierungen sind sie allerdings (noch) nicht mit hohem Einkommen ausgestattet.

Köcher et al. (2011, S. 43ff.) beschreiben mit dem Political Net Activist¹² einen Typen, der in direkter Linie zu den digital souveränen Internetnutzern und online politisch stark engagierten Digital Citizens steht. Das soziodemografische Profil entspricht den beiden erstgenannten Gruppen weitestgehend. Wieder handelt es sich um eine männlich dominierte Gruppe, in der ältere einkommens- und bildungsschwache unterrepräsentiert sind. Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ist das Interesse an Politik hoch, sie sind gründlicher informiert, kommunikationsstark und glauben daran, dass mit Engagement noch Einfluss auf Gesellschaft und Politik ausgeübt werden kann.

Insgesamt zeigt sich, dass große Unterschiede in den Nutzungsmustern des Internets bestehen. Die vorangestellten Typologien weisen drauf hin, dass diese Umstände sowohl für die generelle Internetnutzung als auch für die politische Online-Kommunikation und Partizipation gelten. In den vorgestellten Typologien zeigt sich ein durchgehendes Muster. An einem Ende der Skala ist eine wenig aktive Mehrheit an sozio-ökonomisch schlecht ausgestatteten Personen zu finden, am anderen Extrempunkt der Skala steht eine sozio-ökonomisch starke Minderheit, die die kulturellen und technischen Möglichkeiten des Internets aktiv nutzt, um zu partizipieren.

¹² Nach Definition der Autoren sind damit alle Individuen gemeint, die mindestens drei Möglichkeiten der Online-Partizipation genutzt haben Köcher und Bruttel (2011, S. 43).

4.2.2 Forschungsstand E-Partizipation

Bevor die theoretischen Erkenntnisse und empirischen Kennziffern der Forschung zur E-Partizipation ausgeführt werden, wird der Begriff selbst genauer definiert und abgegrenzt. In vielen Diskussionen um politische Beteiligung im Internet werden die Begriffe E-Partizipation, E-Government und E-Demokratie synonym verwendet. Tatsächlich stehen diese Begriffe aber im gleichen hierarchischen Verhältnis zueinander wie Partizipation, Regierung und Demokratie in der Offline-Welt. Der Oberbegriff E-Demokratie fasst alle online-basierten Strukturen und Prozesse zusammen, die die Möglichkeit des Austauschs zwischen Regierung und Bürger ermöglichen (Roleff, 2012, S. 3). E-Government bildet eine Unterkategorie und beschreibt speziell „die elektronische Abwicklung der Geschäftsprozesse von Verwaltung und Regierung“ (Wirtz, Lütje & Schierz, 2008, S. 15). Der Begriff E-Partizipation bildet ebenfalls eine Unterkategorie von E-Demokratie, wird allerdings primär in der Wissenschaft verwandt (Roleff, 2012, S. 3). Angelehnt an die Definition von Kaase (1997, S. 160) in Kapitel 2 können alle analogen und virtuellen Handlungen, die auf die Beeinflussung des politischen Systems gerichtet sind, als politische Partizipation verstanden werden (Gabriel, 2013; Oser et al., 2013).

Mobilisierung vs. Verstärkung sozialer Ungleichheit

Mit der weiträumigen Verbreitung des Internets und den daraus resultierenden Möglichkeiten entstand Anfang der 2000er Jahre schnell die Hoffnung auf mehr politische Beteiligung. Unbestreitbar ist in diesem Zeitraum sowohl die Anzahl als auch die Nutzung neuer Online-Formen politischer Partizipation stark angestiegen (Jungherr & Schoen, 2013, S. 56). Daher steht der Begriff E-Partizipation exemplarisch für den Wunsch nach Mobilisierung bisher unbeteiligter Bürger (Escher, 2010, S. 136). Die leichte Zugänglichkeit sollte dem Informationsdefizit bestimmter Bevölkerungsgruppen entgegenwirken. Auch die Möglichkeit Bürger mit Hilfe des neuen Mediums direkt in politische Entscheidungsprozesse einbinden zu können, gehörte zu den Zukunftsvisionen einer neuen Demokratie (Benkler, 2006). Auf der anderen Seite steht die Befürchtung, dass bereits vorher bestehende Ungleichgewichte in der politischen Partizipation durch das Internet noch verstärkt werden können. Schlozman et al. (2010) beispielsweise nehmen an, dass die in der klassischen Partizipation überrepräsentierten sozio-ökonomisch starke Gruppen auch die politische Partizipation im Internet dominieren.

Die Befürworter der Mobilisierungsthese bestehen darauf, dass durch die hohe Verfügbarkeit von Informationen und die niedrigen Beteiligungshürden im Internet auch inaktive Bürger vermehrt am politischen Prozess teilnehmen. Anhänger der Verstärkerhypothese dagegen befürchten, dass sich die Lücke zwischen partizipierenden und sich nicht-beteiligenden Bürgern durch neue Internetpartizipationsformen noch vergrößern könnte (Oser et al., 2013, S. 91). Durch den Fokus auf die gegenläufigen Ansätze der Mobilisierungs- und Verstärkerhypothese verengt sich auch der wissenschaftliche Diskurs auf diese Fragestellung (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 703).

Online-Formen politischer Partizipation

Betrachtet man die Untersuchungen zu den Formen der politischen Online-Beteiligung ergibt sich je nach Untersuchungszeitpunkt und Schwerpunktsetzung der jeweiligen Arbeit ein sehr heterogenes Bild. In vielen Analysen wird E-Partizipation als eindimensionales Phänomen betrachtet und ohne direkte Verbindung zur klassischen Partizipationsforschung analysiert (Gibson & Cantijoch, 2013, S.704). In der letzten Untersuchung von politischen Beteiligungsformen im ALLBUS aus dem Jahr 2008 wird beispielsweise nicht zwischen verschiedenen Formen von E-Partizipation differenziert, sondern nur allgemein die Beteiligung an einer „Online-Protestaktion“ in einem einzelnen Item abgefragt (Terwey & Baltzer, 2014, S.220). In vielen Studien wird, ähnlich wie in der klassischen Partizipationsforschung, in der Regel ein Index aus verschiedenen politischen Online-Tätigkeiten gebildet. Während einige Formen offline und online vorhanden sind (z.B. Petitionen und E-Petitionen), haben sich andere Formen vor allem durch den Einfluss der Online-Kommunikationsmöglichkeiten in den sozialen Netzwerken neu entwickelt (z.B. „Mitglied in einer politischen Gruppe in einem sozialen Netzwerk“) (Petersen et al., 2013, S. 58ff.).

Wie in der klassischen Partizipationsforschung auch, werden passive Tätigkeiten wie die Nachrichtennutzung und politische Einstellungen in den meisten Fällen ausgeschlossen (Emmer et al., 2011; Oser et al., 2013; Petersen et al., 2013; Schlozman et al., 2010; Voss, 2014c, S. 12). Der hohen Innovationsgeschwindigkeit des Internets geschuldet, müssen E-Partizipationsformen laufend auf Aktualität überprüft und bei Bedarf angepasst werden (z.B. „sich über den Internetdienst Twitter zu politischen Themen äußern“). Dem oben beschriebenen weiten Begriffsverständnis von politischer Partizipation entsprechend (Kapitel 4.1.1) werden auch unkonventionelle und

niedrigschwellige Formen der Partizipation (z.B. „Online-Petition unterschreiben“) häufig berücksichtigt (Petersen et al., 2013; Send & Schildhauer, 2014, S. 14). Gleichzeitig werden vor allem jene zeitsparenden Online-Partizipationsformen wie „das Beitreten einer politischen Gruppe in einem sozialen Online-Netzwerk“ immer wieder kritisiert. Die Wortschöpfung „slacktivism“¹³ (Morozov, 2009) fasst eben jene Beteiligungsformen zusammen, die wenig Zeit in Anspruch nehmen und nur oberflächliches Engagement voraussetzen. Hinter der Kritik steht die Befürchtung, dass den Menschen zukünftig ein einziger Mausklick ausreicht, um ihr Bedürfnis nach politischer Teilhabe zu befriedigen. Die intensive Auseinandersetzung mit politischen Themen geht in der Folge immer weiter zurück. Zudem wird angenommen, dass „slacktivistische“-Formen des Online-Engagements nur geringfügig Druck auf die tatsächliche Politik ausüben können (Morozov, 2009). In der Fallanalyse einer brasilianischen Anti-Korruptionskampagne zeigen Breuer und Farooq (2012) jedoch, dass niedrigschwellige Partizipationsangebote wenig Engagierte politisieren können und gleichzeitig Effekte auf die analoge Partizipation ermöglichen. Christensen (2011) stellt dagegen fest, dass bisher kein positiver Einfluss „slacktivistischer“ Kampagnen auf die Offline-Beteiligung belegt werden kann. Allerdings findet auch er keine Hinweise darauf, dass das positive Gefühl, das Online-Beteiligung erzeugt, Offline-Partizipation verhindert. In einem Online-Experiment von Lee und Hsieh (2013) können sowohl Belege für einen mobilisierenden wie substituierenden Effekt von niedrigschwelliger E-Partizipation gefunden werden.

Nutzung von E-Partizipationsformen

Ein weiteres wichtiges Bewertungsmerkmal bei der Betrachtung von E-Partizipation ist die Nutzungshäufigkeit. Da es sich bei Online-Partizipation noch um ein verhältnismäßig junges Forschungsfeld handelt, sind speziell für Deutschland bisher relativ wenig repräsentative und vergleichbare Daten vorhanden (Köcher & Bruttel, 2011; Petersen et al., 2013; Schmidt & Johnsen, 2014). Bis auf Emmer et al. (2011, S. 161ff.), die die Entwicklung einiger weniger Formen der partizipativen Online-Kommunikation zwischen 2002 und 2009 beobachten, sind zudem kaum repräsentative Daten im Zeitverlauf erhoben worden. Besonders schwierig gestaltet es sich Online- und Offline-Partizipation direkt zu vergleichen, da für den deutschen Raum

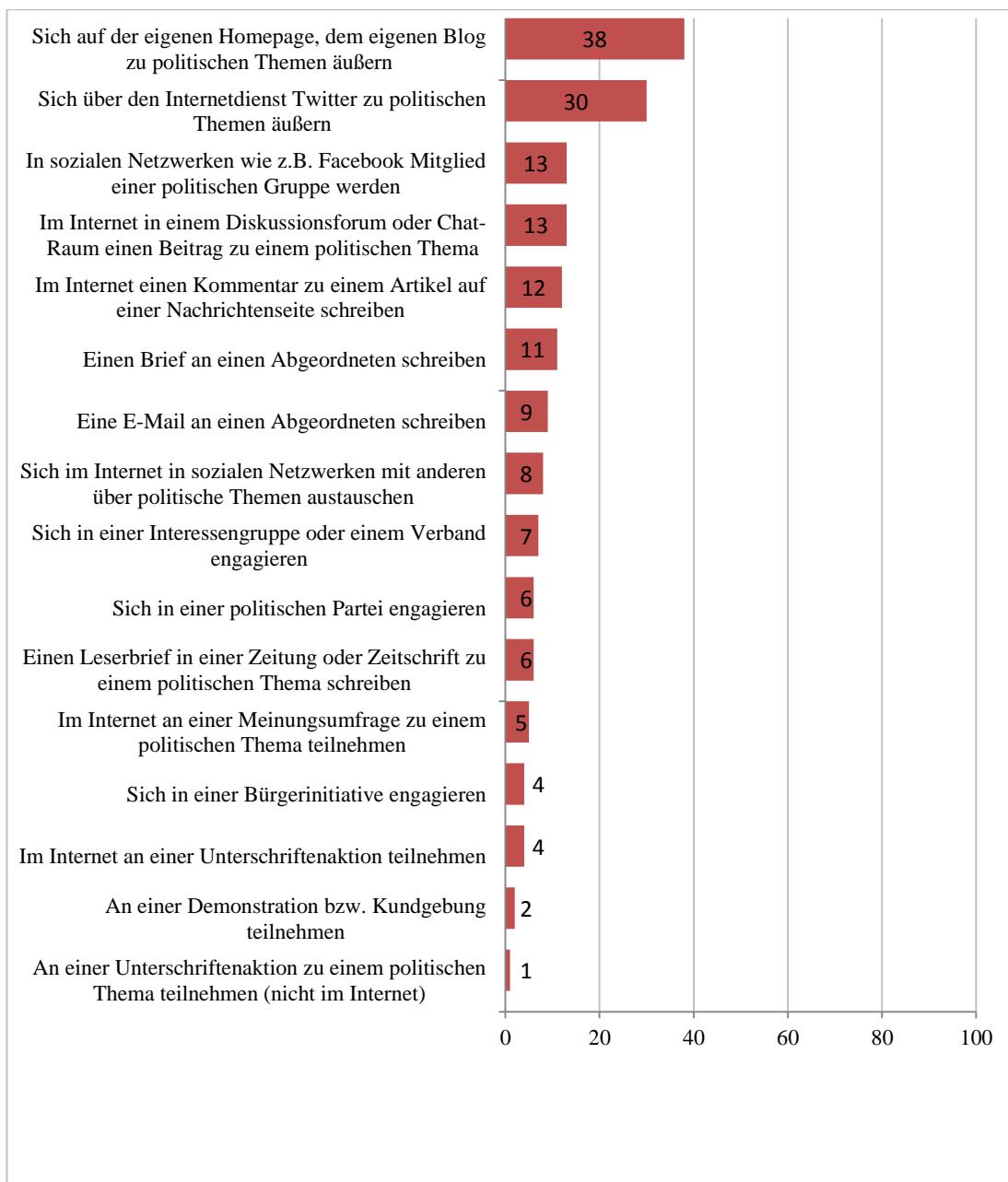
¹³ Der Begriff setzt sich aus den Wörtern „slacker“ („Faulenzer“) und „activism“ („Aktivismus“) zusammen Voss (2014a, S. 42).

auch hier nur wenige vergleichende Untersuchungen vorhanden sind (Emmer et al., 2011; Köcher & Bruttel, 2011; Petersen et al., 2013).

Laut der letzten Erhebung des ALLBUS zur politischen Beteiligung haben sich 2008 insgesamt 6% der Befragten an einer „Online-Protestaktion“ teilgenommen. Im Vergleich dazu haben 2009 bereits 18% der US-Amerikaner mehr als zwei Online-Formen genutzt (Smith, Schlozman, Verba & Brady, 2009, S. 35). Neuere Untersuchungen zeigen eine ansteigende Tendenz in Deutschland. Die Untersuchung von Köcher und Bruttel (2011, S. 42) zeigt, dass Online-Beteiligungsformen immer populärer werden. 15% der Befragten gaben an bereits einmal eine Online-Petition unterschrieben zu haben. Ein detaillierter Überblick der genutzten Online- und Offline-Partizipationsformen im Vergleich für das Jahr 2013 ist bei Petersen et al. (2013, S. 58ff.) zu finden. Wie Abbildung 5 zeigt gehören Formen der Online-Beteiligung mittlerweile zum festen Repertoire der Partizipation in Deutschland. Nach der Teilnahme an einer Unterschriftenaktion (38%) und der Beteiligung an einer Demonstration (30%) liegt die Unterstützung einer politischen Sache durch eine Unterschriftenaktion im Internet (13%) an dritter Stelle. An einer Online-Abstimmung bei einer Meinungsumfrage haben bereits 12% der Befragten teilgenommen. Auch der Austausch über politische Themen in einem sozialen Netzwerk (7%) und das Schreiben einer E-Mail an einen Abgeordneten (6%) wurde von einigen nicht zu vernachlässigenden Minderheiten bereits genutzt. Zeitaufwendige Formen der Online-Partizipation, wie die Betreibung eines eigenen Blogs oder einer Homepage, wird erwartungsgemäß nur von einer sehr kleinen Minderheit (1%) betrieben.

Abbildung 5: Nutzung politischer Online- und Offline Partizipation im Vergleich, 2013

Frage: Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, seine Meinung zu politischen Themen zu äußern, sich politisch zu beteiligen. Welche dieser Möglichkeiten haben Sie selbst schon einmal genutzt, welche haben Sie zwar noch nicht genutzt, könnten sich aber vorstellen, das zu tun, und bei welchen könnten Sie sich das nur schwer vorstellen?



Quelle. Eigene Darstellung nach Petersen et al. (2013, S. 42); alle Angaben in Prozent

Dimensionen politischer Online-Beteiligung

Analog zu den Annahmen aus Kapitel 4.1.3 ergibt sich auch für die Online-Partizipation die Frage, ob diese bestimmten Strukturen oder Mustern folgt, die in

verschiedenen Dimensionen zusammengefasst werden können. In der klassischen empirischen Partizipationsforschung wurden Formen der Online-Partizipation bisher jedoch nicht berücksichtigt. In der E-Partizipationsforschung liegt der Schwerpunkt nach wie vor auf der Untersuchung des Mobilisierungspotenzials politischer Online-Beteiligung (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 703).

Voss (2014a, S. 37ff.) schlägt auf theoretischer Ebene eine funktionale Aufteilung in Top-Down- und Bottom-Up-Formen vor. Mit Top-Down sind die jeweiligen Beteiligungsformen, die vom Staat initiiert werden, gemeint.¹⁴ So besteht seit 2005 beispielsweise die Möglichkeit Petitionen über das Internet beim Bundestag einzureichen (Deutscher Bundestag, 2014; Roleff, 2012). Wesentlich häufiger genutzt werden allerdings die sogenannten Bottom-Up-Formen politischer Online-Partizipation. Zivilgesellschaftliche Akteure stellen hier die Infrastruktur, um Bürger die politische Beteiligung über das Internet zu ermöglichen. So können Wähler zum Beispiel über abgeordnetenwatch.de direkt mit Politikern in Kontakt treten. Am Einflussreichsten in diesem Bereich sind die sogenannten „Grassrootkampagnen“ (Voss, 2014a, S. 37ff.). Damit sind Online-Kampagnen gemeint, die versuchen Bürger für ein bestimmtes politisches Thema zu sensibilisieren und zu politischer Teilhabe zu bewegen. Oft sind große Nichtregierungsorganisationen die Akteure, aber auch Privatpersonen oder kleine Bürgerinitiativen können über Plattformen wie openPetition versuchen Unterstützer für ihre Anliegen zu finden¹⁵ (ebd.).

In einigen wenigen Untersuchungen wurden die Dimensionen politischer Partizipation auch auf empirischer Basis untersucht. Hirzalla und Zoonen (2011) kombinieren in einer Studie mit niederländischen Jugendlichen verschiedene Online- und Offline-Aktivitäten und identifizieren vier Mischfaktoren der politischen Partizipation: politics, activism, consumption und sharing. Die erstgenannte Dimension bezieht sich vor allem auf Parteiaktivitäten, die hauptsächlich offline stattfinden. Der Faktor activism fasst unterschiedliche Protestformen offline und online zusammen. Der dritte Faktor, consumption, umfasst unterschiedliche politische Konsumaktivitäten wie den Kauf von umweltfreundlichen Produkten. Die vierte Dimension (sharing) umfasst mehrheitlich Online-Aktivitäten (Unterschreiben einer Petition, politische Diskussion

¹⁴ Kubicek (2014) bietet einen Überblick über verschiedene staatliche gesteuerte Online-Beteiligungsmöglichkeiten.

¹⁵ Eine genaue Differenzierung erfolgt in Kapitel 4.2.3.

online/offline, weiterleiten von politischen E-Mails). Alle vier Formen dieses Faktors dienen der öffentlichen Meinungsäußerung (Hirzalla & Zoonen, 2011, S. 491).

Gibson und Cantijoch (2013) untersuchen, ob es sich bei E-Partizipation um ein mehrdimensionales Phänomen handelt und wie Formen der Online-Beteiligung mit Offline-Tätigkeiten im politischen Bereich zusammenhängen. Für Online-Aktivitäten finden sie die vier Dimensionen e-party, e-targeted, e-expressive und e-news. Wie in der vorangegangenen Studie bildet Parteiaktivität (e-party) eine eigene Dimension. Außerdem lässt sich ein unabhängiger Faktor für die öffentliche Meinungsäußerung (e-expressive) identifizieren. Die e-targeted-Dimension enthält die Kontaktaufnahme zu Politikern so wie das Unterschreiben von E-Petitionen. Die vierte Dimension (e-news) bezieht sich auf passive politische Aktivitäten wie das Lesen von Online-Zeitungen (Gibson & Cantijoch, 2013, S. 709ff.). Obwohl die vier Online-Dimensionen sich auch offline widerspiegeln konnte kein direkter Zusammenhang von Offline und Online-Partizipation über alle Faktoren hinweg festgestellt werden. Betrachtet man beide vorgestellten Studien zusammen, deutet einiges darauf hin, dass sich zukünftig ein neuer auf soziale Online-Netzwerke stützender Faktor der politischen Online-Beteiligung in Form von Öffentlicher Meinungsäußerung entwickeln könnte.

Typologisierung von E-Partizipation

Wie im vorangegangenen Unterkapitel bereits angesprochen wurden in mehreren Untersuchungen bereits Typologien des (politischen) Online-Nutzungs- und Kommunikationsverhaltens gebildet. Anders als in den Typenbildungen zur klassischen Offline-Partizipationsformen (Kapitel 4.1.4) beziehen sich diese nicht direkt auf die verschiedenen Formen der Online-Beteiligung. Während in der Studie des DIVSI (2012) allgemein Internetmilieus gruppiert werden, geht es in der Untersuchung von Füting (2011, S. 227) um die allgemeine politische Online-Kommunikation. Das bedeutet, dass auch passive politische Online-Nutzungsformen (z.B. Lesen von Online-Nachrichten, politisches Interesse) mit einbezogen werden. In der Studie von Köcher und Bruttel (2011, S. 43) erfolgt die Gruppeneinteilung nach der Häufigkeit der Nutzung einer beliebigen Online-Partizipationsform. Die große Mehrheit (71%) hat bisher keine der abgefragten Partizipationsformen im Internet genutzt, begrenzt aktiv sind 19% und 10% gehören zu der sozio-ökonomisch gut ausgestatteten Gruppe der Political Net Activists.

Die Untersuchung von Oser et al. (2013, S. 96ff.) gehört zu den wenigen Analysen, in der unterschiedliche Formen der Online- und Offline-Partizipation durch multivariate empirische Verfahren typologisiert wurden. Im Ergebnis zeigt sich eine Aufteilung in vier Typen. Wie in Untersuchungen zur Offline-Partizipation besteht die größte Gruppe mit 71% aus weitestgehend Inaktiven (disengaged). Weiter lässt sich zwischen den in allen Partizipationsformen sehr aktiven Onlinern (8%) und Offlinern (9%) (online activists und offline activists) unterscheiden. Während die Mitglieder der ersten Gruppe verstärkt online aktiv sind und sich offline etwas weniger engagieren, gilt für die zweite Gruppe das Gegenteil. Die vierte Gruppe der Kontaktierer (10%) (contacter) nutzt sowohl Online- als auch Offline-Formen, vornehmlich um Kontakt mit Politikern aufzunehmen. Vergleicht man die Soziodemografie zwischen den Typen, so zeigt sich dass der sozio-ökonomische Status in der Gruppe der Inaktiven am geringsten ist. Die anderen drei Gruppen unterscheiden sich in den meisten Merkmalen nur minimal. Die einzige Ausnahme bildet das Alter. Onliner sind im Schnitt jünger als Offliner, Kontaktierer und Inaktive.

Erklärungsfaktoren politischer Online-Partizipation

Wie oben im Kapitel schon angedeutet liegt der Schwerpunkt der E-Partizipationsforschung auf der Untersuchung des politisch mobilisierenden Potenzials des Internets (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 703). Bisherige empirische Untersuchungen zeigen mehrheitlich, dass Online-Tools das Repertoire an politischen Partizipationsmöglichkeiten erweitern und quantitativ zu mehr politischer Partizipation führen. Die Internetnutzung hat einen leicht positiven Effekt auf die Partizipationshäufigkeit (Boulianne, 2009; Jungherr & Schoen, 2013, S. 60ff.). In der Regel werden jedoch diejenigen mobilisiert, die ohnehin schon aktiver sind, als der Rest der Bevölkerung. Auf diese Weise übertragen sich die sozio-ökonomische Ungleichheiten in der politischen Beteiligung von der Offline- in die Online-Welt (Escher, 2010; Jungherr & Schoen, 2013; Oser et al., 2013; Smith et al., 2009). Schlozman et al. (2010) dokumentieren, dass Bürger mit hohem Einkommen und hoher Bildung auch online mehr partizipieren als sozio-ökonomisch schlechter gestellte Bürger. Eine Ausnahme gilt für das Alter: Jüngere sind deutlich öfter online aktiv als offline. Die Untersuchung von Petersen et al. (2013, S. 60) weist drauf hin, dass Online-Beteiligungsformen in der jüngsten Altersgruppe (16 bis 29 Jahre) häufiger genutzt werden als Offline-Aktivitäten. Die Arbeit von Escher (2010, S. 145), in der die Nut-

zer einer britischen bürgerinitiierten Online Kontakt-Plattform für Abgeordnete („WriteToThem“¹⁶) analysiert werden, zeigt, dass vermehrt Kontakt zwischen Bürgern und Politikern stattfindet. Allerdings unterscheidet sich das sozio-demografische Profil deutlich von der Bevölkerung. Der typische „WriteToThem“-Nutzer ist männlich, hat einen höheren Bildungsabschluss, verfügt über ein überdurchschnittliches Einkommen und nutzt auch andere soziale und politische Beteiligungsformen häufiger als der Bevölkerungsdurchschnitt. Detailanalysen zu den mehrfach erwähnten Political Net Activists lassen vermuten, dass auch Werte und Einstellungen ähnlich selektiv auf die Nutzung von Online-Partizipationsformen wirken wie auf die Offline Beteiligung. Political Net Activists sind auch offline politisch aktiver, interessieren sich mehr für Politik und sind informierter als der Durchschnitt der Bevölkerung (Köcher & Bruttel, 2011, S. 51ff.).

4.2.3 E-Petitionen

Die Beteiligung an Petitionen¹⁷ ist nach dem Wählen einer der beliebtesten Formen der politischen Partizipation. Wie Tabelle 1 in Kapitel 4.1.2 zeigt, waren 30% der Befragten (in den letzten zwei Jahren vor der Befragung) an mindestens einer Unterschriftensammlung beteiligt. Unterschiedliche Studien bestätigen, dass auch die Beteiligung an E-Petitionen zu den beliebtesten Formen der politischen Beteiligung im Internet gehört (Petersen et al., 2013, S. 58; Send & Schildhauer, 2014, S. 28; Smith et al., 2009, S. 24).

Definition von Petitionen

Riehm, Coenen, Lindner und Blümel (2008, S. 8) definieren eine Petition als „Mitteilung einer Person (oder eines Zusammenschlusses von Personen) an einen Petitionsadressaten, die eine (persönliche) Beschwerde, eine Kritik an einer Handlung oder einen Vorschlag enthält. Sie zielt ab auf eine Stellungnahme des Petitionsadressaten und gegebenenfalls auf ein darüber hinausgehendes Tätigwerden.“ Böhle und Riehm (2013, S. 2) identifizieren darauf aufbauend drei Eigenschaften von Petitionen. Diese

¹⁶ WriteToThem (2014) ist eine Website auf der britische Bürger über E-Mail Kontakt zu Politikern aufnehmen können. Im Gegensatz zur deutschen Version abgeordnetenwatch.de findet der Austausch nicht-öffentlicht statt Escher (2010, S. 140).

¹⁷ Analog zu den oben genannten Beispielstudien werden die Begriffe Petition und Unterschriften-sammlung hier synonym verwendet.

können, erstens, von einzelnen Bürgern oder zivilgesellschaftlichen Gruppen initiiert werden. Im Gegensatz zu Beteiligungsformen, die vom Staat ausgehen, handelt es sich daher um eine Bottom-Up-Form der politischen Beteiligung. Die formalen Zugangshürden sind, zweitens, wenn vorhanden, im Vergleich zu anderen Partizipationsmöglichkeiten verhältnismäßig niedrig. Drittens, darf eine Petition, die an eine politische Institution gerichtet ist, nicht ignoriert werden. Für einfache Unterschriftensammlungen und nicht-institutionelle E-Petitionen, wie z.B. auf openPetition, gilt die letzte genannte Bedingung nicht, da diese in einem ersten Schritt nicht formal an die politischen Institutionen gerichtet sind. Baringhorst (2014, S. 68) ergänzt, dass E-Petitionen zu den direkten Formen politischer Beteiligung gezählt werden können.

Merkmale von Petitionen

Neben den genannten Gemeinsamkeiten können Petitionen anhand einiger Merkmale voneinander unterschieden werden (siehe Tabelle 2). Schmidt und Johnsen (2014, S. 4) differenzieren zwischen den Adressaten von Petitionen. So können Petitionen direkt an spezielle und dafür zuständige Instanzen der politischen Administration (institutionell) gerichtet sein. Auf nationaler Ebene werden Petitionen in Deutschland zum Beispiel über den Petitionsausschuss direkt an den Deutschen Bundestag gerichtet (Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, 2014). Alternativ gibt es die Möglichkeit von unabhängigen nicht-institutionellen Petitionen. Diese richten sich nicht direkt an verfassungsmäßige Organe und haben daher keinen direkten Einfluss auf Legislative und Judikative. Aufgrund des hohen Aufwandes sind besonders bei analogen Petitionen selten Einzelpersonen, häufig aber zivilgesellschaftliche Gruppen wie Nicht-Regierungsorganisationen (NGO's), die initierenden Akteure (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 4).

Funktionen von Petitionen

Unabhängig von den speziellen Eigenschaften der E-Petition kann zwischen unterschiedlichen Funktionen für den Petenten, den Petitionsadressaten und das politische System unterschieden werden. Dem Petenten dienen Petitionen in erster Linie dazu, seine individuellen Rechte und Interessen wahrnehmen zu können. Darüber hinaus ermöglichen Petitionen die direkte Partizipation für den Antragsteller. Weiter können Petitionen von den Initiatoren dazu genutzt werden öffentliche Aufmerksamkeit zu erzeugen, Unterstützer zu mobilisieren und die öffentliche Meinung zu beeinflussen (Riehm et al., 2008, S. 35f.).

Für den Adressaten einer Petition sind primär die Informations- und Kontrollfunktion hervorzuheben. Durch eine eingereichte Petition erhält der Adressat Informationen über vermeintliche Probleme. Sind Missstände bekannt, besteht für den Adressaten die Möglichkeit diese zu beseitigen. Die Kontrollfunktion gilt vor allem für das staatliche Petitionswesen. Nach Einreichen einer Petition können staatliche Petitionseinrichtungen ihr Kontrollrecht auf andere staatliche Institutionen ausüben. In einigen Fällen kann der Adressat Petitionen auch zu Erweiterung seiner eigenen Kompetenzen nutzen (Böhle & Riehm, 2013, S. 4f.; Riehm et al., 2008, S. 35f.).

Auf Systemebene können Petitionen das Vertrauen zwischen Bürger und Staat fördern und die Integration des ganzen politischen Systems stärken. Petitionen können darüber hinaus zur Stärkung der Responsivität des politischen Handelns gegenüber den Bürgern genutzt werden (Riehm et al., 2008, S. 37).

Formen von E-Petitionen

Bei der speziellen Betrachtung von E-Petitionen kann zwischen drei unterschiedlichen Formen unterschieden werden: Elektronisch übermittelte Petitionen, öffentliche E-Petitionen und öffentliche E-Petitionen mit aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit. Im ersten Fall handelt es sich um einfache Petitionen, die anstelle von persönlicher Übergabe oder Brief über den elektronischen Weg (z.B. per E-Mail) beim Adressaten eingereicht werden. Öffentliche E-Petitionen sind für alle interessierten Internetnutzer online frei abrufbar. Häufig sind auch Hintergrundinformationen verfügbar. In vielen Fällen können die Verfahrensschritte und die finale Entscheidung offen nachvollzogen werden. E-Petitionen können in der Regel in die letzte Kategorie eingeordnet werden. Diese ermöglichen zusätzliche aktive Beteiligung der Internetnutzer. Die E-Petitionen können unterschrieben werden, oft besteht die Möglichkeit die Petitionen weiterzuleiten und sich in Diskussionsforen zu beteiligen. Der große Entwicklungsschritt zu analogen Petitionen besteht in der einfachen öffentlichen Zugänglichkeit und der Möglichkeit der Bürger aktiv zu partizipieren (Böhle & Riehm, 2013, S. 2; Lindner & Riehm, 2011, S. 4).

Ein Großteil der E-Petitionen läuft über speziell für diesen Zweck entwickelte Petitionsportale. Betrachtet man die nicht-institutionalisierten E-Petitionsplattformen lässt sich zwischen sogenannten Campaigning-Plattformen und politisch unabhängigen Online-Petitionsportalen unterscheiden. Bei den erstgenannten handelt es sich um strategisch geplante Kampagnen-Plattformen von NGO's oder anderen etablierten

Organisationen, wie Berufsverbänden oder Gewerkschaften. Mit Hilfe von E-Petitionskampagnen sollen Nutzer der Plattform mobilisiert werden, um ein bestimmtes Vorhaben zu unterstützen. Von besonderem Interesse sind in diesem Zusammenhang sogenannte „Hybrid“-Organisationen wie Avaaz (Avaaz, 2014) oder Campact (Campact, 2014). Das Ziel dieser Organisationen besteht darin politische Entscheidungen durch strategische Mobilisierung der Massen in einem günstigen Moment zu beeinflussen (Voss, 2014b, S. 151ff.). Der Erfolg dieser Organisationen kann mit dem Bedürfnis der Bürger nach „einfacher, individueller und flexibler Beteiligung interpretiert“ (Voss, 2014b, S. 151) werden. Im Gegensatz dazu bieten Plattformen, wie zum Beispiel GreenAction (Greenpeace, 2014) oder der taz (taz. die tageszeitung, 2014) Online-Plattformen an, in denen jeweils eigene Kampagnen gestartet werden können. Zudem stellen inhaltlich und politisch neutrale Anbieter wie openPetition (openPetition, 2014) oder Petitionen24.com (Petitionen24, 2014) die Infrastruktur für das Erstellen, Unterzeichnen und Diskutieren von E-Petitionen bereit (Voss, 2014a, S. 41).

Tabelle 2: Typische Beispiele für verschiedene Petitionsformen online und offline

	institutionalisiert	nicht-institutionalisiert
offline	postalisch oder persönlich eingereichte Petition beim Bundestag	Unterschriftensammlung einer NGO
online	Einreichung einer E-Petition beim Deutschen Bundestag	E Petition einer unabhängig Einzelperson bei openPetition
		E-Petitions- campaigning kampagne von Avaaz

Quelle: Eigene Darstellung

Nutzung von E-Petitionen

Wie der vorangegangene Abschnitt zeigt, gibt es neben E-Petitionsplattform des Bundestages eine hohe Anzahl von nicht-institutionellen Plattformen im Internet. Aufgrund der daraus resultierenden großen Bandbreite an möglichen Themen und der hohen Anzahl von E-Petitionen insgesamt, erreichen nur einige wenige Petition-

nen hohe Beteiligungszahlen. Ein Großteil findet dagegen kaum Beachtung. Einerseits zeigt sich das hohe Bedürfnis der Bürger nach flexibler und spontaner Beteiligung, andererseits scheint es schwierig zu sein die Partizipierenden über die Unterschrift einer E-Petition hinaus für andere Aktivitäten zu mobilisieren (Voss, 2014b, S. 154f.). Ähnliche Schlussfolgerungen lassen sich auch aus der Untersuchung der E-Petitionen des Deutschen Bundestages von Schmidt und Johnsen (2014, S. 16ff.) ziehen. Der Studie zufolge sind zwar 1,32 Millionen User registriert, 68% der angemeldeten Nutzer haben jedoch insgesamt nur eine Petition unterschrieben. Im Untersuchungszeitraum zwischen November 2008 und Januar 2013 haben nur elf von insgesamt 2.653 untersuchten Petitionen das festgelegte Quorum von 50.000 Unterschriften erreicht. Im Durchschnitt kommen auf eine Petition 1.300 Unterschriften, 85% der E-Petitionen liegen allerdings unter diesem Wert.

Neben den stark variierenden Nutzungszahlen wird häufig problematisiert, dass E-Petitionen in vielen Fällen nicht mit Klarnamen unterschrieben werden müssen (Voss, 2014b, S. 158). Laut Schmidt und Johnsen (2014, S. 20) werden in 76% der Fälle Pseudonyme und nicht der Klarname auf der Plattform angezeigt.

Die oben beschriebene Befürchtung, dass es sich bei E-Partizipation um niedrigschwelliges und oberflächliches Engagement (siehe Slacktivismus in Kapitel 4.2.2) handelt, gilt im Besonderen für E-Petitionen (Voss, 2014b, S. 156). Während die selektive Unterstützung von einigen wenigen Petitionen diese These stützt, sprechen andere Ergebnisse für eine stärker ausgeprägte intrinsische Motivation. So zeigen Schmidt und Johnsen (2014, S. 6) auf, dass neben dem einfachen Unterzeichnen auch andere Möglichkeiten bestehen E-Petitionen zu nutzen. Wie der Deutsche Bundestag bieten auch viele andere Plattformen weitere Hintergrundinformationen an. Häufig besteht die Möglichkeit die Petitionen zu diskutieren und weiterzuleiten (openPetition, 2014, Debatte; taz. die tageszeitung, 2014). So geben 69% der befragten Nutzer der Bundestags-Plattform an, dass sie nach weiteren Informationen zu den Petitionen suchen. 21% nutzen nach eigener Angabe das Diskussionsforum (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 32). Befragt nach den Motiven zur Beteiligung erstellen die Autoren eine Rangfolge. Auf Platz eins liegt das Bedürfnis, dass sich der Bundestag mit dem Thema der E-Petition beschäftigt. Die Überzeugung, dass die E-Petitionen die eigene Meinung widerspiegeln, ist ebenfalls ein wichtiger Grund für die Unterstüt-

zung. Der geringe Aufwand zur Unterzeichnung der E-Petition ist den Nutzern dagegen am unwichtigsten (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 35).¹⁸

Wie für andere Partizipationsformen, stellt sich auch speziell für E-Petitionen die Frage, ob die Soziodemografie der Nutzer den Bevölkerungsschnitt spiegelt. Wenig überraschend zeigen sich auch für die Nutzung von E-Petitionsplattformen systematische Verschiebungen. Lindner und Riehm (2011, S. 14) stellen fest, dass überdurchschnittlich viele Männer mittleren Alters mit Universitätsabschluss die E-Petitionsplattform des Bundestages nutzen. Damit ist diese Gruppe im Vergleich zu den Nutzern analoger Petitionen leicht und im Vergleich zur Bevölkerung stark überrepräsentiert. Auch in der Nutzerbefragung von Schmidt und Johnsen (2014, S. 31) zeigen sich ähnliche Tendenzen. Auch hier sind Nutzer mit formal hoher Bildung überrepräsentiert. Besonders stark vertreten ist die Altersgruppe der 20 bis 29-jährigen.

Wirkung von E-Petitionen

Wie oben bereits beschrieben schafft nur ein Bruchteil der E-Petitionen auf der Plattform des Bundestages das nötige Quorum von 50.000 Unterzeichnern. Nicht-institutionelle E-Petitionen haben zudem keinen unmittelbaren Einfluss auf die politischen Institutionen. Die direkte politische Wirkung von E-Petitionen wird im Allgemeinen daher eher als gering eingeschätzt (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 6ff.; Voss, 2014b, S. 156ff.). Eine Befragung der deutschen Bundestagsabgeordneten zu folge (Voss, 2013, S. 193f.), sieht ein Großteil in E-Petitionen ein gutes Mittel für einzelne Personen und gesellschaftliche Gruppen, um auf ein wichtiges Anliegen aufmerksam zu machen. Eine Mehrheit der Abgeordneten ist jedoch auch der Meinung, dass E-Petitionen von Lobbygruppen missbraucht werden. Insgesamt bescheinigen die Abgeordneten E-Mailkampagnen und E-Petitionen nur einen sehr geringen Einfluss auf ihre tägliche Arbeit. Relativierend bemerken Schmidt und Johnsen (2014, S. 7), dass die beiläufige Nutzung von E-Partizipationsformen zu einer besseren Integration von Politik in den Alltag der Menschen führen kann. Durch die Verbreitung von E-Petitionen über soziale Netzwerke oder die Medien besteht immer die Möglichkeit, dass wichtige Themen, die in E-Petitionen aufgegriffen werden, eine

¹⁸ Zu beachten ist allerdings, dass es sich um Selbstauskünfte der Befragten handelt. Sozial erwünschtes Antwortverhalten ist daher wahrscheinlich.

breite Öffentlichkeit erreichen. Diese indirekten Effekte lassen sich jedoch nur schwer mit herkömmlichen Instrumenten quantifizieren.

4.2.4 *openPetition*

Die E-Petitionsplattform openPetition gehört zu den bekanntesten nicht-institutionellen Petitionsplattformen in Deutschland (Voss, 2014a, S. 41). Seit die Website im April 2009 online gegangen ist, wurden insgesamt 11.830.882 Unterschriften für 9.824 Petitionen (Stand: 15.10.2014) gesammelt. 37% der Nutzer der Bundestagsplattform geben an openPetition bereits einmal genutzt zu haben. Mit diesem Wert liegt die Plattform in Deutschland in einem ähnlichen Größenbereich wie die weltweit aktiven Kampagnenplattformen Change.org (41%) und Avaaz (39%). Die größte deutsche Kampagnenplattform Campact ist mit 41% etwas häufiger als openPetition genutzt worden (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 37).

Nach der Kategorisierung von Riehm et al. (2008, S. 34) können die Petitionen auf openPetition der Gruppe der „E-Petitionen mit aktiver Beteiligung der Öffentlichkeit“ zugeordnet werden. Neben dem Unterschreiben und Erstellen ermöglicht die Website auch Diskussionen in einem gesonderten Debatten-Forum und die Bewertung der einzelnen E-Petitionen. Zudem sind die einzelnen Entwicklungsphasen bis zur finalen Entscheidung individuell nachvollziehbar (openPetition, 2014). Da sich openPetition nicht direkt an verfassungsmäßige Organe des Staates richtet und politisch neutral agiert (openPetition, 2013, S. 11), kann die Online-Plattform nach der Einteilung in Tabelle 2 zu den unabhängigen, nicht-institutionellen E-Petitionsplattformen gezählt werden.

Ziele von openPetition

Neben der Verpflichtung zur Neutralität und dem Bekenntnis zu grundlegenden demokratischen Werten, soll durch die Plattform das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland gefördert werden. Ein weiteres Ziel von openPetition liegt nach eigener Darstellung in der Forderung nach mehr Verbindlichkeit von Petitionen für das politische System. Die Möglichkeit E-Petitionen auch auf lokaler und regionaler Ebene einsetzen zu können, ist den Initiatoren ein weiteres wichtiges Anliegen. Ein zentrales Thema bildet zudem der Datenschutz. Ähnlich wie auf der Plattform des Bundestages können die Petitionen auch auf openPetition anonym unterschrieben werden.

Die Forderung nach Transparenz von Politik und Wirtschaft zählt ebenfalls zu den zentralen Anliegen von openPetition (openPetition, 2013, S. 11).

openPetition vs. E-Petitionen des Deutschen Bundestages

Im Vergleich zu den E-Petitionen des Deutschen Bundestages sind die Zugangshürden auf openPetition relativ niedrig. E-Petitionen auf openPetition können direkt gestartet werden und unterliegen keiner mehrwöchigen Bearbeitungszeit. Während die E-Petitionen des Bundestages nur in einem Zeitfenster von vier Wochen unterschrieben werden können, kann die Zeichnungsfrist auf openPetition im Rahmen von einer Woche bis sechs Monate frei gewählt werden. Zudem bietet openPetition Social Media-Funktionen zur Vernetzung an, über Blogs und Benachrichtigungen soll ein enger Kontakt zur Förderung der Partizipation zwischen Petenten und Unterzeichnern hergestellt werden (openPetition, 2014, Fragen zu Online-Petitionen). Der größte Unterschied zwischen der Plattform des Bundestages und openPetition liegt in der Rechtsverbindlichkeit. Petenten der Bundestagspetitionen, die das Quorum von 50.000 Unterschriften innerhalb von vier Wochen erreichen, wird das Recht zugesprochen auf der öffentlichen Ausschusssitzung des Bundestages vorsprechen zu dürfen (Deutscher Bundestag, 2014, Rechtsgrundlagen). Durch die E-Petitionen auf openPetition entstehen unabhängig von der Unterstützerzahl dagegen keine Verpflichtungen des Staates gegenüber Petenten oder Unterstützern (openPetition, 2014, Fragen zu Online-Petitionen).

Nutzung der E-Petitionen auf openPetition

Bei der genauen Betrachtung der E-Petitionen auf openPetition zeigen sich ähnliche Nutzungstendenzen wie bei anderen E-Petitionsplattformen (openPetition, persönl. Mitteilung, 2014)¹⁹. Im hier untersuchten Zeitraum von einem Jahr befanden sich insgesamt 2.882 E-Petitionen auf openPetition in der Zeichnungsfrist. 39 Petitionen²⁰ sind insgesamt umgesetzt worden. Im genannten Zeitraum wurden insgesamt 2.702.514 Unterschriften gesammelt. Der Mittelwert von 938 Unterschriften pro Pe-

¹⁹ Die Ergebnisse in diesem Unterkapitel stammen, wenn nicht anders gekennzeichnet, aus der Datenbank von openPetition. Die Daten beziehen sich auf den Zeitraum vom 26.08.2013 bis 26.08.2014 und wurden dem Autor dieser Arbeit speziell für die Charakterisierung der Plattform zur Verfügung gestellt.

²⁰ Bei informellen E-Petitionen, die nicht vom Petitionsausschuss des Bundestages entschieden werden, kann ein Zusammenhang zwischen E-Petition und Umsetzung bestehen. Allerdings ist Größe und Art des Einflusses individuell zu prüfen, da auch andere Faktoren eine Rolle spielen können.

tition verzerrt aufgrund von zahlreichen Ausreißern sehr stark. 25% der E-Petitionen haben maximal zwei Unterstützer gefunden, 50% der E-Petitionen wurden höchstens 40-mal unterschrieben. In 17% der Fälle konnten mehr als die genannten durchschnittlichen 938 Unterstützer gefunden werden. Nur sieben E-Petitionen auf openPetition wurden innerhalb des untersuchten Jahres mehr als 50.000 mal unterzeichnet.

Die Kategorisierung nach Themen (siehe Tabelle 3) zeigt, dass viele unterschiedliche Gesellschaftsbereiche in den E-Petitionen von openPetition abgebildet werden. Besonders viele Petitionen werden in den Themenbereichen Soziales (10,7%), Bildung (10,1%), Verkehr (8,2%), Sport (8,0%) und Medien (7,4%) erstellt. Relativ wenige E-Petitionen befassen sich dagegen mit den Themen Wissenschaft (0,8%), Gesellschaft (0,7%) und Gesetze und Recht (0,7%). Während die Themen Soziales und Verkehr auch in den E-Petitionen des Bundestages in den Top 5 liegen, scheinen die Themen Bildung, Medien und Sport den Petenten bei openPetition wichtiger zu sein als den Petenten beim Deutschen Bundestag (Schmidt & Johnsen, 2014, S. 21). Be trachtet man die am häufigsten unterschriebenen E-Petitionen separat²¹, zeigt sich auch hier die herausragende Stellung der Themengebiete Soziales, Bildung und Medien.

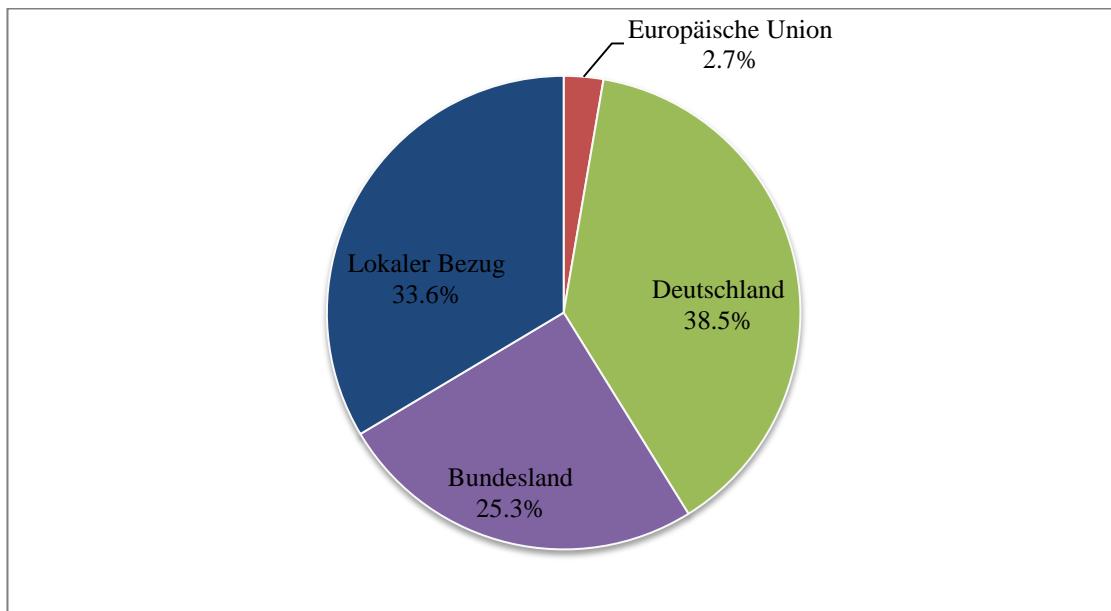
Bei der Einteilung der E-Petitionen nach geografischer Zuständigkeit zeigt sich der starke lokale Bezug der Plattform (Abbildung 6). Nur 2,7% der E-Petitionen beziehen sich auf die Europäische Union. 38,5% der Petenten haben Deutschland als Zuständigkeitsbereich und 25,3% das jeweilige Bundesland angegeben. Mehr als ein Drittel aller openPetition-Petitionen aus dem Jahr 2013 (33,6%) beschäftigen sich mit Themen auf regionaler Bezugsebene (openPetition, 2013, S. 7).

²¹ Anhang, Tabelle 23

Tabelle 3: Kategorisierung der Top-10 openPetition E-Petitionen nach Thema

Themen	Petitionen pro Kategorie (n= 2.678)	Petitionen pro Kategorie (in Prozent)
Soziales	287	10,7
Bildung	271	10,1
Verkehr	219	8,2
Sport	214	8,0
Medien	199	7,4
Kultur	186	6,9
Gesundheit	174	6,5
Umwelt	122	4,6
Außenpolitik	119	4,4
Tierschutz	117	4,4
Andere	770	29

Quelle: Eigene Darstellung nach Auswertung OpenPetition, 2014

Abbildung 6: E-Petitionen von openPetition 2013 nach geografischem Bezug

Quelle: Eigene Darstellung nach openPetition (2013, S. 7)

5 Forschungsfragen

Dem input-orientierten Ansatz der Demokratietheorie zufolge spricht eine hohe Partizipationsrate für ein stabiles und funktionales politisches System (Parry et al., 1992, S. 4). Einige Forscher (z.B. Barnes & Kaase, 1979; Verba et al., 1978) haben sich damit auseinandergesetzt, welche Partizipationsformen wie oft genutzt werden, wie sich politische Beteiligung strukturieren lässt und welche Faktoren politisches Verhalten erklären können. Auf mikro-analytischer Ebene bietet das Civic Voluntarism-Modell von Verba et al. (1995) einen umfassenden Erklärungsansatz. Wie in Kapitel 4.1.5 dargelegt, kann demnach grob zwischen soziodemografischen Faktoren, Motiven und sozialen Netzwerken als relevanten Einflussgrößen unterschieden werden.

Mit der Verbreitung des Internets und den daraus entstandenen neuen Kommunikationsmöglichkeiten hat sich auch die politische Kommunikation und Partizipation weiterentwickelt. Neue Formen der politischen Partizipation, wie zum Beispiel das Unterschreiben von Online-Petitionen, haben sich mittlerweile etabliert (Jungherr & Schoen, 2013, S. 56). Die überwiegende Mehrheit entsprechender Analysen betrachten primär die Frage, ob die neuen Online-Beteiligungsmöglichkeiten zu einer Mobilisierung bisher wenig aktiver Bürger führen oder ob sich die ohnehin vorhandenen Differenzen im Beteiligungsverhalten noch weiter verstärken (z.B. Benkler, 2006; Schlozman et al., 2010). Weiter besteht die Vermutung, dass die niedrigen Beteiligungshürden zu oberflächlichem Engagement führen und gleichzeitig andere Beteiligungsformen verdrängen (Lee & Hsieh, 2013). Ein Großteil der Untersuchungen zur E-Partizipation knüpft jedoch nur in begrenztem Maße an die klassische Forschung zu politischer Beteiligung an. Grundsätzliche Fragestellungen bezüglich der Formen, Nutzung und Charakteristika von Online-Partizipationsangeboten wurden bisher nicht beantwortet. Auch die Struktur von Online-Partizipationsangeboten und der Zusammenhang mit Formen der analogen politischen Partizipation wurden bisher nur unzureichend betrachtet (Gibson & Cantijoch, 2011, S. 704). Abgesehen von soziodemografischen Einflussfaktoren wie Bildungsgrad, Alter und Geschlecht ist ebenfalls wenig über die Erklärungsfaktoren politischer Online-Beteiligung bekannt (Jungherr & Schoen, 2013; Petersen et al., 2013).

Das grundsätzliche Ziel dieser Arbeit besteht daher darin einen Beitrag zur Integration der Forschungsstränge zu leisten. In Anlehnung an die Untersuchungsstruktur der

klassischen Partizipationsforschung (Kapitel 4.1) widmen sich die folgenden Abschnitte der Annäherung an grundsätzliche, bisher unbeantwortete Fragestellungen der politischen Online-Partizipationsforschung. Da sich aus dem Forschungsstand zu Online-Beteiligung nur tendenzielle Entwicklungen ableiten lassen, wird auf explizite Hypothesen verzichtet.

1. Ausmaß politischer (Online)-Partizipation- Nutzung und Charakteristika

Die Basis der Untersuchung politischer Partizipation bildet die Identifikation aller relevanten Formen der Online-und Offline-Partizipation. Auf Grundlage der instrumentellen Funktion politischer Beteiligung ist es der Forschung gelungen ein detailliertes Verständnis politischer Partizipation zu entwickeln. In der Folge kann der Begriff von anderen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements (z.B. politisches Interesse oder soziale Partizipation) abgegrenzt werden. In repräsentative Bevölkerungsstudien, wie dem ALLBUS, werden die Nutzung unterschiedlicher Formen politischer Partizipation regelmäßig abgefragt (van Deth, 2009, S. 150f.). Im Gegensatz dazu wird Online-Partizipation häufig nur als eindimensionales Phänomen betrachtet und an hand eines Item untersucht (Terwey & Baltzer, 2014, S.220). Jedoch erfordert die rasante, technische Weiterentwicklung des Internets eine differenziertere Betrachtung politischer Online-Beteiligung. In Anlehnung an die wissenschaftliche Diskussion um den Begriff „Slacktivismus“ (Kapitel 4.2.2) wird das Beteiligungsniveau in der vergleichenden Analyse der Partizipationsformen besonders berücksichtigt.

Ein Ziel dieser Arbeit ist es daher die unterschiedlichen Nutzungshäufigkeiten der analogen wie digitalen politischen Partizipationsformen möglichst umfassend zu erfassen und zueinander in Beziehung zu setzen. Von besonderem Interesse ist hierbei der Vergleich zwischen zeitlich niedrigschwelligen und aufwändigen Partizipationsformen sowie das Nutzungsverhältnis zwischen Online- und Offline-Partizipation.

FF1a: Wie hoch ist das Ausmaß der politischen Partizipation online und offline?

Im zweiten Schritt wird am Beispiel der E-Petition, speziell openPetition untersucht, welche spezifischen Nutzungscharakteristika Online-Formen der politischen Beteili-

gung auszeichnen und welche Motivationsmuster die Beteiligung anregen. Der Vergleich der einzelnen Nutzungsfunktionen unter Berücksichtigung des kognitiven und zeitlichen Aufwandes bei der Ausführung, sowie die expressive Funktion der Partizipations-Tätigkeiten bilden zentrale Untersuchungsgrößen.

FF1b: Welche Charakteristika zeichnen Online-Beteiligungsformen aus?

2. Dimensionen politischer (Online-)Partizipation

Die klassische Partizipationsforschung hat gezeigt, dass politische Beteiligung häufig bestimmten Nutzungsmustern folgt und in unterschiedliche Kategorien eingeteilt werden kann. Auf theoretischer Ebene bieten Teorell et al. (2007, S. 340f.) ein in fünf Dimensionen unterteiltes Modell, das vier unterschiedliche Merkmale von Beteiligungsformen berücksichtigt (Kapitel 4.1.3). Auf empirischer Ebene konnten für die analogen Partizipationsformen unterschiedliche Dimensionen identifiziert werden (z.B. Barnes & Kaase, 1979; Milbrath, 1965; Verba et al., 1995). Im Vergleich dazu liegen in der Forschung bisher nur wenige Analysen vor, die speziell die Dimensionen der Online-Beteiligung betrachten oder Klassen von Offline- und Online-Partizipation in einem Modell zusammenfassen (z.B. Gibson & Cantijoch, 2011; Hirzalla & Zoonen, 2011). Besonders in Deutschland wurde die Dimensionierung politischer Online-Tätigkeiten bisher nur unzureichend berücksichtigt.

Eine weitere Zielsetzung der Arbeit besteht daher darin die Nutzungsmuster von politischer Beteiligung unter Berücksichtigung politischer Online-Partizipation zu untersuchen. Auf theoretischer Ebene sind verschiedene Szenarien denkbar. Betrachtet man nur Online-Formen politischer Partizipation erscheint es möglich, dass Online-Beteiligung eine einzige unabhängige Dimension bildet. Ebenso möglich ist eine differenziertere Unterteilung in unterschiedliche Kategorien und die Bildung von neuen Faktoren. Bezieht man nun zusätzlich Offline-Partizipationsformen ein, ergeben sich wiederum neue Kombinationsmöglichkeiten. So erscheint es plausibel, dass sich Online- und Offline-Partizipationsformen vermischen. Beispielsweise ist es vorstellbar, dass Personen, die Demonstrationen besuchen, auch häufig E-Petitionen unterschreiben und demzufolge beide Formen der Dimension Protest zugeordnet werden können. Ebenso denkbar ist jedoch auch, dass sich Online- und Offline-

Formen in voneinander getrennte Kategorien einteilen lassen und unabhängig voneinander betrachtet werden müssen.

FF2: Ist Online-Partizipation ein mehrdimensionales Phänomen? Vermischen sich Formen der Online- und Offline-Partizipation in gemeinsamen Faktoren?

3. Typen von (Online-) Partizipierenden

Ein häufig betrachteter Untersuchungsgegenstand in der Offline-Partizipationsforschung ist die Einordnung der Bürger in verschiedene Partizipationsarten. Eine solche Einteilung ermöglicht nicht nur die Erfassung verschiedener Nutzergruppen, sondern auch deren Charakterisierung nach soziodemografischen Merkmalen. Auf dieser Basis lassen sich Aussagen darüber treffen, welche Bevölkerungsgruppen welche Formen der politischen Beteiligung nutzen. In den meisten Untersuchungen lässt sich zwischen einer großen Gruppe von Inaktiven und einer kleinen und sozio-ökonomisch starken Gruppe sehr aktiver Individuen unterscheiden. Häufig wurden weitere Spezialtypen nachgewiesen, die bestimmte Formen relativ intensiv nutzen, ansonsten aber weniger aktiv sind (Steinbrecher, 2009; Uehlinger, 1988; Verba et al., 1995). Analysen zur politischen Online-Kommunikation bestätigen diese Typeneinteilung indirekt. So nutzt ein großer Teil der Bevölkerung das Internet wenig, um politisch zu kommunizieren und lediglich ein kleiner, eher elitärer Kreis von „Political Net Activists“ ist auch online politisch sehr aktiv (Köcher & Bruttel, 2011, S. 43ff.).

Aufgrund der Fokussierung auf Online-Partizipation in dieser Arbeit sind besonders die aktiven Partizipierenden in der Online-Umgebung von besonderem Interesse. Entsprechend der Forschung zu Offline-Partizipation stellt sich hier die Frage, ob sich unterschiedliche Partizipationsarten bilden lassen. Weiter wird untersucht, ob sich die sozio-ökonomisch gut ausgestatteten Nutzer analog zur Offline-Partizipation auch online in besonderem Maße beteiligen.

F3: Welche Typen von online politisch aktiven Nutzern gibt es und wie können diese charakterisiert werden?

4. Erklärungsfaktoren

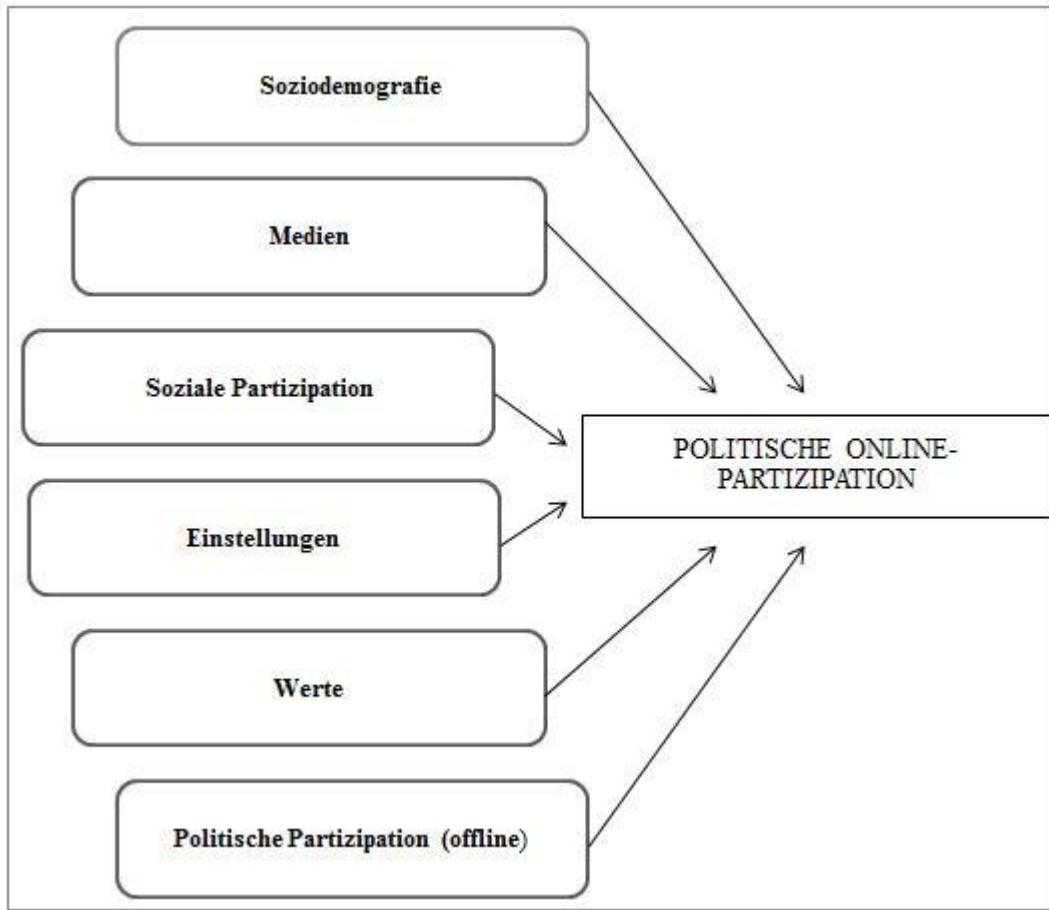
Auch bei der Untersuchung möglicher Erklärungsfaktoren politischer Online-Partizipation bietet die klassische Partizipationsforschung vielversprechende Untersuchungsansätze. Wie in Kapitel 4.1.5 dargestellt, lassen sich die Determinanten der Partizipation in unterschiedliche Gruppen einteilen. Verba et al. (1995) stellt besonders sozio-strukturelle Faktoren heraus. Demzufolge sind ältere Männer, mit hohem Einkommen und hoher Bildung in besonderem Maße politisch aktiv. Weiter können auch unterschiedliche Einstellungen, wie die Zufriedenheit mit der Demokratie oder politisches Interesse Einfluss auf das Partizipationsverhalten haben. Bestimmte Wertvorstellungen und der Grad der Einbindung in soziale Netzwerke können die politische Beteiligung ebenfalls beeinflussen (Steinbrecher, 2009, S. 56ff.).

Die Forschung zu Online-Formen politischer Partizipation zeigt mehrheitlich einen geringen aber nachhaltigen Mobilisierungseffekt durch neue Formen der politischen Beteiligung. Allerdings übertragen sich sozio-ökonomische Ungleichgewichte in der politischen Partizipation häufig in die Online-Umgebung. Bürger, die ohnehin politisch aktiv sind, nutzen also zusätzlich auch online Möglichkeiten politisch zu partizipieren (Schlozman et al., 2010). Eine Ausnahme bilden jüngere Internetnutzer. Diese sind online stärker politisch aktiv als offline (Petersen et al., 2013).

In Anlehnung an die Ergebnisse der klassischen Partizipationsforschung wird hier untersucht, welchen Einfluss sozio-ökonomische Determinanten und kognitive Ressourcen (z.B. Nachrichtennutzung) auf die Partizipationshäufigkeit haben. Zusätzlich wird geprüft, ob unterschiedliche Einstellungen, Werte und die Einbindung in soziale Kontexte das Partizipationsverhalten erklären können. Um zu überprüfen, ob allgemeine politische Beteiligung auch auf Online-Partizipation Einfluss hat, werden auch nicht-digitale politische Tätigkeiten mit in die Untersuchung der Erklärungsfaktoren eingeschlossen (Abbildung 7).

FF4: Welche Faktoren können das Online-Partizipationsverhalten erklären?

Abbildung 7: Erklärungsfaktoren politischer Partizipation:



Quelle: eigene Darstellung

6 Methode

Zu Untersuchung struktureller Zusammenhängen politischer Beteiligung wurde eine Online-Befragung der Nutzer von openPetition durchgeführt. Im ersten Teil des folgenden Kapitels wird die Durchführung der Befragung detailliert beschrieben. Das Unterkapitel 6.2 beschäftigt sich mit der Operationalisierung der verschiedenen Variablen des Fragebogens. Im Hinblick auf die folgende Auswertung wurde dieses Kapitel nicht nach der Reihenfolge der Fragen im Fragebogen, sondern nach relevanten Variablengruppen geordnet.

6.1 Datengrundlage

Zur Untersuchung der Strukturen von Online-Beteiligung wurde eine Befragung mittels Online-Fragebogen durchgeführt. Durch eine Kooperation mit der E-Petitionsplattform openPetition konnte sichergestellt werden, dass die Befragung eine umfangreiche Zahl online politisch Aktive erreicht. Der Nachteil dieses Verfahrens liegt darin, dass die Ergebnisse der Auswertung auf die Nutzer der Plattform beschränkt sind und nicht auf die deutsche Bevölkerung übertragen werden können. Da das Hauptinteresse dieser Arbeit in der Strukturierung des Online-Partizipationsverhaltens liegt, kann diese Einschränkung vernachlässigt werden.

Der dieser Untersuchung zugrunde liegende Fragebogen wurde mit dem freien Online-Fragebogentool SoSci-Survey (SoSci, 2014) realisiert. Zur Minimierung von Fehlerquellen wurde zwischen dem 31. August und 4. September zunächst ein Pretest mit 25 Personen durchgeführt. Anschließend wurde eine Zufallsstichprobe von 50.000 deutschen²² Nutzern über den E-Mailverteiler von openPetition gezogen²³.

²² Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich ein minimaler Anteil an Nutzern aus Österreich oder der Schweiz unter den Empfängern befindet. Nach Angaben von openPetition summiert sich die Quote von Nutzern aus betreffenden Ländern jedoch auf maximal 2%.

²³ Im E-Mailverteiler von openPetition befinden sich nur Personen, die unter Angabe der E-Mailadresse schon einmal eine E-Petition auf der betreffenden Plattform unterschrieben oder explizit den Newsletter angefordert haben.

Mit jeder E-Mail wurde ein personalisierter Link²⁴ zum Fragebogen verschickt. Die Einladungen zur Teilnahme wurden von openPetition schließlich am 12. September versendet. Bis zum 26. September konnte der Fragebogen beantwortet werden. Insgesamt wurde der Fragebogen von 1.572 Personen bis zur letzten Frage beantwortet. Die entsprechende Rücklaufquote von 3,1% bewegt sich im normalen Erwartungsrahmen von Online-Befragungen (Welker & Wünsch, 2010, S. 505). Anschließend wurden alle Befragten ausgeschlossen, die nicht alle Fragen zur Soziodemografie beantworteten, ein Alter von unter 16 Jahren angaben oder weniger als 50% der gestellten Fragen ausfüllten. In einem letzten Schritt wurden Fälle mit extremen und nicht-plausiblen Angaben aus dem Datensatz entfernt. Die in Kapitel 7 folgende Auswertung basiert nach Bereinigung des Datensatzes auf insgesamt 1.416 gültigen Fällen.

Das Ziel der Befragung liegt darin eine Stichprobe aus politisch aktiven Internetnutzern zu ziehen. Wie oben bereits angedeutet spiegelt die Stichprobe daher nicht die soziodemografische Realität in Deutschland wieder. Erwartungsgemäß sind Männer im Vergleich zur deutschen Bevölkerung (50%)²⁵ etwas überrepräsentiert (58%). Auch die Quote an Hochschulabsolventen (41%) liegt deutlich über dem deutschen Durchschnitt von 14%. Etwas überraschend ist die jüngste Altersgruppe (bis 29 Jahre) in der Stichprobe mit 15% leicht unterrepräsentiert. Die Klasse der 30- bis 49-jährigen ist leicht überdurchschnittlich und die Gruppe der 50- bis 69-jährigen (44%) stark überdurchschnittlich vertreten. Befragte aus der höchsten Altersgruppe (über 65 Jahre; 6%) sind dagegen in der Stichprobe unterrepräsentiert (zum Vergleich siehe Tabelle 25 im Anhang). Da nur Befragte rekrutiert wurden, die sich zumindest für Online-Partizipation und Online-Petitionen interessieren, waren die beschriebenen Unterschiede im Vergleich zum Bevölkerungsschnitt zu erwarten. Durch das angewendete Zufallsverfahren kann jedoch sichergestellt werden, dass die Stichprobe repräsentativ für die openPetition-Nutzer ist. Da hier keine repräsentative Stichprobe aus der Grundgesamtheit der deutschen Bevölkerung gezogen werden konnte, sind die Abweichungen zur soziodemografischen Verteilung als unproblematisch zu bewerten.

²⁴ Die Links zum Fragebogen beinhalteten jeweils eine zufallsgenerierte Seriennummer. Das bedeutet, dass nur einmalig auf den Fragebogen zugegriffen werden konnte. Dadurch konnte garantiert werden, dass jeder versendete Fragebogen nur einmal ausgefüllt werden konnte.

²⁵ Die Vergleichsdaten stammen aus eigenen Berechnungen mit dem ALLBUS aus dem Jahr 2012 GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (2012).

6.2 Operationalisierung

Der für diese Untersuchung entwickelte Fragebogen lässt sich insgesamt in fünf Fragebogengruppen unterteilen. In der ersten Gruppe wird als Eisbrecher das Themeninteresse abgefragt. Anschließend werden Fragen zur politischen Partizipation online und offline behandelt. In einem dritten Teil werden Fragen zur Nutzung, Kenntnis und Motivation von Online-Petitionen und openPetition zusammengefasst. Es folgt die Abfrage verschiedener Erklärungsfaktoren politischer Partizipation. Diese Gruppe beinhaltet Fragen zur sozialen Partizipation, Mediennutzung, Einstellungen und Werten. Abschließend werden die relevanten sozio-ökonomischen Kennzahlen in einer weiteren Gruppe zusammengefasst (vgl. Tabelle 4)²⁶.

Themeninteresse (Eisbrecher)

Zu Beginn des Fragebogens wird das allgemeine Themeninteresse abgefragt. Diese Variable gilt primär dem Einstieg und wird in dieser Untersuchung nicht weiter verwendet.

Politische Partizipation

Politische Partizipation (offline)

Die politische Partizipation wird getrennt nach Offline- und Online-Beteiligung abgefragt. Analog zum ALLBUS-Fragebogen (Terwey & Baltzer, 2013) können die Befragten ankreuzen, welche von insgesamt 17 verschiedenen Formen sie in den letzten zwei Jahren genutzt haben. Neben der Teilnahme an Wahlen kann zwischen unterschiedlichen Kontakt- und Boykottaktivitäten, sowie legalen als auch illegalen Formen des Protests gewählt werden.

Politische Partizipation (online)

Das Ziel der Abfrage der politischen Online-Beteiligung besteht in einer möglichst umfassenden Sammlung der möglichen Online-Tätigkeiten. Insgesamt kann auf Basis verschiedener Untersuchungen eine Liste von elf Online-Tätigkeiten erstellt werden (Baringhorst, 2014; Oser et al., 2013; Petersen et al., 2013; Send & Schildhauer, 2014). Aufgrund der Neu-Zusammenstellung der Itembatterie sind die Ergebnisse nur in Ansätzen mit vorhandenen Untersuchungen vergleichbar.

²⁶ Der komplette Fragebogen befindet sich im Anhang Teil A.

Online-Petitionen

Kenntnis Online-Petitionen (allgemein)

Die Bekanntheit verschiedener Online-Petitionsplattformen wird mittels einer Liste von acht möglichen Alternativen inklusive eines Dummys zur Kontrolle abgefragt. Von besonderem Interesse ist hier der Vergleich zwischen nicht-institutionellen Plattformen wie Campact oder openPetition und den E-Petitionsangeboten des Bundes und der Länder (Voss, 2014a).

Nutzung Online-Petitionen/openPetition

Die Nutzung von Online-Petitionen und openPetition in den letzten drei Monaten wird, angelehnt an die Klassifizierung von Baringhorst (2014, S. 105), in sieben Items operationalisiert. Neben einfachen Lesen und Unterschreiben von E-Petitionen können die Befragten angeben, ob sie auch in Diskussionsforen aktiv sind oder E-Petitionen an andere Personen über das Internet weiterleiten. Ebenfalls erfasst wird, ob die Befragten auch eigene Petitionen erstellen. Die abgefragten Tätigkeiten lassen sich grob nach zeitlichem sowie kognitivem Aufwand und expressiven Charakter unterteilen. Während Lesen und Unterschreiben nur relativ wenig Zeit in Anspruch nimmt, sind alle anderen Funktionen wesentlich aufwendiger. Besonders das Erstellen von E-Petitionen ist hier als sehr zeitintensiv hervorzuheben. Auf kognitiver Ebene erfordert das Lesen, Unterschreiben und Teilen/ Weiterleiten am wenigsten Involvierung. Dagegen ist für das Lesen, die Suche nach Informationen ein größerer kognitiver Aufwand nötig. Besonders das Kommentieren und das Erstellen von E-Petitionen können als verhältnismäßig anspruchsvoll eingeschätzt werden. Bis auf Lesen von E-Petitionen sowie die Suche und Recherche haben alle möglichen Tätigkeiten eine expressive Funktion, da andere jeweils erfahren (können), für welche Themen sich der Befragte engagiert.

Motivation der openPetition-Nutzung

In einer weiteren Frage sollen die Teilnehmer der Untersuchung angeben, was sie dazu motiviert openPetition zu nutzen. Angelehnt an die Abfrage von Schmidt und Johnsen (2014, S. 34) wird eine weitesgehend explorative Batterie aus acht Items in den Fragebogen integriert. Die Befragten können auf einer 5-stufigen Skala angeben, wie sehr die jeweilige Aussage auf sie zutrifft. Ein Item bezieht sich auf die niedrige Zugangsschwelle von E-Petitionen, ein anderes beschäftigt sich mit der Ergebnismo-

tivation, ein drittes zielt auf das Bedürfnis nach nicht-institutionalisierte Beteiligung ab. Auch die Präferenz von Online-Beteiligung gegenüber Offline-Partizipation wurde abgefragt. Mit den weiteren Items soll erhoben werden, ob die Möglichkeit zu direkter Beteiligung, regionalem Engagement, flexibler oder themenzentrierter Partizipation Anreize zur Beteiligung schafft.²⁷

Determinanten der Partizipation

Soziale Partizipation

Analog zu den Ausführungen in Kapitel 4.1.5 bilden Netzwerke und soziale Partizipation einen potenziellen Einflussfaktor auf die politische Beteiligung. Da sowohl die Mitgliedschaft in Vereinen als auch soziales Engagement in diesem Zusammenhang relevant sein können, werden zwei entsprechende Itembatterien in den Fragebogen aufgenommen. Die Mitgliedschaft in politischen und gesellschaftlichen Organisationen wird in dem gleichen Modus wie die politische Partizipation in insgesamt sechs Items abgefragt (Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2010, S. 54). In der Frage zum freiwilligen Engagement, können die Befragten zwischen elf verschiedenen Tätigkeiten wählen (Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2010, S. 93; Institut für Demoskopie Allensbach, 2013, S. 16).

Mediennutzung

Der Zugang zu kognitiven Ressourcen (Gabriel, 2013, S. 395) wird in diesem Zusammenhang durch die Nutzung von Medienangeboten und die Nachrichtennutzung operationalisiert. Zunächst wird abgefragt, welche Medien zur Information über Nachrichten und Politik genutzt wurden. Die Nutzung von Nachrichten an einem gewöhnlichen Werktag geben die Befragten offen in Minuten an (Zubayr C. & Geese, 2013, S. 324). In insgesamt 13 Items wird zudem die Nutzung verschiedener Medienangebote zu Informationszwecken erhoben. Die Befragten können zwischen verschiedenen Gattungen von Druckmedien wie Zeitungen und Zeitschriften und deren Online-Entsprechungen wählen. Zusätzlich soll angegeben werden wie häufig Radio und Fernsehen (jeweils online und offline) genutzt werden. Ergänzt wird die Abfrage

²⁷ Das inhaltliche Verständnis der einzelnen Items wurde durch ein Fokusgruppengespräch mit 3 Personen getestet und anschließend angepasst.

durch spezielle Online-Medien wie Soziale Netzwerke, Nachrichtensuchmaschinen und Sonstige Internetseiten (Schielicke, Mothes & Donsbach, 2014, S. 270).

Einstellungen

Die Abfrage von Einstellungen, die potenziell Einfluss auf das Partizipationsverhalten haben, wird ebenfalls abgefragt²⁸. Das Interesse an Politik wird mit einer fünfstufigen polarisierten Skala erhoben. Basierend auf dem Konzept der politischen Entfremdung (Steinbrecher, 2009, S. 61) werden drei weitere Variablen in diesen Block integriert. Für die Abfrage der Zufriedenheit mit der Demokratie wurde der gleiche Modus wie für das Politikinteresse gewählt (Terwey & Baltzer, 2014). Das Vertrauen in Institutionen wird in einer 15-stufigen Itembatterie mit jeweils fünf Ausprägungen abgefragt. Neben staatlichen Institutionen wie politischen Parteien, der Polizei oder Gerichten, sollten die Teilnehmer der Umfrage ihr Vertrauen gegenüber Stiftungen, Zeitungen, Kirche, Gewerkschaften und Unternehmen einschätzen (ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG, 2012, S. 12; Terwey & Baltzer, 2013).

Basierend auf den Ausführungen von Wolling (1999, S. 20ff./105) wird die Efficacy in sechs Items abgefragt. Durch die Bildung von drei Indizes lassen sich so die Einflussüberzeugung gegenüber der Politik, die eingeschätzte Responsivität der Regierung (externe Efficacy) und die politische Kompetenz des Befragten (interne Efficacy) erheben.

Werte

In Untersuchungen zu den Einflussfaktoren politischer Beteiligung spielen auch Werte häufig eine wichtige Rolle. In der Regel werden jedoch nur postmaterialistische Wertorientierungen mit dem Inglehart-Index (Inglehart, 1990) abgefragt (Steinbrecher, 2009, S. 60). Besonders die sozialpsychologische Forschung bietet jedoch ein großes Repertoire an alternativen Möglichkeiten für die Abfrage von Werthaltungen. Explorativ wird daher die PVQ-Skala von Schwartz in diese Untersuchung mit aufgenommen (Mohler & Wohn, 2005, S. 18ff.).

Soziodemografie

²⁸ Für den Fragebogen wurden die potenziell als am einflussreichsten zu bewertenden Einstellungen ausgewählt. Einen umfassenden Überblick der Einstellungsdimensionen findet sich bei Steinbrecher (2009, S. 59ff.).

In der fünften Fragebogengruppe finden sich die soziodemografischen Determinanten Alter, Bildung, Geschlecht und Einkommen. Das Alter wird offen abgefragt. Der höchste erreichte Bildungsabschluss wird in insgesamt sechs Kategorien unterteilt. Beim persönlichen Einkommen können die Befragten zwischen neun Kategorien (zwischen „unter 500€“ und „mehr als 4.000€“), die in 500er Schritten abgestuft werden, wählen. Das Geschlecht wird mittels einer dichotomen Variable abgefragt (Terwey & Baltzer, 2013).

Tabelle 4: Übersicht über die Fragebogengruppen

Fragebogengruppen	Variablenblöcke
Themeninteresse	-
Politische Partizipation	Politische Partizipation (offline) Politische Partizipation (online)
Online-Petitionen	Nutzung Online-Petitionen Kenntnis Online-Petitionen (allgemein) Nutzung openPetition Motivation der openPetition-Nutzung
Determinanten der Partizipation	Soziale Partizipation Mediennutzung Einstellungen Werte
Soziodemografie	Alter Bildung Einkommen Geschlecht

Quelle: eigene Darstellung

7 Empirische Auswertung

Das anschließende Kapitel beschäftigt sich mit der empirischen Beantwortung der Forschungsfragen aus Kapitel 5. Im ersten Unterkapitel werden die Nutzungshäufigkeiten der untersuchten Online- und Offline-Partizipationsformen ausgewertet und miteinander in Beziehung gesetzt. Anschließend werden die detaillierten Nutzungscharakteristika und die Motivation zur Beteiligung an openPetition näher betrachtet. Um die zweite Forschungsfrage zu beantworten werden in Kapitel 7.2 zur Klassifizierung der Partizipationsformen zwei Faktorenanalysen durchgeführt. Im ersten Analyseschritt werden ausschließlich Online-Partizipationsformen betrachtet. Im zweiten Teil werden alle Partizipationsformen in ein gemeinsames Modell einbezogen. Zur Typologisierung von Online-Partizipationstypen wird beispielhaft das Verfahren der Clusterzentrenanalyse mit vier Typen angewendet. Das Ziel dieser Prozedur besteht in der inhaltlichen Charakterisierung möglicher Partizipationstypen und der Unterscheidung nach soziodemografischen Eigenschaften. Der abschließende Teil (Kapitel 7.4) setzt sich mit der Erklärung politische Online-Partizipation auseinander. Auf Basis der Unterscheidungen aus Kapitel 4.1.5 wird mit dem Verfahren der Regressionsanalyse der Einfluss verschiedener Faktoren in insgesamt sechs Modellen getestet. Im ersten Modell wird der Einfluss der erhobenen soziodemografischen Variablen überprüft. In zwei weiteren Modellen wird die Erklärungskraft sozialer Partizipation und der Mediennutzung untersucht. In Modell 4 werden alle potenziell relevanten Einstellungsvariablen betrachtet. Im fünften Modell soll der Einfluss von Wertorientierungen auf die politische Online-Partizipation überprüft werden. Abschließend wird die Erklärungskraft der Nutzung klassischer Partizipationsformen auf die Online-Partizipation analysiert.

7.1 Ausmaß

Zur Beantwortung der ersten Forschungsfrage wird das Nutzungsverhalten der untersuchten (Online-) Partizipationsformen durch die Befragten näher beleuchtet. Es folgt eine Analyse der charakteristischen Merkmale von Online-Petitionen und openPetition. Zudem wird die Motivation der Beteiligung untersucht.

7.1.1 Nutzung der Partizipationsformen

Die Betrachtung zeigt, dass das Nutzungsni^eveau von Offline-Partizipationsformen insgesamt auf sehr hohem Niveau liegt (Tabelle 5). 98% der Befragten geben an mindestens eine der aufgelisteten Partizipationsformen in den letzten zwei Jahren genutzt zu haben. Der Mittelwert beläuft sich auf 4,04. Die häufigste Beteiligungsform ist mit 88% die Teilnahme an Wahlen. Auch legale Protestformen wie die Beteiligung an Unterschriftensammlungen (87%), der Kauf oder Boykott von Produkten (67%) sowie die Teilnahme an genehmigten Demonstrationen werden von den Teilnehmern der Umfrage häufig ausgeführt. Werden die Formen auf den ersten drei Plätzen noch von mindestens 67% der Befragten genutzt, sinkt das Partizipationsni^eveau in der Folge rapide ab. Der verhältnismäßig geringe zeitliche Aufwand der am häufigsten genutzten Formen bietet dafür eine schlüssige Erklärung. Unterstrichen wird diese Vermutung durch das Beteiligungsniveau für zeitlich deutlich und kognitiv intensivere Tätigkeiten wie die Kontaktaufnahme zu Politikern (32%), die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative (17%) oder die aktive Partizipation in einer Partei (11%). Illegale Protestaktivitäten wie die Teilnahme an ungenehmigten Demonstrationen (5%), die Einschüchterung von politischen Gegnern (1%) oder Gewalt gegen Personen (1%) aus politischer Motivation wird dagegen nach Aussage der Befragten nur von einem geringen Teil ausgeführt.

Tabelle 5: Politische Offline-Partizipation der Nutzer von openPetition

Frage: Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig war, Einfluss nehmen wollten, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie in den letzten 2 Jahren genutzt bzw. woran waren Sie in den letzten 2 Jahren beteiligt?

Partizipationsformen	habe ich genutzt
An Wahlen teilgenommen	88
An einer Unterschriftensammlung beteiligt	87
Aus politischen Gründen Waren boykottiert bzw. gekauft	67
An einer genehmigten Demonstration teilgenommen	37
Kontakt zu Politikern aufgenommen (nur offline)	32
An Versammlungen bzw. öffentlichen Diskussionen beteiligt	32
In Bürgerinitiative mitgearbeitet	17
Aus Protest eine andere Partei gewählt	12
In Partei aktiv mitgearbeitet	11
Aus Protest nicht an Wahlen beteiligt	8
An einer ungenehmigten Demonstration teilgenommen.	5
An einer Verkehrsblockade teilgenommen	4
An einer Besetzung teilgenommen	1
Bei einer Demonstration Krach geschlagen	1
Politische Gegner eingeschüchtert	1
Gewalt gegen Personen angewendet	1
Nicht politisch beteiligt	2

Quelle: Eigene Darstellung; alle Angaben in Prozent; Basis: Alle Befragte (n=1.416)

Betrachtet man die Nutzung von Online-Partizipationsformen, zeigt sich auch hier ein insgesamt hohes Beteiligungs niveau (Tabelle 6). 97% der Befragten geben an mindestens eine der Online-Beteiligungsformen in den letzten zwei Jahren genutzt zu haben ($\bar{x} = 4,04$). Aufgrund der Stichprobe, die aus openPetition-Nutzern gezogen wurde, überrascht es wenig, dass die Unterzeichnung von Online-Petitionen an erster

Stelle rangiert. Fast $\frac{3}{4}$ der Nutzer geben an in den letzten zwei Jahren über eine politische Frage im Internet abgestimmt zu haben. Zudem zeigt sich, dass auch Tätigkeiten, die mit der Verwendung von sozialen Online-Netzwerken (SON) in Verbindung stehen, vergleichsweise häufig verwendet werden. 41% haben politische Inhalte über eine Anwendung wie z.B. Facebook oder Google + weitergeleitet. 32% geben an politische Inhalte geliked zu haben, immerhin 19% sind politischen Gruppen in sozialen Online-Netzwerken beigetreten. Etwas häufiger als über den analogen Weg (32%) wird Kontakt zu Politikern im Internet (36%) hergestellt. An diesem Beispiel zeigt sich, dass auch Online-Formen der politischen Partizipation in zwei unterschiedlichen Kanälen funktionieren können. Wie bei den Offline-Partizipationsformen zeigt sich auch für die Online-Beteiligung, dass zeitlich aufwändige Formen (Teilnahme an Online-Konsultation: 22%; online über Bürgerhaus- halte beraten: 7%) eher selten genutzt werden. Am Ende der Rangliste liegt das Erstellen von E-Petitionen. Nur 4% der befragten Personen haben diese Tätigkeit in den letzten zwei Jahren ausgeführt.

Insgesamt zeigt sich sowohl für Offline- als auch für Online-Formen der Beteiligung eine hohe Beteiligungsrate. Festzuhalten ist, dass niedrigschwellige Partizipationsformen übergreifend häufiger genutzt werden, als aufwendige politische Tätigkeiten. Unter Berücksichtigung des besonderen Rahmens dieser Untersuchung scheinen sich politische Online-Tätigkeiten als gleichwertige Alternativen etabliert zu haben. Besonders soziale Online-Netzwerke eignen sich potenziell gut für den interpersonalen Austausch von politischen Informationen.

Tabelle 6: Politische Online-Partizipation der Nutzer von openPetition

Frage: Im Folgenden geht es um Ihre Online-Aktivitäten. Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie in den letzten 2 Jahren mindestens einmal online genutzt bzw. woran waren Sie beteiligt?

Partizipationsformen	
Online-Petitionen unterzeichnet	93
über eine bestimmte politische Frage im Internet abgestimmt	73
Politische Inhalte in SON* geteilt/weitergeleitet	41
Politiker über das Internet kontaktiert	36
Inhalte in SON* geliked	32
Eigene Beiträge und Kommentare im Internet verfasst	29
An Online-Konsultationen teilgenommen	22
politischen Gruppen in SON* beigetreten	19
Online über Bürgerhaushalte beraten	7
Online-Petitionen erstellt	4
Nicht online beteiligt	3

Quelle: Eigene Darstellung; alle Angaben in Prozent; Basis: Alle Befragte (n=1.416)

*soziale Online-Netzwerke

7.1.2 Charakteristika der Partizipation auf openPetition

Zur Einschätzung der Eigenschaften von Online-Petitionen wurde neben der Bekanntheit verschiedener E-Petitionsportale auch die Nutzungsmodi und die Motivationsmuster für die Beteiligung detailliert erhoben. Tabelle 7 zeigt zunächst die Kenntnis und die Nutzung verschiedener E-Petitionsplattformen im Internet im Vergleich. Neben openPetition (68%) werden primär nicht-institutionelle Campaigning-Plattformen wie Campact (54%), Avaaz (41%) und Change.org (39%) genutzt. Die E-Petitionsplattform des Deutschen Bundestages haben 35% der Befragten bereits genutzt. Die ebenfalls institutionellen Plattformen der Bundesländer (9%) weisen deutlich geringere Beteiligungszahlen auf. Nur auf den Plattformen Petition24 (7%) und Care2 (5%) sind weniger Befragungsteilnehmern aktiv. Die Tatsache, dass 20% der Befragten angeben auch hier nicht aufgeführte Plattformen genutzt zu haben ver-

deutlicht das breite Repertoire an Alternativen. Die Beteiligungsquote für die nicht existierenden Plattform Online-Unterschriften (10%) zeigt allerdings, dass die erhobenen Partizipationsraten mit Vorsicht beurteilt werden müssen. Bei der Betrachtung der Kenntnis der Plattformen wird das hohe und bisher nur gering ausgeschöpfte Potenzial der institutionellen Plattformen deutlich. Nach openPetition liegt die Plattform des Deutschen Bundestages mit 62% auf Platz 2 der Bekanntheitsskala. Setzt man Nutzung und Kenntnis der E-Petitionsangebote der Bundesländer miteinander in Beziehung, wird die Diskrepanz deutlich. Weniger als $\frac{1}{4}$ der Personen, die die Plattform kennen, nutzen diese auch.

Tabelle 7: Kenntnis E-Petitionsplattformen

Frage: Sie sehen nun die Namen einiger E-Petitionsplattformen. Bitte geben Sie an, ob Sie diese Online-Plattform bereits genutzt haben, kennen aber noch nicht genutzt haben oder nicht kennen.

E-Petitionsplattform	habe ich bereits genutzt	kenne ich, habe ich aber noch nicht genutzt	kenne ich nicht
openPetition	68	15	17
Campact	54	8	38
Avaaz	41	7	52
Change.org	39	11	50
E-Petitionsplattform des DBT*	35	27	38
Online-Unterschriften (Dummy)	10	15	75
E-Petitionsplattformen der Bundesländer	9	28	63
Petition24	7	19	74
Care2	5	6	89
Andere Plattform	20	10	70

Quelle: Eigene Darstellung; alle Angaben in Prozent; Basis: Nur Befragte, die E-Petitionen erstellt oder unterschrieben haben ($n=1.319^{29}$)

* Deutscher Bundestag

²⁹ In einigen Fällen variieren die Fallzahlen, da einige Befragte nicht alle Fragen vollständig beantwortet haben.

Die einzelnen Nutzungsfunktionen von E-Petitionen werden in Tabelle 8 dargestellt. Es zeigt sich, dass das Lesen von Online-Petitionen ($\bar{x} = 11,37$) am häufigsten auftritt. Im Schnitt haben die Befragten 7,23 E-Petitionen in den letzten drei Monaten unterschrieben³⁰. Auch die Funktion des Teilens/ Weiterleitens von Inhalten ($\bar{x} = 4,72$) sowie die Suche und Recherche nach Zusatzinformationen ($\bar{x} = 4,48$) wird relativ häufig ausgeführt. Im Durchschnitt bewertet jeder Befragte 2,02 Kommentare pro drei Monate und verfasst 1,25 Kommentare im gleichen Zeitraum. Mit Abstand am wenigsten gebräuchlich ist das Erstellen von E-Petitionen ($\bar{x} = 0,02$) zu sein.

Tabelle 8: Nutzung von E-Petitionen

Frage: Als Nächstes geht es um eine spezielle Form der Online-Beteiligung: die Online Petition (auch E-Petition). Diese bezeichnet eine Möglichkeit zur Einreichung einer Petition über das Internet. Es gibt ja verschiedene Wege eine E-Petitionsplattform zu nutzen.

Im Folgenden werden einige dieser Möglichkeiten aufgelistet. Bitte geben Sie an, ob und wie oft Sie folgende Tätigkeiten in den letzten drei Monaten ausgeführt haben.

Nutzungsform	Mittelwert (\bar{x})	Minimum	Maximum
Lesen von E-Petitionen, Beiträgen oder anderen Inhalten auf der Seite (n=1.248)	11,37	0	1.000
Unterschreiben von E-Petitionen (n=1.271)	7,23	0	300
Teilen/Weiterleiten von E-Petitionen in privaten Nachrichten, in sozialen Online-Netzwerken oder auf anderen Plattformen (n=1.072)	4,72	0	300
Suche/Recherche von zusätzlichen Informationen zu den E-Petitionen aus anderen Quellen (n=1.012)	4,48	0	150
Bewerten von Argumenten in den Kommentaren oder der Debatte zu den E-Petitionen (n=886)	2,02	0	60
Verfassen von Kommentaren zu den E-Petitionen oder Argumenten in der Debatte (n=880)	1,25	0	70
Erstellen von eigenen E-Petitionen (n=826)	0,06	0	5

Quelle: Eigene Darstellung; Basis: Nur Befragte, die E-Petitionen erstellt oder unterschrieben haben.

³⁰ Wie die Angaben zum Minimum und Maximum zeigen, führt die offene Abfrage gleichzeitig zu relativ hohen Werten für Varianz und Standardabweichung.

Die Reihenfolge für die Nutzung von Online-Petitionen im Allgemeinen bestätigen sich auch für die Plattform openPetition. Da openPetition eine Teilmenge aus den E-Petitionsplattformen bildet, ist das Gesamtniveau der Beteiligung insgesamt deutlich niedriger. Im Durchschnitt werden 4,53 E-Petitionen in drei Monaten gelesen und 2,63 E-Petitionen unterschrieben. Auch das Teilen ($\bar{x} = 1,79$) und Recherchieren von Informationen ($\bar{x} = 1,68$) erfolgt relativ häufig. Die Mittelwerte für das Bewerten ($\bar{x} = 0,61$) und Verfassen ($\bar{x} = 0,39$) von Kommentaren liegen im unteren Bereich der Nutzungsrangliste. Insgesamt werden zudem nur 0,04 E-Petitionen pro Person in drei Monaten erstellt.

Tabelle 9: Nutzung von openPetition

Frage: In der anschließenden Frage geht es um eine spezielle E-Petitionsplattform, nämlich openPetition. Auch hier lässt sich zwischen verschiedenen Formen der Nutzung der Plattform unterscheiden. Im Folgenden werden wieder einige dieser Möglichkeiten aufgelistet. Bitte sagen Sie mir, ob und wie oft Sie folgende Tätigkeiten auf openPetition in den letzten drei Monaten ungefähr ausgeführt haben.

Nutzungsform	Mittelwert (\bar{x})	Minimum	Maximum
Lesen von E-Petitionen (n= 893)	4,53	0	400
Unterschreiben von E-Petitionen (n= 891)	2,63	0	80
Teilen/Weiterleiten von E-Petitionen in privaten Nachrichten, in sozialen Online-Netzwerken oder auf anderen Plattformen (n= 892)	1,79	0	80
Suche/Recherche von zusätzlichen Informationen zu den E-Petitionen aus anderen Quellen (n=893)	1,68	0	125
Bewerten von Argumenten in den Kommentaren oder der Debatte zu den E-Petitionen (n=889)	0,61	0	30
Verfassen von Kommentaren zu den E-Petitionen oder Argumenten in der Debatte (n=890)	0,39	0	35
Erstellen von eigenen E-Petitionen (n=892)	0,04	0	5

Quelle: Eigene Darstellung; Basis: Nur Befragte, die openPetition bereits genutzt haben

Klammert man das Lesen der E-Petitionen aus, zeigt sich, dass mit steigendem zeitlichen und kognitivem Aufwand die Häufigkeit der Nutzung deutlich abnimmt. Wäh-

rend das Unterschreiben von E-Petitionen beispielsweise relativ wenig Zeit und Kognitionsleitung erfordert, ist das Verfassen von Kommentaren im Vergleich dazu deutlich aufwendiger. Bezuglich der expressiven Funktion der einzelnen Tätigkeiten ergibt sich kein einheitliches Bild. Die hohen Werte für das Lesen von E-Petitionen und das Recherchieren nach Zusatzinformationen lassen vermuten, dass die öffentliche Darstellung der politischen Tätigkeit kein maßgeblicher Einflussfaktor für die Beteiligung ist. Die Tätigkeit, die in allen drei Dimensionen am höchsten zu bewerten ist, das Erstellen von E-Petitionen, wird nur von einem Bruchteil der Befragten genutzt.

Tabelle 10 zeigt die Auswertung der potenziellen Motivationsfaktoren für die Nutzung von openPetition. Der Vergleich der Mittelwerte dokumentiert ein insgesamt hohes Zustimmungsniveau für alle abgefragten Items. Als wichtigster Grund für die Nutzung von openPetition ($\bar{x} = 4,50$) wird der geringe zeitliche Aufwand genannt, dicht gefolgt von dem Bedürfnis nach flexibler Beteiligung ($\bar{x} = 4,48$). Die Möglichkeit sich für spezielle Themen engagieren zu können ($\bar{x} = 4,22$), wird ebenfalls von einem Großteil der Befragten als wichtiger Grund für die Beteiligung genannt. Auch der direkte ($\bar{x} = 4,19$) und regionale ($\bar{x} = 4,07$) Fokus der Website motiviert viele zur Partizipation. Das Bedürfnis mit openPetition eine nicht-institutionalisierte Partizipationsmöglichkeit ($\bar{x} = 4,06$) nutzen zu können und die erfolgreiche Umsetzung ($\bar{x} = 4,05$) rangieren knapp dahinter. Die Frage, ob openPetition Formen der Offline-Beteiligung vorgezogen wird, beantworten verhältnismäßig wenige mit einer hohen positiven Bewertung.

Tabelle 10: Motivation für die Nutzung von openPetition-Mittelwerte

Frage: Es kann ja unterschiedliche Gründe geben, warum man die Plattform openPetition nutzt. Im Folgenden werden einige dieser Gründe aufgelistet. Bitte kreuzen Sie wieder ganz links an, wenn die Aussage voll und ganz auf Sie zutrifft, und ganz rechts, wenn Sie überhaupt nicht auf Sie zutrifft.

Motivationsfaktoren	Mittelwert (\bar{x})
geringer zeitlicher Aufwand (n=841)	4,50
Bedürfnis nach flexibler Partizipation (n=819)	4,48
themenzentrierte Partizipation (n=815)	4,22
Bedürfnis nach direkter Beteiligung (n=832)	4,19
Bedürfnis nach regionalem Engagement (n=733)	4,07
Bedürfnis nach nicht-institutionalisierte Partizipation (n=716)	4,06
Ergebnismotivation (n=757)	4,05
Online Partizipation > Offline Partizipation (n=829)	3,43

Quelle: Eigene Darstellung; Basis: Nur Befragte, die openPetition bereits genutzt haben

7.2 Dimensionen

Gemäß der zweiten Forschungsfrage wird in nun untersucht, ob politische Partizipation in strukturell unterschiedliche Dimensionen eingeteilt werden kann. Zu diesem Zweck werden zwei unabhängige Analysen durchgeführt. Der erste Teil der folgenden Analyse beschäftigt sich mit der Klassifizierung von politischen Formen der Online-Beteiligung. In einem zweiten Untersuchungsschritt werden sowohl Online- als auch Offline-Formen der politischen Partizipation in ein Modell integriert. Das Ziel dieser Vorgehensweise liegt darin herauszufinden, wie sich die verschiedenen Beteiligungs faktoren in einer universellen Betrachtung politischer Beteiligung neu zusammensetzen. Zur Umsetzung dieses Vorhabens eignet sich das statistische Verfahren der Faktorenanalyse in besonderem Maße. Mit der Zusammenfassung einer großen Anzahl von Variablen in wenige Faktoren können gemeinsame Strukturen einzelner Verhaltensweisen identifiziert werden (Brosius, 2013, S.789).

Zur Klassifizierung der Dimensionen der Online-Beteiligung wird das Verfahren der Hauptkomponentenanalyse zur Fakorextraktion angewendet³¹. Zur leichteren Interpretation der Faktoren wird zudem eine Rotation durch die Oblimin-Methode durchgeführt³². Tabelle 11 zeigt das Ergebnis der Faktorenanalyse für die Online-Formen der politischen Partizipation an. Die angegebenen Faktorladungen in den Zeilen geben den Erklärungsbeitrag der jeweiligen Variable für den Faktor wieder. Die Summe der Ladungen zeigt an, welchen Anteil an der Gesamtstreuung der jeweilige Faktor erklären kann³³.

Insgesamt wurden vier Faktoren³⁴ aus zehn untersuchten Online-Formen der politischen Beteiligung, die 59,45% der Gesamtvarianz erklären können, extrahiert. Der erkläzungskräftigste Faktor (25,08%) besteht aus vier Online-Formen der Beteiligung, die sich alle auf Aktivitäten in sozialen Online-Netzwerken beziehen. Aus diesem Grund wird der Faktor mit *SON-Aktivitäten* benannt. Die größte Erklärungskraft besitzt das „likken von Inhalten“ (0,86), gefolgt von „teilen/ weiterleiten von Beiträgen“ (0,79) sowie der „Beitritt zu politischen Gruppen in Online-Netzwerken“ und das „Verfassen eigener Beiträge im Web 2.0“.

Da sich beide Variablen im zweiten Faktor auf Tätigkeiten stützen, die mehrheitlich lokal in Kommunen durchgeführt werden, wird der zweite Faktor im Folgenden als *Lokales Engagement* (13,22%) bezeichnet. Beide Faktoren laden relativ hoch auf das Item, es zeigt sich aber, dass die Variable „online über Bürgerhaushalte beraten“

³¹ Durch den Bartlet-Test auf Sphärizität kann ein grundsätzlicher Zusammenhang zwischen den untersuchten Variablen festgestellt werden. Der Chi-Quadrat Wert von 1649,695 bewegt sich auf hohem Niveau. Die Wahrscheinlichkeit, dass kein Zusammenhang vorliegt, kann mit dem Signifikanzwert nach Bartlett von $p<0,01$ zurückgewiesen werden. Die Eignung der Stichprobe kann durch das Maß von Kayser-Mayer-Olkin (KMO) überprüft werden. Für das erste Faktorenanalysemodell ergibt sich mit einem Wert von 0,734 eine mittelprächtige Eignung (Brosius, 2013, S. 795ff.)

³² Alternativ zum hier angewendeten schiefwinkligen Rotationsverfahren ist auch eine orthogonale Rotation mit dem Varimax-Verfahren möglich. Dieses wird für die zweite Faktorenanalyse angewendet. Entscheidungsleitend für die jeweilige Auswahl der passenden Rotationsmethode ist ein visueller Vergleich des Ladungsplots im Komponentendiagramm. Durch den Vergleich der jeweiligen Komponentenmatrix kann festgestellt werden nach welchem Verfahren die Faktoren klarere Beziehungen zu den Variablen aufweisen (Brosius, 2013, S. 805ff.)

³³ Die z-standardisierten Eigenwerte geben ebenfalls an, welchen Beitrag an der Gesamtstreuung der jeweilige Faktor trägt. Bei zehn Faktoren liegen die möglichen Werte ebenfalls zwischen eins und zehn.

³⁴ Die optimale Anzahl der Faktoren kann in SPSS durch die Screeplot-Grafik bestimmt werden, die für jeden Faktor die Höhe des Eigenwertes nach Größe geordnet anzeigt. Faktoren mit geringem Erklärungsgehalt können auf diese Weise ausgeschlossen werden (Brosius, 2013, S. 802).

(0,82) noch etwas maßgeblicher ist als „die Teilnahme an Online-Konsultationen“ (0,74).

Ein dritter identifizierter Faktor wurde *Low-Level-Partizipation* (10,90%) genannt, da beide Beteiligungsformen in dieser Klasse nur geringen zeitlichen Aufwand erfordern („Online-Petition unterzeichnet“: 0,84; „über eine politische Frage oder Sachverhalt im Internet abgestimmt“: 0,72).

Auch im letzten Faktor werden wieder zwei Variablen zusammengefasst. Da die Faktorladung von 0,94 für das Erstellen von E-Petitionen die entscheidende Variable für diesen Faktor darstellt (Politiker online kontaktieren: 0,4), rechtfertigt die Faktorbezeichnung *hohes Engagement* (10,25%).

Tabelle 11: Dimensionen Politischer Online-Partizipation

Online-Partizipationsformen	1: SON-Aktivitäten	2: Lokales Engagement	3: Low-Level Partizipation	4: Hohes Engagement
Politische Inhalte in Sozialen Online-Netzwerken geliked	0,86			
Politische Inhalte in Sozialen Online-Netzwerken geteilt/weitergeleitet	0,79			
Einer oder mehreren politischen Gruppen in sozialen Online-Netzwerken beigetreten	0,63			
Eigene politische Beiträge und Kommentare im Internet verfasst	0,61			
Online über Bürgerhaushalte beraten		0,82		
An Online-Konsultationen teilnehmen		0,74		
Online-Petition unterzeichnet			0,84	
über eine bestimmte politische Frage bzw. einen Sachverhalt im Internet abgestimmt			0,70	
Online-Petition erstellt				0,94
Politiker über das Internet kontaktiert				0,40
Eigenwert	2,51	1,32	1,09	1,03
Summe der Ladungen	25,08%	13,22%	10,90%	10,25%
N		1.416		

Quelle: Eigene Darstellung; Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse mit direkter Oblimin-Rotation; dargestellt sind alle Faktorladungen $\geq |0,4|$

In der zweiten Faktorenanalyse werden neben den elf Online-Tätigkeiten auch die 17 untersuchten Offline-Formen der politischen Beteiligung mit einbezogen. Durch dieses Verfahren soll geprüft werden, ob sich Tätigkeiten aus beiden Bereichen mischen oder unabhängig voneinander stehen. Wie in der vorangegangenen Analyse wird zur Extraktion der Faktoren wieder eine Hauptkomponentenanalyse durchgeführt. Durch das orthogonale Varimax-Verfahren werden die Faktoren rotiert. Im Ergebnis können insgesamt acht Faktoren identifiziert werden, die 52,59% der Gesamtstreuung erklären können³⁵. Der Faktor *SON-Aktivitäten* setzt sich nur aus Online-Beteiligungsformen zusammen, die Faktoren *Parteiaktivitäten und Lokales Engagement*, *Low-Level Partizipation* und *Hohes Engagement + Kontakt* beinhalten sowohl Online- als auch Offline-Formen der politischen Partizipation (Tabelle 12). Darüber hinaus können vier weitere Faktoren extrahiert werden, die nur aus Offline-Tätigkeiten bestehen (Tabelle 13). Anders als im ersten Modell sind die Faktoren hier daher primär inhaltlich und nicht nach Erklärungskraft für das Gesamtmodell in den Tabellen 13 und 14 angeordnet.

Im Faktor *Parteiaktivitäten und Lokales Engagement* (15,12%) werden insgesamt fünf Partizipationsformen zusammengefasst. Die Offline-Tätigkeiten der „Teilnahme an Versammlungen“ (0,68), der Mitarbeit in einer Partei (0,60) oder Bürgerinitiative (0,60) werden durch die Online-Formen „Beratung über Bürgerhaushalte“ (0,62) und „Teilnahme an Konsultationen“ (0,59) ergänzt.

Wie in der ersten Faktorenanalyse ist wieder der aus den gleichen Variablen bestehende Faktor für *SON-Tätigkeiten* (7,33%) zu finden. Die höchsten Werte der Faktorladungen geht auf das „Liket von politischen Inhalten in SON“ zurück (0,82). Auch das Teilen und Weiterleiten von Beiträgen geht mit einem relativ hohen Wert (0,77) in den Faktor ein. Das „Kommentieren und Verfassen eigener Beiträge“ (0,62) sowie der „Betritt zu politischen Gruppen“ (0,58) weisen etwas geringere Ladungen auf.

Aus der „Unterzeichnung von Online-Petitionen“ (0,72) und Unterschriftensammlungen (0,68) sowie „Abstimmung einer politischen Sache im Internet“ (0,55) und „dem Kauf bzw. Boykott von Produkten“ (0,49) setzt sich ein eigener Mischfaktor

³⁵ Durch den Bartlet-Test auf Sphärizität zeigt ein hohes Chi-Quadrat Wert von 5303,269 und ist hoch signifikant ($p<0,01$). Für das Maß von Kayser-Mayer-Olkin (KMO) ergibt sich mit 0,783 ein als mittelprächtig einzustufender Wert für die Eignung der Stichprobe.

aus niedrigschwellingen Online- und Offline-Tätigkeiten zusammen (*Low-Level Partizipation*: 6,82%).

Die Kontaktaufnahme von Politikern online (0,66) sowie offline (0,61) und das „Erstellen von E-Petitionen“ (0,61) ergeben zusammen einen zweiten Mischfaktor. Da die Faktorladungen sich alle auf ähnlichem Niveau bewegen, beide Kontaktaktivitäten integriert sind und alle Tätigkeiten relativ hohen Aufwand erfordern, wird dieser Faktor im Folgenden als *Hohes Engagement + Kontakt* bezeichnet (4,55%).

Tabelle 12: Dimensionen politischer Partizipation-Teil 1 (Online- und Mischfaktoren)

Partizipationsformen (Online + Mischfaktoren)	Parteiaktivitäten und Lokales Engagement	SON-Aktivitäten	Low-Level Partizipation	Hohes Engagement + Kontakt
An Versammlungen bzw. öffentlichen Diskussionen beteiligt	0,68			
Online über Bürgerhaushalte beraten	0,62			
In Partei aktiv mitgearbeitet	0,60			
In Bürgerinitiative mitgearbeitet	0,60			
An Online Konsultationen teilnehmen	0,59			
Politische Inhalte in Sozialen Online-Netzwerken geliked		0,82		
Politische Inhalte in Sozialen Online-Netzwerken geteilt/weitergeleitet		0,77		
Eigene politische Beiträge und Kommentare im Internet verfasst (Soziale Netzwerke, Twitter, Blogs, Online-Zeitungen etc.)		0,62		
Einer oder mehreren politischen Gruppen in sozialen Online-Netzwerken beigetreten		0,58		
Online Petitionen unterzeichnet			0,72	
An einer Unterschriftensammlung beteiligt			0,68	
über eine bestimmte politische Frage bzw. einen Sachverhalt im Internet abgestimmt			0,55	
Aus politischen Gründen Waren boykottiert bzw. gekauft			0,49	
Politiker über das Internet kontaktiert				0,66
Online-Petitionen erstellt				0,61
Kontakt zu Politikern aufgenommen (nur offline)				0,61
Eigenwert	3,93	1,91	1,77	1,18
Summe der Ladungen	15,17%	7,33%	6,82%	4,55%
N			1.416	

Quelle: Eigene Darstellung; Anmerkungen: Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; dargestellt sind alle Faktorladungen $\geq |0,4|$

Tabelle 13 zeigt die vier reinen Offline-Faktoren der Analyse. Der erste Faktor setzt sich aus vier Formen des legalen und illegalen Protests (5,73%) zusammen (*Protest*). Der Faktor beinhaltet sowohl die ungenehmigte (0,77) und genehmigte (0,52) Demonstrationsteilnahme als auch die Variable „an einer Verkehrsblockade teilnehmen“ (0,68). Ein weiterer Faktor fasst Formen des *gewaltsamen Protests* zusammen (4,96%). Während das „Krachschlagen bei einer Demonstration“ (0,72) und „die Anwendung von Gewalt gegen Personen“ (0,56) eine primär physische Komponente beinhaltet, beschreibt „die Einschüchterung politischer Gegner“ (0,59) und „die Beteiligung an einer Besetzung“ eher psychisch gewaltsame Tätigkeiten.

Im Faktor *Wahlbeteiligung* werden zwei gegensätzliche Aktivitäten zusammengefasst. Während die Wahlbeteiligung einen hohen positiven Wert (0,77) aufweist, ist die zweite Tätigkeit, „aus Protest nicht an Wahlen beteiligt“ stark negativ (-0,83) aufgeladen. Diese Kombination bedeutet, dass das eine Verhalten dem anderen besonders stark widerspricht. Der letzte Faktor *Protestwahl* (3,86%) besteht nur aus eben dieser Variable, die dieses Verhalten beschreibt (0,93).

Zusammenfassend betrachtet zeigen die Faktoren *SON-Aktivität*, *Lokales Engagement*, *Low-Level Partizipation* und *Hohes Engagement* in der ersten Faktorenanalyse die Mehrdimensionalität von Online-Partizipation. Der neu identifizierte Faktor *SON-Aktivität* betont den stark expressiv geprägten Charakter von politischer Beteiligung im Internet. Der zweite Faktor belegt, dass das Engagement für lokale politische Themen auch online wichtig sein kann und strukturell miteinander zusammenhängt. „Das Unterschreiben von E-Petitionen“ fällt in einen Faktor, deren Tätigkeiten nur ein geringes Niveau an zeitlichen Aufwand erfordern. Im Gegensatz dazu steht „das Erstellen von Online Petitionen“ in Verbindung mit einer hochschwelligen Aktivität in der Klasse hohes Engagement. Diese Einordnung in zwei sich gegensätzlich gegenüberstehende Klassen belegt die Wichtigkeit einer differenzierten Betrachtung politischer Tätigkeit.

Tabelle 13: Dimensionen politischer Partizipation-Teil 2 (Offline-Faktoren)

Partizipationsformen (nur offline)	Protest	Gewaltsamer Protest	Wahlbeteiligung	Protestwahl
An einer ungenehmigten Demonstration teilgenommen.	0,77			
An einer Verkehrsblockade teilgenommen	0,68			
An einer genehmigten Demonstration teilgenommen	0,52			
Bei einer Demonstration Krach geschlagen		0,72		
Politische Gegner eingeschüchtert		0,59		
Gewalt gegen Personen angewendet		0,56		
An einer Besetzung teilgenommen		0,56		
Aus Protest nicht an Wahlen beteiligt			-0,83	
An Wahlen teilgenommen			0,77	
Aus Protest eine andere Partei gewählt				0,93
Eigenwert	1,49	1,29	1,10	1,01
Summe der Ladungen	5,73%	4,96%	4.21%	3,86%
N		1.416		

Quelle: Eigene Darstellung; *Anmerkungen:* Hauptkomponentenanalyse mit Varimax-Rotation; dargestellt sind alle Faktorladungen $\geq |0,4|$

In der zweiten Faktorenanalyse, die aus vier Offline-Faktoren sowie drei Mischtypen und einem reinen Online-Faktor besteht, wird die komplexe Struktur politischer Beteiligung deutlich. Einerseits zeigt sich durch den Faktor *SON-Aktivität*, dass politische Partizipation auch unabhängig und nur über das Internet funktionieren kann. Andererseits vermischen sich die Aktivitäten auch miteinander. Die Faktoren *Parteiaktivitäten und Lokales Engagement* sowie *Hohes Engagement + Kontakt* zeigen,

dass zeitlich und kognitiv stark fordernde Tätigkeiten strukturell zusammenhängen, und zwar unabhängig davon ob die Tätigkeit online stattfindet oder offline. Diese Vermutung wird dadurch gestützt, dass sich im Faktor *Low-Level Partizipation* ausschließlich Aktivitäten finden, die nur ein begrenztes Maß an zeitlichem Aufwand fordern. Wie in den zwei davor genannten Faktoren spielt es keine Rolle, ob die Aktivität online ausgeführt wird oder nicht.

In den vier weiteren Faktoren zeigen sich ebenfalls interessante strukturelle Zusammenhänge. So scheinen die elektoral geprägten Faktoren *Wahlbeteiligung* und *Protestwahl* unabhängig von anderen Beteiligungsformen zu stehen. Die beiden Protestfaktoren belegen die außerordentliche Stellung von alternativen Protestformen im Kontext der politischen Beteiligung.

7.3 Typen

Auf Basis der Ausführungen in der dritten Forschungsfrage soll nun untersucht werden, ob Online-Partizipierende in unterschiedliche Typen eingeteilt werden können. Das Partizipationsverhalten von Personen innerhalb einer Gruppe soll hierbei möglichst große Übereinstimmungen aufweisen, zwischen den Gruppen soll sich das Beteiligungsverhalten möglichst stark unterscheiden. Auf Basis der Gruppeneinteilung kann anschließend untersucht werden, welche Gruppe welche Partizipationsformen nutzt. Die Grundlage für diesen Vergleich bilden die Online-Dimensionen aus Kapitel 7.2. Weiter werden die soziodemografischen Merkmale der Gruppen miteinander verglichen.

Zur Umsetzung dieses Vorhabens ist das Verfahren der Cluster-Analyse am besten geeignet (Steinbrecher, 2009, S. 179f.). Diese Methode ermöglicht den Vergleich mehrerer Objekte (hier den Partizipierenden) anhand definierter Merkmale (hier das Partizipationsverhalten). Da keine theoretisch begründbaren Annahmen über die Anzahl der zu bildenden Cluster bestehen, ist das Verfahren der hierarchischen Cluster-Analyse den partitionierenden Verfahren, in denen eine feste Cluster-Anzahl vorgegeben werden muss, vorzuziehen. Hierarchische Verfahren haben jedoch den Nachteil, dass der Rechenaufwand mit steigender Zahl an Fällen überproportional stark ansteigt und sinnvolle Lösungen kaum identifiziert sind (Brosius, 2013, S. 745). Aufgrund der hier vorliegenden hohen Anzahl an Fällen wird auf ein hierarchisches

Verfahren verzichtet und stattdessen beispielhaft³⁶ eine partitionierendes Verfahren, die Clusterzentren-Analyse, angewendet. Für die explorative Durchführung dieses Verfahrens wird an dieser Stelle eine Lösung mit vier Clustern ausgewählt³⁷.

Die vier Cluster in der endgültigen Lösung unterscheiden sich erheblich in der Anzahl ihrer Größe. Während das erste Cluster nur aus 45 Fällen besteht, werden im zweiten 54 und im dritten 337 Personen in einer Gruppe zusammengefasst. Das vierte und mit Abstand größte Cluster beschreibt 980 Fällen.

Im ersten Untersuchungsschritt werden die Mittelwerte der Online-Faktoren für jedes Cluster berechnet (Tabelle 14). Aufgrund der relativ starken, negativen Vorzeichen für jeden untersuchten Online-Faktor werden Mitglieder des ersten Clusters im weiteren Verlauf der Untersuchung als *Inaktive* bezeichnet. Besonders der Mittelwert für niedrigschwellige Formen ($\bar{x} = -3,37$) weist auf eine geringe Beteiligungsrate in diesem Faktor hin. Die Personen aus der zweiten Gruppe zeigen als einzige für alle vier Faktoren positive Vorzeichen. Besonders hervorzuheben ist der stark positive Wert von $\bar{x} = 4,52$ für den Faktor Hohes Engagement. Wie für das erste Cluster ergeben sich auch für die dritte Klasse negative Vorzeichen in allen Dimensionen. Da die Ausprägungen hier etwas schwächer sind, werden Angehörige dieses Clusters im Folgenden als *Wenig Aktive* bezeichnet. Für das letzte 980 Personen umfassende Cluster zeigen sich drei leicht positive und ein leicht negatives Vorzeichen. Die Personen in dieser Gruppe werden daher *Breit Engagierte* genannt.

³⁶ Es muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass dieses Verfahren an dieser Stelle einen rein explorativen Charakter besitzt, da die Wahl von vier Clustern nicht sinnvoll aus der Theorie heraus begründet werden kann.

³⁷ SPSS bietet für die Clusterzentrenanalyse ein automatisiertes Verfahren an. Für die hier durchgeführte Analyse wurden automatisch acht Iterationsschritte bis zur optimalen Lösung durchgeführt. Fälle, die einen fehlenden Wert enthalten, werden nicht komplett ausgeschlossen, sondern auf Basis der weiteren Merkmale einem Cluster zugeordnet. Alle Merkmale werden vor der Durchführung des Prozesses z-standardisiert.

Tabelle 14: Gruppen von Online-Partizipierenden nach Faktoren

Faktor	Cluster 1: Inaktive	Cluster 2: Hoch En- gagierte	Cluster 3: Wenig Ak- tive	Cluster 4: Breit En- gagierte
SON-Aktivitäten	-0,83	0,24	-0,35	0,14
Lokales Engagement	-0,35	0,08	-0,33	0,13
Low-Level Participation	-3,37	0,02	-0,96	0,48
Hohes Engagement	-0,30	4,52	-0,37	-0,11
N	45	54	337	980

Quelle: eigene Darstellung; Anmerkungen: Mittelwerte der Online-Partizipationsfaktoren

In Tabelle 15 wird die soziodemografische Zusammensetzung der einzelnen Cluster auf Basis der Mittelwerte der jeweiligen Variable dargestellt. *Inaktive* sind demzufolge häufiger weiblich, eher älter, haben tendenziell einen niedrigen Bildungsgrad und unterdurchschnittliches Einkommen. In der Gruppe der *Hoch Engagierten* ist das Geschlechterverhältnis ausgeglichen, die Mitglieder sind tendenziell älter, haben einen vergleichsweise leicht unterdurchschnittlichen Bildungsgrad und ein überdurchschnittliches Einkommen. Frauen sind in der Gruppen der *Wenig Aktiven* eher überrepräsentiert und jünger als der Durchschnitt. Auch der Bildungsgrad und das Einkommen sind verhältnismäßig gering. In der Gruppe der *Breit Engagierten* sind wiederum Männer und Jüngere leicht überrepräsentiert vertreten, das Bildungsniveau ist leicht höher, das Einkommensniveau liegt im Durchschnitt.

Tabelle 15: Gruppen von Online-Partizipierenden nach Soziodemografie

Soziodemografie	Cluster 1: Inaktive	Cluster 2: Hoch En- gagierte	Cluster 3: Wenig Ak- tive	Cluster 4: Breit En- gagierte
Frau	0,36	0,00	0,10	-0,05
Alter	0,20	0,33	-0,11	0,01
Bildung	-0,24	-0,05	-0,08	0,04
Einkommen	-0,13	0,22	-0,02	0,00
N	45	54	337	980

Quelle: eigene Darstellung; Anmerkungen: Mittelwerte der soziodemografischen Faktoren; für eine bessere Übersichtlichkeit werden auch für die soziodemografischen Faktoren die z-standardisierten Mittelwerte verwendet.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass sich ein Großteil der openPetition-Nutzer der Gruppe der *Breit Engagierten* oder *Wenig Aktiven* zuordnen lässt. *Hoch Engagierte* und *Inaktive* sind diesen Ergebnissen zufolge nur in geringem Ausmaß vertreten. Für die Charakterisierung nach soziodemografischen Merkmalen zeigen die Mittelwerte schwache Tendenzen an. Die Gruppen sind demzufolge sozio-strukturell ähnlich zusammengesetzt und nur minimal voneinander unterscheidbar. Einschränkend muss erwähnt werden, dass das verwendete Verfahren mit einer festen Vorgabe von vier Clustern verzerrend wirken kann.

7.4 Erklärungsfaktoren

Gemäß der vierten Forschungsfrage aus Kapitel 5 werden im Folgenden die Determinanten der Online-Partizipation untersucht. Die möglichen Einflussfaktoren lassen sich in sechs inhaltliche Gruppen zusammenfassen. Diesem Ansatz entsprechend wird die folgende Analyse zunächst in sechs verschiedene Teilbereiche untergliedert. In einem ersten Modell wird die Erklärungskraft soziodemografischer Faktoren auf Online-Partizipation untersucht. Das zweite Modell überprüft, welchen Einfluss die Medien auf die politische Online-Beteiligung haben. Die Erklärungskraft sozialer Partizipation wird in einem dritten Modell getestet. Verschiedene Einstellungsvariablen werden in das vierte Modell integriert. Der Einfluss unterschiedlicher Werthal-

tungen auf die politische Online-Partizipation ist Gegenstand eines weiteren Modells. Abschließend wird geklärt, ob politische Offline-Tätigkeiten einen Beitrag für die Erklärung von Online-Beteiligung leisten können.

Zur Erklärung von komplexen Zusammenhängen zwischen verschiedenen Variablen drängt sich das Verfahren der Multivariaten Regressionsanalyse auf. Im Gegensatz zu bivariaten Verfahren ermöglicht die Multivariate Regressionsanalyse die Messung des Einflusses mehrerer unabhängiger Determinanten auf eine abhängige Variable (Brosius, 2013, S. 541). Im Folgenden wird für jeden Variablenblock ein separates Modell berechnet. Tabelle 16 zeigt die Ergebnisse der ersten Regressionsanalyse. Die Güte jedes Modells wird durch den (korrigierten) Determinationskoeffizienten R^2 angegeben. Dieser misst die Stärke mit der die unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable wirken. Durch einen Vergleich der R^2 kann untersucht werden, welches untersuchte Modell die höchste Erklärungskraft bietet. Durch den (standardisierten) Beta-Koeffizienten wird der Einfluss der jeweiligen Variablen auf die Online-Beteiligung im jeweiligen Modell angegeben (Brosius, 2013, S. 572).

Insgesamt kann nur ein geringer Beitrag der Varianz der abhängigen Variable durch die Soziodemografie ($R^2 = 1,3\%$) erklärt werden. Während die Bildung³⁸ einen schwach positiven Einfluss auf die Online-Beteiligung ausübt, haben alle anderen Beta-Koeffizienten negative Vorzeichen. Die Ergebnisse sprechen dafür, dass mit steigendem Alter die Online-Beteiligung abnimmt. Mit ansteigendem Bildungsgrad steigt auch die Nutzung von Online-Tätigkeiten. Mit männlichem Geschlecht steigt die Wahrscheinlichkeit der Beteiligung und mit dem erhöhten Einkommen nimmt sie leicht ab. Allerdings ist nur der Beta-Koeffizient für das Geschlecht höchst signifikant³⁹.

³⁸ Für die Bildung und das Einkommen wurden jeweils Dummy-Variablen gebildet. Alle Bildungsabschlüsse bis zur Realschule wurden mit 0 codiert. Höhere Abschlüsse erhalten den Wert 1. Einkommen bis 2.000€ erhalten den Wert 0; Einkommen die darüber liegen wurden mit 1 codiert.

³⁹ Nicht ungewöhnlich für soziodemografische Variablen weist der Konditionsindex von 10,36 auf einen mäßigen Zusammenhang zwischen den unabhängigen Variablen hin. Die Prüfung der Residuen durch den Durbin-Watson-Test (1,47) weist zudem auf eine leichte Autokorrelation hin.

Tabelle 16: Einfluss soziodemografischer Variablen auf die Online-Partizipation

Soziodemografie	<u>Modell 1</u>
Alter	- 0,057*
Bildung	0,052
Geschlecht	- 0,113***
Einkommen	- 0,023
Konstante	3,967***
R ²	0,013

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 1.416); Signifikanzniveau: p< 0,05*, p< 0,01**, p< 0,001***

Im zweiten Modell (Tabelle 17) wird der Einfluss von Nachrichtenmediennutzung⁴⁰ und Nachrichtenrezeption auf die Nutzung von Online-Partizipation getestet. Für beide Regressoren kann ein hoch bzw. höchst signifikanter positiver Einfluss auf die abhängige Variable nachgewiesen werden. Die Nutzung von Nachrichtenmedien ($\beta= 0,253$) hat einen weitaus größeren Effekt als die Nachrichtenrezeption ($\beta= 0,094$). Insgesamt kann das Modell 8,3% der Varianz erklären. Mit steigender Nutzung von Medienangeboten und Nachrichten erhöht sich damit auch die Wahrscheinlichkeit der politischen Online-Teilhabe.

⁴⁰ Für die Mediennutzung wurde ein Index berechnet. Anschließend wurde die Variable anhand des Medians dichotomisiert. Index-Werte bis 33 wurde eine 0 für niedrige Mediennutzung zugewiesen. Alle Indexwerte über 33 wurden mit 1 für hohe Mediennutzung codiert.

Tabelle 17: Einfluss der Nutzung von Medien auf die Online-Partizipation

Medien	<u>Modell 2</u>
Mediennutzung	0,253***
Nachrichtenrezeption	0,094**
Konstante	2,839***
R ²	0,083

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 895); Signifikanzniveau: p< 0,05*, p< 0,01**, p< 0,001***

Das korrigierte R² nimmt im dritten untersuchten Modell⁴¹ (Tabelle 18) einen deutlich höheren Wert an, als im vorangegangenen Modell. 14,7% der Varianz der abhängigen Variable können auf die Regressoren des Modells zurückgeführt werden. Sowohl für die Mitgliedschaft in Vereinen und Verbänden ($\beta = 0,149$) als auch für das Freiwillige Engagement ($\beta = 0,280$) können höchst signifikante positive Zusammenhänge gemessen werden. Die durchgeführte Regressionsanalyse weist darauf hin, dass mit steigendem Grad sozialer Partizipation auch das Online-Beteiligungs niveau ansteigt⁴².

⁴¹ Für die Verwendung im dritten Regressionsmodell wurden sowohl für die Mitgliedschaft als auch für das Freiwillige Engagement Indizes gebildet.

⁴² Durch die Korrelation mit Pearsons r lässt sich ein hoch signifikanter Korrelationskoeffizient (0,566) zwischen beiden Variablen messen. Eine zusätzliche schrittweise Regressionsanalyse hat gezeigt, dass sich der Erklärungsbeitrag des Modells durch den Einschluss von Mitgliedschaft nur unwesentlich verbessert.

Tabelle 18: Einfluss Sozialer Partizipation auf die Online-Partizipation

Soziale Partizipation	<u>Modell 3</u>
Mitgliedschaft	0,149***
Freiwilliges Engagement	0,280***
Konstante	2,322***
R ²	0,147

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 895); Signifikanzniveau: p< 0,05*, p< 0,01**, p< 0,001***

Für das vierte Modell (Tabelle 19), in dem sechs Einstellungsvariablen integriert werden, kann der bis hierhin größte Determinationskoeffizient von 0,156 berechnet werden. Die höchst signifikanten Variablen politisches Interesse ($\beta= 0,232$), Einflussüberzeugung ($\beta= 0,192$) und Demokratiezufriedenheit ($\beta= -0,213$) bilden verhältnismäßig starke Einflüsse für die politische Online-Beteiligung. Die wahrgenommene Responsivität ($\beta= 0,018$) und das Vertrauen in Institutionen ($\beta= -0,027$) scheint das Online-Partizipationsverhalten dagegen nur wenig zu beeinflussen. Den Berechnungen zufolge wirken sich starkes politisches Interesse und eine hohe Einflussüberzeugung positiv auf das Online-Beteiligungsverhalten aus. Zudem scheint mit sinkender Demokratiezufriedenheit das politische Online-Engagement anzusteigen.

Tabelle 19: Einfluss von Einstellungen auf die Online-Partizipation

Einstellungen	Modell 4
Politisches Interesse	0,232***
Zufriedenheit mit Demokratie	- 0,213***
Vertrauen in Institutionen	- 0,027
Politische Kompetenz (Interne Efficacy)	0,094**
Responsivität (Externe Efficacy)	0,018
Einflussüberzeugung	0,192***
Konstante	0,803
R ²	0,156

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 979); Signifikanzniveau: p< 0,05*, p< 0,01**, p< 0,001***

Das fünfte Modell (Tabelle 20) zeigt, dass 8% der Varianz der abhängigen Variable durch die zehn Werthaltungen⁴³ in dieser Analyse erklärt werden kann. Als besonders erkläzungskräftig gehen die Werte Selbstbestimmung ($\beta= 0,101$) und Sicherheit ($\beta= -0,140$) in das Modell ein. Ein sinkender Konformitätsgrad ($\beta= -0,071$) sowie geringes Traditionsbewusstsein ($\beta= -0,073$) und hohe Benevolenz⁴⁴ (0,076) beeinflussen den Grad der politischen Online-Partizipation. Alle weiteren einbezogenen Indikatoren haben keinen signifikanten Einfluss auf den Regressoren. Auch wenn für das korrigierte R² hier ein verhältnismäßig geringer Wert berechnet werden kann, so zeigt sich in den Werten Selbstbestimmung und Sicherheit die Berechtigung zur Integration dieser alternativen Werteskala in die Regressionsanalyse. Mit steigendem Verlangen nach Selbstbestimmung erhöht sich auch das quantitative Niveau der politischen Online-Partizipation. Das Bedürfnis nach Sicherheit steht dagegen in einem negativen Zusammenhang mit Online-Tätigkeiten im politischen Bereich⁴⁵.

⁴³ Für die Werthaltungen wurde wieder ein Index aus den zugehörigen Items ermittelt.

⁴⁴ Benevolenz beschreibt den Wert sich um Menschen im nahen sozialen Umfeld kümmern zu wollen Schmidt, Bamberg, Davidov, Herrmann und Schwartz (2007, S. 273f.).

⁴⁵ Aufgrund der hohen Anzahl der integrierten Variablen ergibt sich ein relativ starker Wert für den Konditionsindex (37,93), der auf einen Zusammenhang zwischen den Variablen hindeutet.

Tabelle 20: Einfluss von Werten auf die Online-Partizipation

Werte	<u>Modell 5</u>
Selbstbestimmung	0,101**
Macht	0,007
Universalismus	0,040
Leistung	0,041
Sicherheit	- 0,140***
Stimulation	0,043
Konformität	- 0,071*
Tradition	- 0,073*
Hedonismus	- 0,008
Benevolenz	0,076*
Konstante	2,103
R ²	0,080

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 1.209); Signifikanzniveau: p< 0,05, p< 0,01**, p< 0,001****

Im sechsten Modell (Tabelle 21) wird der Einfluss von politischer Offline- und Online-Partizipation anhand eines einfachen Regressionsmodells überprüft. Der hohe Wert für den Determinationskoeffizienten ($R^2 = 0,293$) zeigt die starke Erklärungskraft politischer Beteiligung an. Der hohe Wert für den Effektkoeffizienten Beta unterstützt die Vermutung, dass Personen, die klassische Partizipationsformen nutzen sich auch online häufiger beteiligen.

Tabelle 21: Einfluss von politischer Partizipation auf die Online-Partizipation

<u>Modell 6</u>	
Politische Partizipation offline	0,542
Konstante	1,276
R²	0,293

Quelle: Eigene Darstellung; Angaben: standardisierter Regressionskoeffizient Beta (n= 1.416); Signifikanzniveau: p< 0,05*, p< 0,01**, p< 0,001***

Die vorangestellte Analyse der sechs Regressionsmodelle belegt, dass es sinnvoll sein kann, die Einflussfaktoren aus der klassischen Partizipationsforschung auch für die Erklärung von Online-Partizipation heranzuziehen. Gleichzeitig wird die Komplexität der Suche nach relevanten Erklärungen für die politische Online-Beteiligung durch diese Analyse unterstrichen. Jedes der sechs Modelle kann einen Beitrag zur Erklärung des Online-Partizipationsverhaltens leisten (Tabelle 22). Monokausale Ansätze zur Auflösung der Frage greifen daher zu kurz. Es zeigt sich, dass Offline-Beteiligung einen besonders guten Prädikator zur Erklärung bietet. Die Einstellungsvariablen politisches Interesse und Demokratiezufriedenheit eignen sich ebenfalls zur Vorhersage des Online-Partizipationsverhaltens. Auch freiwilliges Engagement wirkt sich positiv aus. Die Nutzung von Nachrichtenmedien scheint dagegen nur mittelmäßigen Einfluss auf die Online-Beteiligung zu haben. Die berechneten Einflussstärken für die Werte-Indikatoren Sicherheit und Selbstbestimmung rechtfertigen die Aufnahme alternativer Wertekonstruktionen in diese Untersuchung. Für die soziodemografischen Variablen Alter, Bildung und Einkommen kann in dieser Analyse nur eine geringe Effektstärke nachgewiesen werden. Darüber hinaus scheinen Männer sich häufiger online politisch zu beteiligen als Frauen.

Tabelle 22: Regressionsmodelle für die Nutzung von Online-Partizipation im Vergleich

1 Soziodemografie	2 Medien	3 Soziale Partizipation	4 Einstellungen	5 Werte	6 Politische Partizipation
R ²	0,013	0,083	0,147	0,156	0,080

Quelle: eigene Darstellung; Angaben: Determinationskoeffizient R²

8 Diskussion und Fazit

Das Ziel dieser Arbeit bestand in der Aufdeckung der Strukturen der politischen Online-Partizipation. Während die Forschung zu Offline-Partizipationsformen eine lange Tradition besitzt, ist der Forschungsstand hinsichtlich der Nutzungsstrukturen und Erklärungsfaktoren zur politischen Beteiligung im Internet bisher überschaubar. Auf Basis der aufgestellten Forschungsfragen wurden in der Auswertung dieser Arbeit erste Ansätze zur Integration beider Forschungsstränge geliefert. Diese Ergebnisse werden im folgenden Teil diskutiert und in einen allgemeinen Zusammenhang eingearbeitet.

Der erste Analyseteil zeigt, dass sowohl Online- als auch Offline-Formen der politischen Beteiligung zum festen Nutzungs-Repertoire der Befragten zählen. Im Vergleich zu anderen bevölkerungsrepräsentativen Umfragen (GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2012; Petersen et al., 2013, S. 58ff.) ergeben sich insgesamt starke erhöhte Nutzungshäufigkeiten in allen Formen der Online- und Offline-Beteiligung. Grundsätzlich zeigt sich aber auch hier, dass Wahlen, Unterschriftensammlungen und politische Konsumhandlungen zu den beliebtesten politischen Tätigkeiten zählen. Bezuglich der Online-Beteiligung etablieren sich neben der Beteiligung an E-Petitionen und der Abstimmung politischer Fragen im Internet vor allem Formen, die mit der Nutzung sozialer Online-Netzwerke in Verbindung stehen. Die unter dem Stichwort „Slacktivismus“ (Morozov, 2009) geäußerte Befürchtung, dass oberflächliche Online-Beteiligungsformen klassisches politisches Engagement verdrängen, kann daher an dieser Stelle nicht bestätigt werden. Die Daten weisen eher darauf hin, dass beide Nutzungsarten komplementär genutzt werden. Zudem erweist sich die Begrenzung des Begriffs auf Online-Formen als zu kurz gegriffen. Sowohl online als auch offline werden Formen, die nur geringes zeitliches Engagement erfordern, besonders häufig genutzt werden. Mit dem Grad des zeitlichen und kognitiven Investments sinkt sowohl online als auch offline die Nutzungshäufigkeit. Allgemein ist festzuhalten, dass sich durch die neuen Online-Beteiligungsformen die Möglichkeiten zu partizipieren stark erweitert haben ohne analogen Formen der Partizipation zu verdrängen. Einschränkend ist zu erwähnen, dass anhand der hier erhobenen Stichprobe nur Aussagen über politisch aktive Online-Nutzer, nicht aber über den Bevölkerungsdurchschnitt getroffen werden kann.

Die Abfrage von Nutzungscharakteristika und Motivationsmustern belegt, dass auch die Nutzung einer Online Partizipationsform, hier E-Petitionen und openPetition, aufgrund der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten nicht eindimensional betrachtet werden darf. Im Vergleich institutioneller und nicht-institutioneller Plattformen zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit. Trotz eines vergleichbar hohen Bekanntheitsgrades werden E-Petitionen des Bundestages verhältnismäßig wenig genutzt.

Ferner zeigen die Daten die vielfältigen Möglichkeiten der Nutzung von E-Petitionen. Es verfestigt sich weiter der Eindruck, dass die Nutzung mit steigendem zeitlichem und kognitivem Aufwand abnimmt. Die Abfrage der Nutzungsmotivation unterstreicht die Annahme von Voss (2014b, S. 154f.), dass die Idee von E-Petitionen vor allem von der Möglichkeit der spontanen, flexiblen und direkten politischen Beteiligung getragen wird. Die hier beschriebene Analyse von E-Petitionen bildet nur einen explorativen Ausschnitt der Nutzungsmöglichkeiten von Online-Partizipationsformen. Für die weitere Forschung bietet sich eine Übertragung auf andere Online-Partizipationsangebote an.

Die Forschung zu politischer Beteiligung belegt, dass Offline-Formen politischer Beteiligung aufgrund von Überschneidungen in der Nutzungsstruktur in wenigen Dimensionen zusammengefasst werden können. Die vier hier lokalisierten Faktoren *SON-Aktivitäten*, *Lokales Engagement*, *Low-Level Partizipation* und *Hohes Engagement* belegen die Mehrdimensionalität von Online-Formen der Beteiligung. Der erstgenannte Faktor, der auch in den Untersuchungen von Gibson und Cantijoch (2013) (e-expressive) sowie Hirzalla und Zoonen (2011) (sharing) in ähnlicher Form identifiziert wird, betont den expressiven Charakter von SON in einer eigenen neuen Dimension. Soziale Online-Netzwerke bieten die Möglichkeit sich über politische Themen auszutauschen und sich in speziell dafür angelegten Gruppen zu organisieren und zu engagieren. Durch diese Option von SON politische Meinungen und Einstellungen über das Internet zu veröffentlichen, können diese darüber hinaus zusätzlich identitätsstiftend wirken. An dieser Stelle zeigt sich im Faktor *Low-Level Partizipation* die besondere Eignung des Internets für niedrigschwellige Partizipationsaktivitäten. Die weiteren Faktoren *Lokales* und *Hohes Engagement* weisen darauf hin, dass bestimmte Spezialaktivitäten auch online weiter verfolgt werden.

Daran anknüpfend erweitert sich in einer weiteren Analyse das Spektrum der Dimensionen durch die Integration von Offline- und Online-Formen. Es wird deutlich, dass Online- und Offline-Formen sowohl unabhängige Dimensionen bilden, aber auch in Mischfaktoren zusammen auftreten. Die vier reinen Offline-Faktoren spiegeln die Ergebnisse der klassischen Partizipationsforschung wieder (Barnes & Kaase, 1979; Milbrath & Goel, 1977; Verba et al., 1995). Auch in diesen bevölkerungsrepräsentativen Studien werden Protestformen (hier: *Gewaltsamer Protest* und *Protest*) und Wahlbeteiligung (hier: *Wahlbeteiligung* und *Protestwahl*) als eigenständige Dimensionen politischer Partizipation identifiziert. Kampagnenaktivitäten (hier: *Parteiaktivitäten* und *Lokales Engagement*) sowie „das Kontaktieren von Politikern“ (*Hohes Engagement* und *Kontakt*) tauchen in vergleichbarer Form in den Mischfaktoren dieser Analyse wieder auf. Die Tatsache, dass es sich bei den zuletzt genannten Aktivitäten um aufwendige Formen handelt, weist darauf hin, dass Nutzer Online-Kanäle additiv zur weitergehenden politischen Beteiligung nutzen. Die Dimension *Low-Level Partizipation*, die sowohl Online- als auch Offline-Formen beinhaltet, vereint Tätigkeiten, für die nur niedriges Engagement notwendig ist. Es liegt nahe, dass auch in diesem Fall Formen der Online-Beteiligung keine neuen Bedürfnisse schaffen, sondern eher ergänzend genutzt werden. Als einzige reine Online-Dimension findet sich wieder die *Beteiligung über soziale Online-Netzwerke*. Es erscheint daher denkbar, dass sich in diesem Bereich eine neue Facette politischer Beteiligung entwickelt. Im theoretischen Modell von Teorell et al. (2007) ließe sich diese Dimension zudem unter voice-basierte, extra-repräsentative Tätigkeiten problemlos einordnen. Da in der Stichprobe dieser Arbeit politisch aktive Online-Nutzer überrepräsentiert sind, können die Ergebnisse zu den Partizipations-Dimensionen zwar nicht auf die Gesamtbevölkerung übertragen werden. Der Ansatz Online-Formen der Beteiligung in differenzierter Art und Weise in die Untersuchung der Struktur der politischen Partizipation einzubeziehen, erscheint jedoch vielversprechend.

Neben den Strukturen von Online-Partizipation bildet die Typologisierung von Partizipationstypen einen weiteren Schwerpunkt dieser Arbeit. Wie in anderen Forschungsarbeiten zur Offline-Partizipation bereits festgestellt, befinden sich die Gruppen der *Inaktiven* und *Hoch Engagierten* an den beiden, diametralen Enden einer Skala. Analog zu den Ergebnissen von Steinbrecher (2009, S. 180) besteht die Gruppe der *Hoch Engagierten* auch hier aus relativ wenigen Mitgliedern. Während sich ein hier jedoch lediglich geringer Teil der Befragten der Gruppe der *Inaktiven* zuord-

nen lässt, bilden diese sonst die größte Gruppe (z.B. Steinbrecher, 2009, S. 180). Stattdessen sammelt sich ein Großteil der openPetition-Nutzer im Cluster der *Breit Engagierten*. Anders als in Untersuchungen mit Offline-Partizipationsformen (z.B. Verba et al., 1995) können hier nur geringfügig soziodemografische Unterschiede zwischen den Gruppen festgestellt werden. Da die Anzahl der Cluster hier willkürlich gewählt wurde, lässt sich daraus jedoch nicht automatisch eine höhere soziodemografische Homogenität in der Online-Beteiligung ableiten.

Die Identifikation von Erklärungsfaktoren politischer Partizipation gehört zu den komplexesten Fragestellungen in der Partizipationsforschung. Im Allgemeinen konzentriert sich die Forschung zu Online-Beteiligung auf die Untersuchung des mobilisierenden Potenzials von Online-Partizipation. Häufig bilden soziodemografische Faktoren den Schwerpunkt in den meisten Untersuchungsansätzen (Köcher & Bruttel, 2011; Schlozman et al., 2010). In Anlehnung an die Ansätze der klassischen Partizipationsforschung wurde in dieser Arbeit daher auch die Nutzung von Medienangeboten, Soziale Partizipation, Einstellungen, Werte und die Offline-Partizipation in die Untersuchung integriert. Anders als in der Forschung zur Offline-Beteiligung haben soziodemografische Variablen hier nur geringen Einfluss auf das quantitative Online-Beteiligungsniveau. Die Annahme, dass sich die häufig nachgewiesenen sozio-ökonomischen Ungleichgewichte in der politischen Partizipation auch auf das Internet übertragen, kann auf Basis dieser Analyse nicht bestätigt werden. Gleichzeitig hat die politische Offline-Beteiligung in den hier untersuchten Modellen die größte Erklärungskraft. Wie in anderen Analysen ebenfalls festgestellt (z.B. Escher, 2010), weist dieses Ergebnis darauf hin, dass sich nur diejenigen mobilisieren lassen, die auch schon offline stark partizipieren.

Weiter ist die Erklärungskraft der Nutzung von Nachrichtenmedien und Werthaltungen insgesamt als gering einzuschätzen. Jedoch bieten einzelne Faktoren wie die hier vorgeschlagenen Werte Selbstbestimmung und Sicherheit viel versprechende Ansatzpunkte für die weitere Forschung. Einstellungsvariablen und Soziale Partizipation eignen sich zudem relativ gut, um die Online-Beteiligung zu erklären. Einschränkend muss erwähnt werden, dass die klassische Partizipationsforschung noch ein großes Repertoire an weiteren Einflussfaktoren bietet, die hier nicht beachtet werden konnten. Außerdem werden mögliche gegenseitige Abhängigkeiten zwischen den untersuchten Variablen nur am Rande betrachtet.

Auf inhaltlicher Ebene kann festgehalten werden, dass die differenzierte Unterscheidung von Nutzungsformen bei der Betrachtung von Online-Partizipation dringend notwendig ist. Die hier untersuchten Erklärungsmodelle eignen sich gut, um einen Teil der politischen Online-Beteiligung zu erklären. Für eine volle Integration der Online-Beteiligung erscheint es sinnvoll diese mit der Offline-Partizipation in einem gemeinsamen Modell zu betrachten. Die Herausforderung für die zukünftige Forschung besteht darin, die hier analysierten explorativen Ergebnisse in einem bevölkerungsrepräsentativen Rahmen zu reproduzieren.

Da Online-Partizipation den Ergebnissen dieser Arbeit zu Folge zum festen Repertoire der Nutzungspraxis politischer Beteiligung gezählt werden kann, ergibt sich die Notwendigkeit die Integration beider Forschungszweige weiter voran zu treiben. Nur wenn eine übergreifende Verbindung beider Forschungsansätze gelingt, ist es möglich die sich verändernden Strukturen politischer Partizipation vollständig zu erfassen.

Literaturverzeichnis

- Avaaz. (2014), Avaaz. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter
<http://www.avaaz.org/de/>
- Baringhorst, S. (2014). Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires – Ein Überblick. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 89–113). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Barnes, S. H. & Kaase, M. (1979). *Political action. Mass participation in five Western democracies*. Beverly Hills, Calif: Sage Publications.
- Benkler, Y. (2006). *The wealth of networks. How social production transforms markets and freedom*. New Haven Conn.: Yale University Press.
- Böhle, K. & Riehm, U. (2013). E-petition systems and political participation: about institutional challenges and democratic opportunities. *first monday*, 18 (4). Zugriff am 14.10.2014. Verfügbar unter
<http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/4220>
- Boulianne, S. (2009). Does Internet Use Affect Engagement? A Meta-Analysis of Research. *Political Communication*, 26 (2), 193–211.
- Breuer, A. & Farooq, B. (2012). *Online Political Participation: Slacktivism or Efficiency Increased Activism? Evidence from the Brazilian Ficha Limpa Campaign*, ICA Conference paper.
- Brosius, F. (2013). *SPSS 21*. Heidelberg: mitp/bhv.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2010). *Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999 – 2004 – 2009*. Zugriff am 08.08.2014. Verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/Service/publikationen,did=165004.html>
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. (2013). *Motive des bürgerschaftlichen Engagements. Ergebnisse einer bevölkerungsrepräsentativen Befragung* (Institut für Demoskopie Allensbach, Hrsg.). Zugriff am 10.09.2014. Verfügbar unter http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Engagement_Motive_Bericht.pdf
- Campact. (2014), Campact. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter
<https://www.campact.de/>
- Campbell, A. (1960). *The American voter*. Chicago: University of Chicago Press.
- Christensen, H. S. (2011). Political Activities on the Internet: Slacktivism or Political Participation by other means. *first monday*, 16 (2). Zugriff am 11.10.2014. Verfügbar unter <http://firstmonday.org/article/view/3336/2767>
- Dalton, R. J. (2002). *Citizen politics. Public opinion and political parties in advanced industrial democracies*. New York: Chatham House Publ./Seven Bridges Press.
- Der Bundeswahlleiter. (2014). *Bundestagswahlen*, Der Bundeswahlleiter. Zugriff am 21.09.2014. Verfügbar unter
<http://www.bundeswahlleiter.de/de/bundestagswahlen/>

- Deutscher Bundestag. (2014). *Petitionen*. Zugriff am 11.10.2014. Verfügbar unter <https://epetitionen.bundestag.de/>
- Diekmann, A. (2012). *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- DIVSI. (2012). *DIVSI-Milieu-Studie zu Vertrauen und Sicherheit im Internet. Eine Grundlagenstudie*. Hamburg: Deutsches Institut für Vertrauen und Sicherheit im Internet (DIVSI).
- Druwe, U., Kühnel, S. & Kunz, V. (Hrsg.). (2000). *Kontext, Akteur und strategische Interaktion. Untersuchungen zur Organisation politischen Handelns in modernen Gesellschaften*. Opladen: Leske + Budrich.
- Emmer, M., Vowe, G., Wolling, J. & Seifert, M. (Hrsg.). (2011). *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland*: UVK.
- Escher, T. (2010). Wi(e)der die "üblichen Verdächtigen"? Politische Beteiligung via Internet. In J. Wolling (Hrsg.), *Politik 2.0? / die Wirkung computervermittelter Kommunikation auf den politischen Prozess* (S. 131–150). Baden-Baden: Nomos.
- Europäisches Parlament. (2014). *Ergebnisse der Europawahl 2014. Wahlbeteiligung*, Europäisches Parlament. Zugriff am 21.09.2014. Verfügbar unter <http://www.ergebnisse-wahlen2014.eu/de/turnout.html>
- Eurostat (Europäische Kommission, Hrsg.). (2014). *Internet use statistics - individuals. Three quarters of Europeans used the internet in 2013*. Zugriff am 08.10.2014. Verfügbar unter http://epp.eurostat.ec.europa.eu/statistics_explained/index.php/Internet_use_statistics_-_individuals
- Facebook. (2014). *Angela Merkel*, Facebook. Zugriff am 20.10.2014. Verfügbar unter <https://de-de.facebook.com/AngelaMerkel>
- Fuchs, D. (2000). Demokratie und Beteiligung in der modernen Gesellschaft. Einige demokratietheoretische Überlegungen. In O. Niedermayer & M. Kaase (Hrsg.), *Demokratie und Partizipation. Festschrift für Max Kaase* (S. 250–280). Wiesbaden: Westdt. Verl.
- Füting, A. (2011). Wie kommunizieren die Deutschen über Politik? Eine typologische Längstschnittanalyse. In M. Emmer, G. Vowe, J. Wolling & M. Seifert (Hrsg.), *Bürger online. Die Entwicklung der politischen Online-Kommunikation in Deutschland* (S. 219–243). UVK.
- Gabriel, O. W. (2002). *Sozialkapital und Demokratie. Zivilgesellschaftliche Ressourcen im Vergleich*. Wien: WUV-Universitäts-Verlag.
- Gabriel, O. W. (2004). Politische Partizipation. In Deth, Jan W. van (Hrsg.), *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003* (S. 317–338). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Gabriel, O. W. & Völk, K. (2005). Politische und soziale Partizipation. In O. W. Gabriel & E. Holtmann (Hrsg.), *Handbuch Politisches System der Bundesrepublik Deutschland* (S. 523–573). München: R. Oldenbourg.
- Gabriel, O. W. (2013). Politische Partizipation. In J. W. van Deth & M. Tausendpfund (Hrsg.), *Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik?* (S. 381–411). Wiesbaden: Springer Fachmedien.

- GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. (2012). *GESIS Datenbestandskatalog 2.0. Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS-Kumulation 1980-2012*, GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften. Zugriff am 21.09.2014. Verfügbar unter <https://dbk.gesis.org>
- Gibson, R. & Cantijoch, M. (2011). Conceptualizing and measuring participation in the age of the internet: Is online political engagement really different to offline?
- Gibson, R. & Cantijoch, M. (2013). Conceptualizing and Measuring Participation in the Age of the Internet: Is Online Political Engagement Really Different to Offline? *The Journal of Politics*, 75 (03), 701–716.
- Greenpeace. (2014). *GreenAction*, Greenpeace. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter <http://www.greenaction.de/>
- Hirschman, A. O. (1970). *Exit, voice and loyalty. Responses to decline in firms, organizations, and states*. Cambridge, Mass.: Harvard Univ. Press.
- Hirzalla, F. & Zoonen, L. v. (2011). Beyond the Online/Offline Divide: How Youth's Online and Offline Civic Activities Converge. *Social Science Computer Review*, 29 (4), 481–498.
- Inglehart, R. (1990). *Culture shift in advanced industrial society*. Princeton: Princeton University Press.
- Initiative D21. (2013). *(N)onliner Atlas. Auf dem Weg in ein digitales Deutschland??!* Zugriff am 08.10.2014. Verfügbar unter <http://www.initiatived21.de/wp-content/uploads/2013/04/digitalindex.pdf>
- Jungherr, A. & Schoen, H. (2013). Das Internet in Deutschland: Nutzung und Wirkungen auf die politische Partizipation. In A. Jungherr & H. Schoen (Hrsg.), *Das Internet in Wahlkämpfen* (S. 37–68). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Kaase, M. (1997). Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In D. Berg-Schlosser & F. Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 159–174). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kersting, N. (2014). Online Beteiligung – Elektronische Partizipation – Qualitätskriterien aus Sicht der Politik. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 53–87). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Klein, M. (2005). Gesellschaftliche Wertorientierungen, Wertewandel und Wählerverhalten. In J. W. Falter & H. Schoen (Hrsg.), *Handbuch Wahlforschung* (S. 423–445). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Köcher, R. & Bruttel, O. (2011). *Social Media, IT & Society 2011* (Infosys, Hrsg.). : Allensbach Institut. Zugriff am 08.10.2014. Verfügbar unter <http://www.infosys.com/de/newsroom/press-releases/documents/social-media-it-society2011.pdf>
- Kubicek, H. (2014). Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 263–298). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Lee, Y.-H. & Hsieh, G. (2013). *Does Slacktivism Hurt Activism?: The Effects of Moral Balancing and Consistency in Online Activism*. Zugriff am 11.10.2014. Verfügbar unter <http://faculty.washington.edu/garyhs/docs/lee-chi2013-slacktivism.pdf>

- Lindner, R. & Riehm, U. (2011). Broadening Participation Through E-Petitions? An Empirical Study of Petitions to the German Parliament. *Policy & Internet*, 3 (1), 63–85.
- Milbrath, L. W. (1965). *Political participation. how and why do people get involved in politics?* Chicago: Rand McNally.
- Milbrath, L. W. & Goel, M. L. (1977). *Political participation. How and why do people get involved in politics.* Chicago: Rand McNally College Publ. Co.
- Mohler, P. P. & Wohn, K. (2005). Persönliche Wertorientierungen im European Social Survey. *ZUMA-Arbeitsbericht* (1). Zugriff am 15.10.2014. Verfügbar unter <http://www.ssoar.info/ssoar/handle/document/20059>
- Morozov, E. (2009). The brave new world of slacktivism. Zugriff am 11.10.2014. Verfügbar unter http://neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slacktivism
- openPetition. (2013). *Transparenz- und Jahresbericht 2013.* Verfügbar unter https://www.openpetition.de/blog/wp-content/uploads/2014/07/Transparenzbericht2013_openPetition.pdf
- openPetition. (2014), openPetition. Verfügbar unter <https://www.openpetition.de/>
- openPetition (2014). *Auswertung openPetition* (nicht veröffentlicht).
- Opp, K.-D., Burow-Auffrath, K., Hartmann, P., von Witzleben, T., Pöhls, V. & Spitzley, T. (1984). *Soziale Probleme und Protestverhalten. Eine empirische Konfrontation des Modells rationalen Verhaltens mit soziologischen und demographischen Hypothesen am Beispiel von Atomkraftgegnern.* Opladen: Westdt.-Verl.
- Opp, K.-D. (1989). *The rationality of political protest. A comparative analysis of rational choice theory.* Boulder: Westview Press.
- Oser, J., Hooghe, M. & Marien, S. (2013). Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. *Political Research Quarterly*, 66 (1), 91–101.
- Palfrey, J. & Gasser, U. (2008). *Born digital. Understanding the first generation of digital natives.* New York, NY: Basic Books. Verfügbar unter <http://www.loc.gov/catdir/enhancements/fy0910/2008021538-b.html>
- Parry, G., Moyser, G. & Day, N. (1992). *Participation and democracy. Political activity and attitudes in contemporary Britain.* Cambridge: Cambridge University Press.
- Petersen, T., Hierlemann, D., Vehrkamp, R. B. & Wratil, C. (2013). *Gespaltene Demokratie. Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013* (BertelsmannStiftung/IFD Allensbach, Hrsg.).
- Petitionen24. (2014), Petitionen24. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter <http://www.petitionen24.com/>
- Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages. (2014). *Petitionen.* Zugriff am 14.10.2014. Verfügbar unter <https://epetitionen.bundestag.de/>
- Putnam, R. D. (2000). *Bowling alone. The collapse and revival of American community.* New York: Simon & Schuster.

- Riehm, U., Coenen, C., Lindner, R. & Blümel, C. (2008). *Öffentliche elektronische Petitionen und bürgerschaftliche Teilhabe* (Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages, Hrsg.).
- ROLAND Rechtsschutz-Versicherungs-AG (Hrsg.). (2012). *ROLAND Rechtsreport 2012-. Einstellung der Bevölkerung zum deutschen Rechtssystem, zu öffentlichen Infrastrukturprojekten und zur Mediation*. Verfügbar unter <http://www.roland-konzern.de/presse/publikationen/rolandrechtsreport/rolandrechtsreport.jsp>
- Roleff, D. (2012). Digitale Politik und Partizipation: Möglichkeiten und Grenzen. *Aus Politik und Zeitgeschichte, 2012* (7). Zugriff am 12.10.2012. Verfügbar unter <http://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/75826/digitale-demokratie>
- Scharpf, F. W. (1975). *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*. Kronberg (Ts.): Scriptor-Verlag.
- Schielicke, A. M., Mothes, C. & Donsbach, W. (2014). Vertrauen in Journalisten: Trends & Einflussfaktoren. In B. Stark, O. Quiring & N. Jackob (Hrsg.), *Von der Gutenberg-Galaxis zur Google-Galaxis. Alte und neue Grenzvermessungen nach 50 Jahren DGPK*. Konstanz: UVK.
- Schlozman, K. L., Verba, S. & Brady, H. E. (2010). Weapon of the Strong? Participatory Inequality and the Internet. *Perspectives on Politics*, 8 (02), 487–509.
- Schmidt, J.-H. & Johnsen, K. (2014). *On the Use of the E-Petition Platform of the German Bundestag* (Nr. 3). : Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft. Verfügbar unter http://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2444672
- Schmidt, M. G. (2008). *Demokratietheorien. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmidt, P., Bamberg, S., Davidov, E., Herrmann, J. & Schwartz, S. H. (2007). Die Messung von Werten mit dem “Portraits Value Questionnaire”. *Zeitschrift für Sozialpsychologie*, 38 (4), 261–275.
- Send, H. & Schildhauer, T. (2014). *ONLINE MITMACHEN UND ENTSCHEIDEN. Partizipationsstudie 2014* (Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft, Hrsg.), Berlin. Verfügbar unter http://www.hiig.de/wp-content/uploads/2014/06/20140609_Studie_DIGITAL.pdf
- Smith, A., Schlozman, K. L., Verba, S. & Brady, H. E. (2009). *The Internet and Civic Engagement*. : PEW Internet & American Life Project. Zugriff am 30.07.2014. Verfügbar unter <http://www.pewinternet.org/files/old-media/Files/Reports/2009/The%20Internet%20and%20Civic%20Engagement.pdf>
- SoSci. (2014). *Ofb- Der Online- Fragebogen*, SoSci. Zugriff am 26.10.2014. Verfügbar unter <https://www.soscisurvey.de/>
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. (2014). *Wahlen, Volksentscheide*, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen. Zugriff am 21.09.2014. Verfügbar unter http://www.statistik.sachsen.de/wpr_neu/pkg_s10_nav.prc_index?p_anw_kz=LW14
- Steinbrecher, M. (2009). *Politische Partizipation in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos.

- Tarrow, S. G. (1994). *Power in movement. Social movements, collective action, and politics* (Cambridge studies in comparative politics). Cambridge: Cambridge University Press.
- taz. die tageszeitung. (2014). *bewegung.taz*, taz. die tageszeitung. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter <http://bewegung.taz.de/>
- Teorell, J. (2006). Political participation and three theories of democracy: A research inventory and agenda. *European Journal of Political Research*, 45 (5), 787–810.
- Teorell, J., Torcal, M. & Montero, J. R. (2007). Political Participation. Mapping the Terrain. In van Deth, Jan W., J. R. Montero & A. Westholm (Hrsg.), *Citizenship and involvement in European democracies. A comparative analysis* (Bd. 17, S. 334–357). London: Routledge.
- Terwey, M. & Baltzer, S. (2013). *Variable Report ALLBUS / Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften 2012*. ZA-Nr. 4614 (16/2013). Köln: GESIS. Zugriff am 29.07.2014. Verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=4614&db=d&doi=10.4232/1.11753>
- Terwey, M. & Baltzer, S. (2014). *Variable Report ALLBUS / Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften Kumulation 1980-2012*. ZA-Nr. 4614 (GESIS -Variable Reports 7/2014). Köln: GESIS. Zugriff am 29.07.2014. Verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=4614&db=d&doi=10.4232/1.11753>
- Uehlinger, H.-M. (1988). *Politische Partizipation in der Bundesrepublik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Deth, J. W. (2001). Soziale und Politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge? In A. Koch, M. Wasmer & P. Schmidt (Hrsg.), *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen* (S. 195–219). Opladen: Leske + Budrich.
- van Deth, J. W. (2003). Vergleichende Politische Partizipationsforschung. In D. Berg-Schlosser & F. Müller-Rommel (Hrsg.), *Vergleichende Politikwissenschaft* (S. 167–188). Opladen: Leske + Budrich.
- van Deth, J. W. (2009). Politische Partizipation. In V. Kaina & A. Römmele (Hrsg.), *Politische Soziologie* (S. 141–161). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- van Eimeren, B. & Frees, B. (2013). *Rasanter Anstieg des Internetkonsums. Onliner fast drei Stunden täglich im Netz : Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2013*. Verfügbar unter http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/fileadmin/Onlinestudie/PDF/Eimeren_Frees.pdf
- Verba, S. & Nie, N. H. (1972). *Participation in America. Political democracy and social equality*. New York NY u.a.: Harper & Row.
- Verba, S., Nie, N. H. & Kim, J.-o. (1978). *Participation and political equality. A seven-nation comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Verba, S., Schlozman, K. L. & Brady, H. E. (1995). *Voice and equality. Civic voluntarism in American politics*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

- Voss, K. (2013). Grassroots-Campaigning im Internet. In R. Speth (Hrsg.), *Grassroots-Campaigning* (S. 183–199). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Voss, K. (2014a). Demokratische Beteiligung per Web. In B. Kretschmer & F. Werner (Hrsg.), *Die digitale Öffentlichkeit. Wie das Internet unsere Demokratie verändert* (S. 37–42).
- Voss, K. (2014b). Grassrootskampagnen und E-Petitionen als Mittel zivilgesellschaftlicher Partizipation. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 149–160). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Voss, K. (2014c). Internet & Partizipation – Einleitung. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 9–23). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Vowe, G. (2014). Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie. In K. Voss (Hrsg.), *Internet und Partizipation* (S. 25–52). Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Welker, M. & Wünsch, C. (2010). Methoden der Online-Forschung. In W. Schweißer & K. Beck (Hrsg.), *Handbuch Online-Kommunikation* (S. 487–517). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Whiteley, P. F. (1995). Rational Choice and Political Participation Evaluating the Debate. Evaluating the Debate. *Political Research Quarterly*, 48 (1), 211–233.
- Wirtz, B. W., Lütje, S. & Schierz, P. G. (2008). *Electronic Procurement in der öffentlichen Verwaltung: Eine Analyse der Barrieren und Widerstände*. Speyer.
- Wolling, J. (1999). *Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluß der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik*. Opladen: Westdt. Verl.
- WriteToThem. (2014), WriteToThem. Zugriff am 17.10.2014. Verfügbar unter <https://www.writetothem.com/>
- Zubayr C. & Geese, S. (2013). *Die Informationsqualität der Fernsehnachrichten aus Zuschauersicht* (Media Perspektiven Nr. 6). Zugriff am 10.10.2014. Verfügbar unter <http://www.media-perspektiven.de/publikationen/fachzeitschrift/2013/artikel/die-informationsqualitaet-der-fernsehnachrichten-aus-zuschauersicht/>

Anhang

A Fragebogen

Startseite

Liebe/r Befragungsteilnehmer/in,

ich bin Student am Institut für Kommunikationswissenschaft der Technischen Universität Dresden und untersuche in meiner Masterarbeit die Möglichkeiten der politischen Teilhabe im Internet.

Zu diesem Zweck befrage ich die Nutzer/innen von E-Petitionsplattformen und würde mich freuen, wenn auch Sie den folgenden Fragebogen ausfüllen.

Die Beantwortung des Fragebogens nimmt ca. 10 Minuten in Anspruch und erfordert keine besonderen Kenntnisse.

Alle Daten werden anonymisiert erhoben, d.h. sie können zu keinem Zeitpunkt direkt mit Ihnen in Verbindung gebracht werden. Ihre Antworten werden zusammen mit den Angaben vieler anderer Personen ausschließlich für die wissenschaftliche Auswertung dieser Studie genutzt.

Selbstverständlich werden Ihre Angaben vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.

Ihre Teilnahme an der Befragung ist absolut freiwillig.

Vielen Dank für die Unterstützung,

Benjamin Schürmann

Institut für Kommunikationswissenschaft

TU Dresden

1. Themeninteresse (Eisbrecher)⁴⁶

Zunächst geht es ganz allgemein um Ihre persönlichen Interessen.

Es ist ja oft so, dass man über einige Themen gerne mehr erfahren möchte, andere interessieren einen weniger. Nachfolgend sehen Sie einige Themen. Bitte kreuzen Sie bei jedem Thema an, wie sehr Sie sich dafür interessieren.

Kreuzen Sie ganz links an, wenn sie das Thema sehr interessiert, und ganz rechts, wenn Sie das Thema überhaupt nicht interessiert. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Bewertung abstimmen.

Arbeit und Beruf

Urlaub und Reisen

Politik

Natur- und Umweltschutz

Mode, Modetrends

Kunst und Kultur

Neues über Stars und Prominente

Neuigkeiten aus dem Freundes- und Bekanntenkreis

Wirtschaft

Kosmetik und Make-Up

Wissenschaft und Forschung

Lokale Ereignisse und Geschehen am Ort

Wohnen und Einrichten

Sport

Skala: polarisiert, Items rotieren

1 = interessiert mich überhaupt nicht

5 = interessiert mich sehr

-9 = nicht beantwortet

⁴⁶ Die Darstellung des Fragebogens erfolgt an dieser Stelle in Themenblöcken. In der Befragung waren die Fragen ebenfalls in der gleichen Reihenfolge angeordnet.

2. Politische Partizipation

Politische Partizipation (offline)

Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig war, Einfluss nehmen wollten, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie **in den letzten 2 Jahren** genutzt bzw. woran waren Sie **in den letzten 2 Jahren** beteiligt?

Sie können hier mehrere Antworten ankreuzen!

Habe mich an Wahlen beteiligt.

Habe mich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligt.

Habe in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet.

Habe in einer Partei aktiv mitgearbeitet.

Habe persönlich, telefonisch oder per Brief Kontakt zu Politikern aufgenommen.

Habe an einer genehmigten Demonstration teilgenommen.

Habe mich aus Protest nicht an Wahlen beteiligt.

Habe aus Protest eine Partei gewählt, der ich eigentlich nicht nahe stehe.

Habe mich an einer Unterschriftensammlung beteiligt.

Habe aus politischen, ethischen oder Umweltgründen Waren boykottiert bzw. gekauft.

Habe an einer ungenehmigten Demonstration teilgenommen.

Habe an einer Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken oder Ämtern teilgenommen.

Habe an einer Verkehrsblockade teilgenommen.

Habe bei einer Demonstration mal richtig Krach geschlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch gegangen ist.

Habe für eine Sache gekämpft, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig war.

Habe politische Gegner eingeschüchtert.

Habe in den letzten 2 Jahren keine der Formen genutzt bzw. war daran beteiligt.

Skala: Items rotieren; Mehrfachantworten möglich

1 = nicht gewählt

2 = ausgewählt

Politische Partizipation (online)

Im Folgenden geht es um Ihre Online-Aktivitäten. Welche der folgenden Möglichkeiten haben Sie **in den letzten 2 Jahren** mindestens einmal **online** genutzt bzw. woran waren Sie beteiligt?

Habe über eine bestimmte politische Frage bzw. einen Sachverhalt im Internet abgestimmt. (z.B. an einer Online-Umfrage teilgenommen).

Habe mich an der Planung öffentlicher Mittel im Rahmen kommunaler Bürgerhaushalte beteiligt.

Habe Online-Petitionen unterzeichnet.

Habe Online-Petitionen erstellt.

Bin einer oder mehreren politischen Gruppen in sozialen Online-Netzwerken beigetreten.

Habe an einer Bürgeranhörung/-befragung von kommunalen oder politischen Organisationen teilgenommen.

Habe eigene Beiträge und Kommentare in Internetforen, sozialen Netzwerken, Online-

Habe online eine Beschwerde/Eingabe an einen Politiker geschickt oder ihn/sie über das Internet kontaktiert.

Habe Beiträge, Fotos oder Videos mit politischen Inhalten in sozialen Online-Netzwerken geteilt/weitergeleitet.

Habe politische Seiten, Fotos oder Videos mit politischen Inhalten in sozialen Online-Netzwerken geliked.

Habe in den letzten 2 Jahren keine der Formen genutzt bzw. war nicht daran beteiligt.

Skala: Items rotieren, Mehrfachantworten möglich

1 = nicht gewählt

2 = ausgewählt

3. Online Petitionen

Kenntnis Online-Petitionen (allgemein)

Sie sehen nun die Namen einiger E-Petitionsplattformen. Bitte geben Sie an, ob Sie diese Online-Plattform bereits genutzt haben, kennen aber noch nicht genutzt haben oder nicht kennen.

openPetition (www.openpetition.de)

Avaaz (www.avaaz.org/de)

Change.org (www.change.org/de)

Campact (www.campact.de)

Care2 (www.care2.com)

E-Petitionsplattform vom Deutschen Bundestag (www.epetitionen.bundestag.de)

E-Petitionsplattformen der Bundesländer (z.B.:
www.landtag.ltsh.de/petitionen/online-petition/neuepetition.html)

Petition24 (www.petition24.de)

Online-Unterschriften (<http://www.online-unterschriften.de/>) (Dummy)

Andere

Skala: Items rotieren, Mehrfachantworten möglich

1 = kenne ich nicht

2 = kenne ich, habe ich aber noch nicht genutzt

3 = habe ich bereits genutzt

-9 = nicht beantwortet

Nutzung Online-Petitionen

Als Nächstes geht es um eine spezielle Form der Online-Beteiligung: **die Online Petition** (auch E-Petition). Diese bezeichnet eine Möglichkeit zur Einreichung einer Petition über das Internet. Es gibt ja verschiedene Wege eine E-Petitionsplattform zu nutzen.

Im Folgenden werden einige dieser Möglichkeiten aufgelistet. Bitte geben Sie an, ob und wie oft Sie folgende Tätigkeiten **in den letzten 3 Monaten** ausgeführt haben.

LESEN von E-Petitionen, Beiträgen oder anderen Inhalten auf der Seite.

UNTERSCHREIBEN von E-Petitionen.

SUCHE/RECHERECHE von zusätzlichen Informationen zu den E-Petitionen aus anderen Quellen.

BEWERTEN von Argumenten in den Kommentaren oder der Debatte zu den E-Petitionen.

TEILEN/WEITERLEITEN von E-Petitionen in Privaten Nachrichten, in sozialen Online-Netzwerken oder auf anderen Plattformen.

VERFASSEN von Kommentaren zu den E-Petitionen oder Argumenten in der Debatte.

ERSTELLEN von eigenen E-Petitionen.

Skala: offene Angabe; Items rotieren; Mehrfachantworten möglich

Nutzung openPetition

In der anschließenden Frage geht es um eine spezielle E-Petitionsplattform, nämlich **openPetition**. Auch hier lässt sich zwischen verschiedenen Formen der Nutzung der Plattform unterscheiden. Im Folgenden werden wieder einige dieser Möglichkeiten aufgelistet. Bitte sagen Sie mir, ob und wie oft Sie folgende Tätigkeiten auf **openPetition in den letzten 3 Monaten** ungefähr ausgeführt haben.

LESEN von E-Petitionen, Beiträgen oder anderen Inhalten auf der Seite.

UNTERSCHREIBEN von E-Petitionen.

SUCHE/RECHERECHE von zusätzlichen Informationen zu den E-Petitionen aus anderen Quellen.

BEWERTEN von Argumenten in den Kommentaren oder der Debatte.

TEILEN/WEITERLEITEN von E-Petitionen in Privaten Nachrichten, in sozialen Online-Netzwerken oder auf anderen Plattformen.

VERFASSEN von Kommentaren zu den E-Petitionen oder Argumenten in der Debatte zu den E-Petitionen.

ERSTELLEN von eigenen E-Petitionen.

Skala: offene Angabe; Items rotieren; Mehrfachantworten möglich

Motivation der openPetition-Nutzung

Es kann ja unterschiedliche Gründe geben, **warum** man die Plattform openPetition nutzt. Im Folgenden werden einige dieser Gründe aufgelistet.

Bitte kreuzen Sie wieder ganz links an, wenn die Aussage voll und ganz auf Sie zutrifft, und ganz rechts, wenn Sie überhaupt nicht auf Sie zutrifft. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

openPetition kann ohne großen zeitlichen Aufwand genutzt werden.

openPetition ermöglicht mir, mich individuell für die Themen zu engagieren, die mir wirklich wichtig sind.

openPetition ermöglicht mir ein zeitlich flexibles und unkompliziertes Engagement.

Mit openPetition kann ich mich auch an regionalen Themen, die sonst kein Gehör finden, beteiligen.

Im Gegensatz zu anderen Formen der Beteiligung (z.B. Wahlen) kann ich mich DIREKT für wichtige Themen engagieren.

Die Unabhängigkeit openPetitions von Parteien und Organisationen stellt sicher, dass meine Anliegen glaubwürdig vertreten werden.

Durch die Weiterverbreitung der Petitionen über soziale Netzwerke erhöht sich die Wahrscheinlichkeit, dass meine Anliegen erfolgreich umgesetzt werden.

Insgesamt ziehe ich die Nutzung von openPetition Formen der Offline-Beteiligung, wie z.B Unterschriftensammlungen, vor.

Skala: polarisiert; Items rotieren

1 = trifft überhaupt nicht zu

5 = trifft voll und ganz zu

-1 = weiß nicht

-9 = nicht beantwortet

4. Determinanten der Partizipation

Soziale Partizipation

Mitgliedschaft in Vereinen/ Verbänden

Sind Sie persönlich Mitglied einer Organisation oder eines Vereins? Gehen Sie bitte diese Liste durch und kreuzen Sie an, wo Sie **innerhalb der letzten 2 Jahre** einmal Mitglied waren oder es heute noch sind.

Mitglied in einer Partei

Mitglied in Gewerkschaft, Berufsverband

Mitglied in Jugendorganisation

Mitglied in Hilfsorganisation, Wohltätigkeitsverband

Mitglied in Umwelt- oder Tierschutzorganisation

Mitglied in Bürgerinitiative, Bürgerverein

Mitglied in anderem Verein/anderer Organisation

Kein Mitglied

Skala: Items rotieren; Mehrfachantworten möglich

1 = nicht gewählt

2 = ausgewählt

Freiwilliges Engagement

Haben Sie **in den letzten 2 Jahren** auch ehrenamtliche, nicht vereinsgebundene Tätigkeiten ausgeübt oder sich in Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert? Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt.

Sie können hier mehrere Antworten ankreuzen!

Im Bereich Kultur und Musik, z.B. in einer Musik- oder Theatergruppe, einem Chor, Förderkreis oder einer kulturellen Vereinigung

Im kirchlichen oder religiösen Bereich, z.B. in der Kirchengemeinde, einer kirchlichen Organisation oder religiösen Gemeinschaft

Im Bereich Schule und Kindergarten, z.B. als Elternvertreter, Schulsprecher oder in einem Förderkreis

Sonstige bürgerschaftliche Aktivität am Wohnort

Im Gesundheits- oder sozialen Bereich, z.B. in einem Wohlfahrtsverband oder einer anderen Hilfsorganisation, in der Nachbarschaftshilfe oder einer Selbsthilfegruppe

Im Unfall- oder Rettungsdienst, der freiwilligen Feuerwehr oder der DLRG

Im Bereich Umwelt-, Natur- oder Tierschutz, z.B. in einem Projekt oder Verband aus diesem Bereich

Im Bereich Freizeit und Geselligkeit, z.B. einem Karnevalsverein oder Fanclub

In einer Gewerkschaft, einem Berufsverband, einer Arbeitsloseninitiative

Im Bereich Politik, z.B. Unterstützung einer Partei, im Gemeinde- oder Stadtrat, in einer politischen Initiative oder Menschenrechtsgruppe

In der außerschulischen Jugendarbeit oder der Bildungsarbeit für Erwachsene, z.B. Kinder- oder Jugendgruppen betreuen, Bildungsveranstaltungen durchführen

Anderes Engagement

Kein Engagement

Skala: Items rotieren; Mehrfachantworten möglich

1 = nicht gewählt

2 = ausgewählt

Mediennutzung**Nachrichtennutzung**

Wie viel Zeit verbringen Sie an einem gewöhnlichen Werktag insgesamt damit, sich Nachrichten oder Sendungen **über Politik und aktuelle politische Ereignisse** anzusehen, anzuhören oder zu lesen?

_____ Minuten

Skala: offen

Medien

Nachfolgend sehen Sie verschiedene Medien. Bitte kreuzen Sie jeweils an, ob Sie diese Medien täglich, mehrmals pro Woche, einmal pro Woche, seltener oder nie nutzen um sich über **Nachrichten und Politik** zu informieren.

Regionale Tageszeitung (gedruckt) wie z.B. die Westdeutsche Allgemeine Zeitung (WAZ)

Regionale Tageszeitung (online) wie z.B. Rheinische Post Online

Überregionale Tages-und Wochenzeitung (gedruckt) wie z.B. Süddeutsche Zeitung

Überregionale Tages-und Wochenzeitung (online) wie z.B. zeit.de

Zeitschriften (gedruckt) wie z.B. Der Stern

Zeitschriften (online) wie z.B. Spiegel Online

Fernsehen (traditionell) wie z.B. ARD

Fernsehen (online) wie z.B. ZDFmediathek

Radio (traditionell) wie z.B. Deutschlandfunk

Radio (online) wie z.B. Livestream von WDR 2

Spezielle Nachrichtensuchmaschinen wie z.B. Google News

Soziale Netzwerke wie z.B. Facebook oder Twitter

Sonstige Internetseiten oder Apps wie z.B. Blogs oder Google Current

Skala: Items rotieren

1 = nie

2 = seltener

3 = einmal pro Woche

4 = mehrmals pro Woche

5 = täglich

-9 = nicht beantwortet

Einstellungen

Politisches Interesse

Wie stark interessieren Sie sich für Politik? Kreuzen Sie ganz links an, wenn Sie sich sehr stark für Politik interessieren, und ganz rechts, wenn Sie sich überhaupt nicht für Politik interessieren. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Bewertung abstufen.

Skala: polarisiert

1 = überhaupt nicht

5 = sehr stark

-9 = nicht beantwortet

Zufriedenheit mit Demokratie

Und wie ist das mit der Demokratie in Deutschland: Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie - alles in allem- mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?

Kreuzen Sie ganz links an, wenn Sie sehr zufrieden sind, und ganz rechts, wenn Sie überhaupt nicht zufrieden sind. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Bewertung abstufen.

Skala: polarisiert

1 = überhaupt nicht

5 = sehr stark

-9 = nicht beantwortet

Vertrauen in Institutionen

Sie sehen hier einige öffentliche Institutionen, Einrichtungen und Organisationen aufgelistet. Sagen Sie mir bitte bei jeder Institution, Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen.

Bitte kreuzen Sie ganz links an, wenn Sie sehr großes Vertrauen haben, und ganz rechts, wenn Sie überhaupt kein Vertrauen haben. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

(Ober-)bürgermeister bzw. Gemeinde-oder Stadtregierung

Politische Parteien

Bundesregierung

Bundestag

Politiker

Gerichte

Gesetze

Polizei

Öffentliche Verwaltung

Stiftungen

Zeitungen

Kirche

Gewerkschaften

Mittlere und kleine Unternehmen

Große Wirtschaftsunternehmen

Skala: Items rotieren

1 = überhaupt kein Vertrauen

5 = sehr großes Vertrauen

-1 = weiß nicht

-9 = nicht beantwortet

Efficacy

Auf dieser Liste stehen einige Meinungen, die man gelegentlich hört. Inwieweit stimmen Sie diesen Meinungen zu?

Kreuzen Sie wieder ganz links an, wenn Sie der Aussage voll und ganz zustimmen, und ganz rechts, wenn Sie ihr überhaupt nicht zustimmen. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

In der Bewertung politischer Sachverhalte bin ich eher unsicher.

Die Teilnahme an politischen Diskussionen fällt mir leicht.

Politik ist manchmal so kompliziert, dass man sie kaum noch versteht.

Politiker vergessen ihre Wähler sehr schnell, wenn sie mal gewählt sind.

Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht.

Die Politiker kümmern sich nicht viel darum, was Leute wie ich denken.

Außer Wahlen gibt es keine andere Möglichkeit Einfluss auf das zu nehmen, was die Regierung tut.

Als einfacher Bürger hat man so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.

In der Bundesrepublik hat man eine Vielzahl von Möglichkeiten, Einfluss auf das politische Geschehen zu nehmen.

Skala: polarisiert, Items rotieren

1 = stimme voll und ganz zu

5 = stimme überhaupt nicht zu

-1 = weiß nicht

-9 = nicht beantwortet

Werte I

Es ist ihm/ihr wichtig, neue Ideen zu entwickeln und kreativ zu sein. Er/Sie macht Sachen gern auf seine eigene originelle Art und Weise.

Es ist ihm/ihr wichtig, reich zu sein. Er/Sie möchte viel Geld haben und teure Sachen besitzen.

Er/Sie hält es für wichtig, dass alle Menschen auf der Welt gleich behandelt werden sollten. Er/Sie glaubt, dass jeder Mensch im Leben gleiche Chancen haben sollte.

Es ist ihm/ihr wichtig, seine Fähigkeiten zu zeigen. Er/Sie möchte, dass die Leute bewundern, was er tut.

Es ist ihm/ihr wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben. Er/Sie vermeidet alles, was seine Sicherheit gefährden könnte.

Er/Sie mag Überraschungen und hält immer Ausschau nach neuen Aktivitäten. Er/Sie denkt, dass im Leben Abwechslung wichtig ist.

Er/Sie glaubt, dass die Menschen tun sollten, was man ihnen sagt. Er/Sie denkt, dass Menschen sich immer an Regeln halten sollten, selbst dann, wenn es niemand sieht.

Es ist ihm/ihr wichtig, Menschen zuzuhören, die anders sind als er/sie. Auch wenn er/sie anderer Meinung ist als andere, will er/sie sie trotzdem verstehen.

Es ist ihm/ihr wichtig, zurückhaltend und bescheiden zu sein. Er/sie versucht, die Aufmerksamkeit nicht auf sich zu lenken.

Es ist ihm/Ihr wichtig, Spaß zu haben. Er/Sie gönnt sich selbst gern etwas.

Es ist ihm/ihr wichtig, selbst zu entscheiden, was er/sie tut. Er/Sie ist gern frei und unabhängig von anderen.

Werte II

Und wie ähnlich sind Ihnen die folgenden Personen?

Kreuzen Sie wieder ganz links an, wenn Ihnen die Person sehr ähnlich ist und ganz rechts, wenn Sie Ihnen sehr unähnlich ist. Mit den Kästchen dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.

Es ist ihm/ihr sehr wichtig, den Menschen um ihn herum zu helfen. Er/Sie will für deren Wohl sorgen.

Es ist ihm/ihr wichtig, sehr erfolgreich zu sein. Er/Sie hofft, dass die Leute seine Leistungen anerkennen.

Es ist ihm/Ihr wichtig, dass der Staat seine persönliche Sicherheit vor allen Bedrohungen gewährleistet. Er/Sie will einen starken Staat, der seine Bürger verteidigt.

Er/Sie sucht das Abenteuer und geht gern Risiken ein. Er/Sie will ein aufregendes Leben haben.

Es ist ihm/ihr wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Er/Sie vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten.

Es ist ihm/Ihr wichtig, dass andere ihn respektieren. Er/Sie will, dass die Leute tun, was er/sie sagt.

Es ist ihm/ihr wichtig, seinen Freunden gegenüber loyal zu sein. Er/Sie will sich für Menschen einsetzen, die ihm/ihr nahe stehen.

Er/Sie ist fest davon überzeugt, dass die Menschen sich um die Natur kümmern sollten. Umweltschutz ist ihm/Ihr wichtig.

Tradition ist ihm/ihr wichtig. Er/Sie versucht, sich an die Sitten und Gebräuche zu halten, die ihm/ihr von seiner Religion oder seiner Familie überliefert wurden.

Er/Sie lässt keine Gelegenheit aus, Spaß zu haben. Es ist ihm/ihr wichtig, Dinge zu tun, die ihm/ihr Vergnügen bereiten.

Skala: polarisiert; Items rotieren

1 = sehr unähnlich

6 = sehr ähnlich

-1 = weiß nicht

-9 = nicht beantwortet

5. Soziodemografie

Alter

Wie alt sind Sie?

Ich bin ___ Jahre alt.

Skala: offen

Bildung

Welchen letzten Bildungsabschluss haben Sie?

noch Schüler

Schule beendet ohne Abschluss nach der 8. Klasse

Hauptschulabschluss (bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse/Volksschule)

Realschulabschluss (bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse/Mittlere Reife)

Gymnasium (Abitur bzw. Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse (Hochschulreife))

Fachhochschulabschluss

Hochschulabschluss

Anderen Schulabschluss, und zwar: _____ (offen)

Skala: Auswahl

-9 = nicht beantwortet

Geschlecht

Bitte geben Sie ihr Geschlecht an.

männlich

weiblich

Skala: Auswahl

-9 = nicht beantwortet

Einkommen

F: Wenn Sie einmal alles zusammenrechnen: Wie hoch ist Ihr eigenes monatliches Netto-Einkommen? Ich meine dabei die Summe, die nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge übrigbleibt.

unter 500 Euro

500 bis unter 1.000 Euro

1.000 bis unter 1.500 Euro

1.500 bis unter 2.000 Euro

2.000 bis unter 2.500 Euro

2.500 bis unter 3.000 Euro

3.000 bis unter 3.500 Euro

3.500 bis unter 4.000 Euro

mehr als 4.000 Euro

Skala: Auswahl

-9= nicht beantwortet

B Ergänzende Tabellen/ Abbildungen

Tabelle 23: Top-Ten Themen auf openPetition

Kategorie	Thema	Anzahl
Medien	Raus mit Markus Lanz aus meinem Rundfunkbeitrag!	233.355
Medien	Schluss mit tendenziöser Berichterstattung beim ZDF!	72.297
Kultur	BR-Klassik muss bleiben!	62.792
Soziales	Erhaltet die Förderschulen Sprache (Sprachheilschulen) in Niedersachsen	58.867
Bildung	Befreiung Studierender vom allgemeinen Rundfunkbeitrag	56.453
Gesetze	Rettet die Gewerkschaftsfreiheit – Kein Streikverbot per Gesetz!	55.076
Gesundheit	Mindestpflegepersonalbesetzung in deutschen Krankenhäusern	52.401
Bildung	Schulschließungsmoratorium für Sachsen-Anhalt	33.761
Medien	Russia Today auf Deutsch Petition	29.276
Sport	Aufforderung einer Untersuchung beim Deutschen Fußball Bund	26.285

Quelle: eigene Darstellung nach openPetition (persönl. Mitteilung, 2014)

Tabelle 24: Vergleich der Altersstruktur der Nutzer von openPetition mit den Daten aus dem ALLBUS 2012

Altersgruppen	Befragung openPetition-Nutzern	ALLBUS 2012
16 bis 29 Jahre*	15	17
30 bis 49 Jahre	35	32
50 bis 69 Jahre	44	35
70+	6	16
N	1.416	3.480

Quelle: Eigene Darstellung nach eigener Erhebung und ALLBUS 2012 (GESIS-Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, 2012); alle Angaben in Prozent

* Im ALLBUS werden nur Personen ab 18 Jahren befragt. Daher gilt nur eine eingeschränkte Vergleichbarkeit.

Tabelle 25: Motivation der Beteiligung auf openPetition-Mittelwerte

Motivation	Mittelwert
geringer zeitlicher Aufwand (n=841)	4,50
Bedürfnis nach flexibler Partizipation (n=819)	4,48
themenzentrierte Partizipation (n=815)	4,22
Bedürfnis nach direkter Beteiligung (n=832)	4,19
Bedürfnis nach regionalem Engagement (n=733)	4,07
Bedürfnis nach nicht-institutionalisierte Partizipation (n=716)	4,06
Ergebnismotivation (n=757)	4,05
Online Partizipation > Offline Partizipation (n=829)	3,43

Quelle: eigene Darstellung

Selbstständigkeitserklärung

Ich versichere, dass ich die Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Ich reiche sie erstmals als Prüfungsleistung ein. Mir ist bekannt, dass ein Betrugsversuch mit der Note „nicht ausreichend“ (5,0) geahndet wird und im Wiederholungsfall zum Ausschluss von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen führen kann.

Ort, Datum, Unterschrift